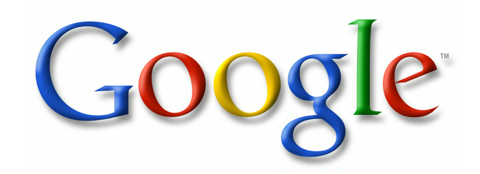
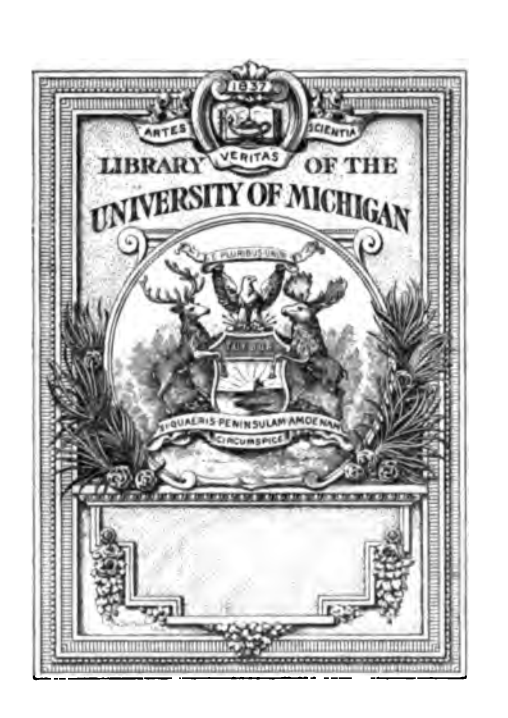


Werner Sombart

Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus?

Tübingen
Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck)
1906


1837
ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
SI QUAERIS PENINSULAM AMOENAM
CIRCUMSPICE



Werner Sombart

Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus?



Tübingen
Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck)
1906

Durchgesehener Abdruck aus dem XXI. Bande des „Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik".

Published September 5, 1906.
Privilege of copyright in the United States reserved under the Act approved March 3, 1905 by J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen.

Vorwort.

Die hier veröffentlichten Studien über Arbeiterbewegung und Sozialismus in den Vereinigten Staaten von Amerika sind zuerst — im wesentlichen gleichlautend — im XXI. Bande des „Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ erschienen. Ich habe nur einige neuere Ziffern und einige wenige erläuternde Zusätze dem ursprünglichen Texte hinzugefügt.

Zu einer Sonderausgabe habe ich mich erst entschlossen, nachdem ich die Gewißheit erlangt hatte, daß ich mit meiner Darstellung in den Hauptzügen das richtige getroffen hätte. Diese Gewißheit aber haben mir die Urteile der amerikanischen Sachkenner verschafft: sowohl haben meine bürgerlichen Freunde in Amerika mich übereinstimmend ihrer Zustimmung versichert, als auch — was mir noch wertvoller erscheint — haben die Führer der sozialistischen Parteien die Richtigkeit meiner Auffassung anerkannt: die International Socialist Review, das offizielle wissenschaftliche Organ des S. P., hat sogar meine Aufsätze größtenteils im Wortlaut ihren Lesern mitgeteilt.

Die Studien können als eine Ergänzung zu den Kapiteln meiner Schrift „Sozialismus und soziale Bewegung“ dienen, in denen ich (in der letzten Auflage) von dem Sozialismus in den V. St. bereits eine knappe Skizze zu entwerfen versucht habe.

Breslau, 14. August 1906.

W. S.

Inhaltsverzeichnis.

Dritter Abschnitt.

Die soziale Stellung des Arbeiters.

Einleitung.

I. Der Kapitalismus in den Ver. Staaten.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind für den Kapitalismus Kanaan: das Land der Verheißung. Denn hier erst wurden alle Bedingungen erfüllt, die er zur vollen und reinen Entfaltung seines Wesens braucht. Land und Leute waren wie nirgends sonst geschaffen, seine Entwicklung zu höchsten Formen zu fördern.

Das Land: wie keines geeignet, eine rasche Kapitalakkumulation zu ermöglichen, weil reich an Edelmetallen: Nordamerika erzeugt ein Drittel alles Silbers, ein Viertel alles Goldes der Erde; weil reich an fruchtbaren Böden: die Mississippi-Ebene umfaßt etwa fünfmal so viel besten Humusboden wie die südrussischen und ungarischen Schwarzerdedistrikte zusammen; weil reich an ergiebigen Lagern nützlicher Mineralien, die noch heute den dreifachen Ertrag irgendwelcher europäischer Lager liefern. Darum aber auch wie keines geeignet, in der Ausbildung und Entwicklung der anorganischen Technik dem Kapitalismus die Waffen in die Hand zu liefern, mit denen er die Welt erobert: die Vereinigten Staaten erzeugen jetzt schon fast so viel Roheisen wie alle übrigen Länder der Erde zusammengenommen (23 Mill. Tonnen im Jahre 1905 gegenüber 29,5 Mill. Tonnen Erzeugung der übrigen Erde). Ein Land wie keines geeignet für kapitalistische Expansion: wie hingelagert die Mississippi-Ebene für „rationelle" Bodenkultur, für eine Verkehrsentfaltung ohne Schranken: ein Gebiet von 3,8 Millionen Quadratkilometern, also beiläufig siebenmal so

groß wie das Deutsche Reich ohne jedes „Verkehrshindernis“, nur schon mit einigen natürlichen Transportwegen ausgestattet, wie zum Überfluß. An der atlantischen Küste 55 gute Häfen, der kapitalistischen Ausbeutung seit tausenden von Jahren entgegenharrend. Ein Marktgebiet also, mit dem verglichen ein europäischer Staat nicht viel mehr bedeutet als für ihn eine mittelalterliche Stadt mit ihrem Territorium. Was alle kapitalistische Wirtschaft in ihrem innersten Wesen kennzeichnet: das Streben nach grenzenloser Ausdehnung — ein Streben, das in dem engen Europa jeden Augenblick sich gehemmt sah, dem alle Freihandelsdoktrinen und alle Handelsvertragspolitik doch immer nur als ein dürftiges Surrogat erscheinen mußten — hier in den unübersehbaren Flächen Nordamerikas kann es zum ersten Male sich frei betätigen. Wahrhaftig: wenn man sich das Idealland für kapitalistische Entwicklung aus den Bedürfnissen dieses Wirtschaftssystems heraus konstruieren wollte: nach Ausdehnung und Eigenart könnte es immer nur die Gestalt der Vereinigten Staaten annehmen.

Das Volk: wie in einem bewußten Vorbereitungsdienst sind jahrhundertelang die Männer gebildet worden, die nun in den letzten Menschenaltern bestimmt waren, dem Kapitalismus in den Urwald hinein die Wege zu ebnen. „Mit Europa fertig“ waren sie hinübergezogen in die „neue Welt“, mit dem Willen, sich ein neues Leben aus rein rationalen Elementen zurecht zu zimmern: sie hatten allen Ballast europäischen Wesens in der alten Heimat gelassen, alle überflüssige Romantik und Sentimentalität, alles feudal-handwerkerhafte Wesen, allen „Traditionalismus“ und hatten nur mit hinüber genommen, was der Entfaltung kapitalistischer Wirtschaft förderlich und dienstlich war: eine mächtige, ungebrochene Tatkraft und eine Weltanschauung, die die Betätigung in kapitalistischem Geiste als Gebot Gottes dem Gläubigen zur Pflicht machte. Max Weber hat in unserer Zeitschrift den Nachweis geführt, wie enge Beziehungen obwalten zwischen den Postulaten der puritanisch-protestantischen Ethik und den Anforderungen rationell-kapitalistischer Wirtschaft. Und diesen führenden Elementen, den Subjekten des neuen Wirtschaftssystems, bot sich nun auch als Objekt, das heißt als Lohnarbeiter, eine Bevölkerung dar, die

ebenfalls wie geschaffen scheint, um den Kapitalismus zur höchsten Entfaltung zu bringen: jahrhundertelang war das Arbeitermaterial spärlich und darum teuer. Das zwang die Unternehmer, auf rationellste Ausnutzung der Arbeitskraft zu sinnen und also die Organisation ihrer Wirtschaften und Betriebe vollendet zu gestalten und systematisch darauf zu sinnen, die Arbeitskraft durch labour-saving-machinery überflüssig zu machen. So entstand ein Zwang zu höchster technischer Vollkommenheit, wie er in einem Lande alter Kultur niemals in gleicher Stärke sich ergeben konnte. Und als nun die höchsten Formen wirtschaftlicher und technischer Organisation geschaffen waren: da strömten in unübersehbaren Scharen die Menschen herein, die nun als Material im Dienste kapitalistischer Interessen in dem Maße verwendet werden konnten, als die Existenzmöglichkeiten außerhalb des kapitalistischen Nexus sich verringerten. Man weiß, daß in den letzten Jahrzehnten Jahr um Jahr mindestens eine halbe Million Menschen in die Vereinigten Staaten eingewandert sind, daß manches Jahr die Zahl der Einwanderer auf drei Viertel Mill. und darüber gestiegen ist.

Und in der Tat: nirgends auf der Erde ist kapitalistische Wirtschaft und kapitalistisches Wesen zu so hoher Entwicklung gelangt wie in Nordamerika.

Nirgends kommt der Erwerbstrieb reiner zur Betätigung wie hier, nirgends ist das Gewinnstreben, ist das Geldmachen um seiner selbst willen so ausschließlich Ausgangs- und Endpunkt aller wirtschaftlichen Tätigkeit wie hier: jede Minute des Lebens ist mit diesem Streben ausgefüllt und nur der Tod endigt das unersättliche Trachten nach Gewinn. Das unkapitalistische Rentnertum ist so gut wie völlig in den Vereinigten Staaten unbekannt. Und im Dienste dieses Gewinnstrebens steht ein ökonomischer Rationalismus von solcher Reinheit, wie ihn ebenfalls kein europäisches Gemeinwesen kennt. Und rücksichtslos setzt sich das kapitalistische Interesse durch: auch wenn sein Weg über Leichen geht. Nur als Symbol mögen die Ziffern dienen, die uns über den Umfang der Eisenbahnunfälle in den Vereinigten Staaten Aufschluß geben. Die „Evening-Post" hat berechnet,

daß in den Jahren 1898 bis 1900 die Zahl der auf den amerikanischen Eisenbahnen Getöteten 21 847 betrug, das ist ebensoviel wie die Zahl der während des gleichen Zeitraums im Burenkrieg gefallenen Engländer, einschließlich jener, die in Lazeretten an Krankheiten verstarben. Im Jahre 1903 betrug die Zahl der auf den amerikanischen Eisenbahnen getöteten Personen 11006, in Österreich in demselben Jahre 172; berechnet man die Zahlen auf 100 km und eine Million Passagiere, so ergibt sich, daß in Amerika auf 100 km 3,4, in Österreich 0,87, auf eine Million beförderter Personen dort 19, hier 0,99 Unfälle entfielen. (Die Vergleichziffern nach Philippovich.) Rücksichtslos wird diejenige Form der Wirtschaft, des Betriebes, wird diejenige Technik zur Anwendung gebracht, die den höchsten Profit verspricht. Während wir ein öffentliches Ärgernis darin erblicken, wenn ein Kohlenwerk eine oder die andere Zeche stillegt, disponiert die Leitung des amerikanischen Trusts jahrein jahraus im großen Stile, welche Werke arbeiten, welche feiern sollen. So schafft der Kapitalismus die wirtschaftliche Organisation frei nach seinem Bilde: der Standort der Industrie, die Struktur der einzelnen Unternehmungen, Größe und Form der Betriebe, die Organisation von Handel und Verkehr, das Ineinandergreifen von Produktion und Güterabsatz: man weiß es: alles ist denkbar „rationell" gestaltet, will zunächst sagen: ist denkbar den kapitalistischen Interessen angepaßt.

Der Preis konnte nicht ausbleiben: an Kapitalkraft, an Höhe der Kapitalakkumulation stehen die Vereinigten Staaten heute schon — trotz ihrer „Jugend" — allen übrigen Ländern weit voran. Die Pegel, von denen man den Stand der kapitalistischen Flut ablesen kann, sind die Ziffern der Bankausweise. Im Jahre 1882 berichteten an den Controller of the currency (vgl. dessen 42. Report) 7302 Banken, 1904 waren es deren 18844. Jene hatten ein Kapital von 712100000 Doll., diese von 1 473 904 674 Doll., im Jahre 1882 bezifferten sich die Depositen in den Banken auf 2 785 407 000 Doll, 1904 auf 10 448 545 990 Doll. Die gesamte Kapitalkraft („the banking power") der V. St. (also Kapital, Reserven, Depositen und Umlauf) berechnet derselbe Berichterstatter auf

13 826 000 000 Doll., während die entsprechende Ziffer für alle übrigen Länder der Erde zusammen nur 19 781 000 000 Doll. betragen soll. Da dürfen uns die Kapitalmengen nicht in Erstaunen setzen, die allein in den Schoß der Industrie während der letzten 20 Jahre geflossen sind. Nach dem Census betrug das in „Manufactures" investierte Kapital:

1880 = 2 790 272 606 Doll.,
1890 = 6 525 050 759 „
1900 = 9 831 486 500 „

Man weiß auch, daß die V. St. dasjenige Land sind, in dem das Programm der Marxschen „Entwicklungstheorie" insofern auf das peinlichste ausgeführt ist, als in ihm die Konzentration des Kapitals einen Grad erreicht hat, wie er in dem berühmten vorletzten Kapitel des „Kapitals" als derjenige bezeichnet ist, bei dem die „Götterdämmerung" der kapitalistischen Welt nahe bevorsteht. Die neueste Statistik über Zahl und Umfang der Trusts ergibt folgendes frappante Bild: [1])

Es gibt 7 „größere" Industrietrusts, in denen insgesamt 1528 früher selbständige Anlagen vereint sind. Das in ihnen konzentrierte Kapital beträgt 2662,7 Millionen Dollar. Der größte dieser 7 Riesen ist die U. St. Steel Corporation mit einem (Nominal-) Kapital von 1370 Millionen Dollar, die zweitgrößte die Consolidated Tobacco Co. mit nur 502,9 Mill. Dollar. Ihnen reihen sich 298 „kleinere" Industrietrusts an, die 3426 Werke „kontrollieren" und über ein Kapital von insgesamt 4055 Millionen Dollar verfügen. 13 Industrietrusts mit 334 Werken und 528 Mill. Doll. Kapital sind zurzeit in der Neubildung begriffen, so daß sich die Gesamtzahl der Industrietrusts auf 318 stellt mit 5288 Werken und 7246 Mill. Doll. Kapital. Ihnen gesellen sich 111 „bedeutendere" „Franchise"-Trusts zu (Telephon-, Telegraphen-, Gas-, Elektrizitäts- und Straßenbahnunternehmungen) mit 1336 Einzelanlagen und

---

[1]) John Moody, The Truth about the Trusts. New York 1904. Das Buch ist sehr brauchbar, weil es aus ersten Quellen — Prospekten, Geschäftsberichten, Bilanzen usw. — ein überaus reiches Material zusammenträgt.

3735 Mill. Doll. Kapital. Und nun kommt erst die Pièce de résistance: die Gruppe der großen Eisenbahnkonzerns. Ihrer gibt es 6, von denen keiner weniger als eine Milliarde Dollar umspannt. Zusammen verfügen sie über 9017 Mill. Doll. Kapital und sie „kontrollieren" 790 Anlagen. Endlich sind noch die „unabhängigen" Eisenbahngesellschaften mit einem Kapital von 380 Mill. Doll. zu nennen.

Zählt man alle diese Riesenkombinationen zusammen, in denen heute der bei weitem größte Teil des amerikanischen Wirtschaftslebens gebunden ist, so kommt man zu der enormen Ziffer von 8664 „kontrollierten" Anlagen und 20 379 Millionen Doll. nominellen Kapitals. Man denke: 85 Milliarden Mk. in der Hand weniger Unternehmer vereinigt!

Wie unumschränkt das kapitalistische Wirtschaftssystem herrscht, erkennen wir vielleicht am besten an der Struktur der Gesellschaft, die nichts mehr und noch nichts aufweist, was außerkapitalistischer Herkunft wäre. Nirgends begegnen wir Überresten vorkapitalistischer Klassen, deren größere oder geringere Einsprengung jeder europäischen Gesellschaft ihr charakteristisches Gepräge verleiht. Keine feudale Aristokratie, an deren Stelle vielmehr allein im Felde die Kapitalmagnaten stehen. Die Zeit, die Marx als er das „Kapital" schrieb, nur im Geiste voraussehen konnte, sie ist in den Vereinigten Staaten jetzt erfüllt: wo die „eminent spinners", die „extensive sausage makers" und die „influential shoe black dealers" zusammen mit den „Eisenbahnkönigen" ihr Volk in die Knie zwingen: „Wenn der Beherrscher einer der großen Eisenbahnlinien des Westens in seinem Luxuswagen die Strecke durchfährt, so gleicht seine Reise dem Triumphzuge eines Königs. Die Gouverneure der Staaten und Territorien beugen sich vor ihm; Volksvertretungen empfangen ihn in feierlicher Sitzung; Städte und Weiler buhlen um seine Gunst, denn hat er nicht wirklich die Macht, Glück und Verderben einer Stadt nach seinem Gutdünken zu bringen?" (J. Bryce.)

Kein halb oder ganz feudales Bauern- und Handwerkertum. An seiner Stelle vielmehr ein smartes Farmertum und eine Handvoll kleinkapitalistischer Unternehmer in Handel und Industrie: beide Klassen stark mit kapitalistischem Öl gesalbt:

vom Gewinnstreben beherrscht, in ökonomischem Rationalismus und rechenhaft ihre Wirtschaft gestaltend. Und die Gruppierung dieser ganzen dem Geiste nach schon heute kapitalistischen erwerbstätigen Bevölkerung nach Berufen läßt Jahr für Jahr die kapitalistisch führenden Berufsgruppen mehr überwiegen: die Landwirtschaft macht schon heute in diesem noch halb kolonialen Lande einen geringeren Teil aller Berufsgruppen aus wie in Deutschland und rasch steigt der Anteil von Handel und Verkehr in die Höhe, der heute schon um ein beträchtliches größer ist als bei uns. Von 1880—1900 sank der Anteil der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung in den Vereinigten Staaten von 44,3 auf 35,7 Proz. (gegen 36,12 Proz. in Deutschland), stieg derjenige, der in Handel und Verkehr beschäftigten Personen von 10,8 auf 16,4 Proz. (gegen 11,39 Proz. in Deutschland).

Gleichzeitig gestaltet sich auch die gesamte Lebensführung des Volkes immer mehr in einer dem Kapitalismus entsprechenden Weise.

Die Vereinigten Staaten sind schon heute — wiederum: trotz ihrer „Jugend" — ein Städteland, genauer gesprochen: ein Großstadtland. Nicht nur in ziffermäßigem Sinne meine ich das; obwohl auch die Statistik deutlich das Vorwiegen des Städtetums erkennen läßt. Zwar: auf die ganze Union berechnet, ist heute der Anteil der städtischen Bevölkerung noch nicht ganz so groß wie z. B. bei uns (in Orten über 2500 lebten 1900 41,2 Proz. gegen 54,4 Proz. in Orten über 2000 Einwohner in Deutschland). Jedoch: erstens ist der Anteil der Großstädte über 100 000 Einwohner heute schon (von England abgesehen) größer als irgendwo auf der Erde: er beträgt nahezu ein Fünftel der Gesamtbevölkerung (18,7 Proz.); zweitens vollzieht sich die Verschiebung der Bevölkerung zugunsten der Städte in einem rapiden Tempo: der Anteil der städtischen Bevölkerung stieg von 1890—1900 von 29,2 auf jene 41,2 Proz.; drittens erklärt sich die niedrige Gesamtziffer durch den starken Anteil des verhältnismäßig städtearmen Südens. Betrachtet man die östlichen Staaten der Union für sich allein, so findet man, daß dort nur noch 31,8 Proz. der Bevölkerung „auf dem Lande" leben, dagegen 35,8 Proz. in Städten über 100 000

Einwohnern.[1]) Aber wenn ich sage: die Vereinigten Staaten seien ein Städteland, so meinte ich das in einem tieferen, innerlichen Sinne, der es auch erst verständlich macht, warum ich Städtetum und Kapitalismus in Beziehung setze. Ich meine es in dem Sinne einer Siedlungsweise, die allem organischen Wachstum fremd geworden, auf rein rationaler Basis ruht und nach rein quantitativen Gesichtspunkten orientiert ist, die gleichsam der Idee nach eine „städtische" ist. Die europäische „Stadt" verkörpert nur in den seltensten Fällen diese Idee ganz. Sie ist meist organisch gewachsen, ist im Grunde doch nur ein vergrößertes Dorf, dessen Wesen ihr Bild wiederspiegelt. Was hat Nürnberg mit Chicago gemeinsam? Nichts als die äußerlichen Merkmale, daß viele Menschen eng beieinander in Straßen wohnen, die für ihren Unterhalt auf Zufuhr von außen angewiesen sind. Dem Geiste nach nichts. Denn jenes ist ein dorfartig, organisch-gewachsenes Gebilde, dieses ist eine nach „rationellen" Grundsätzen künstlich hergestellte, wirkliche „Stadt", in der (würde Tönnies sagen) alle Gemeinschaftsspuren ausgelöscht und die reine Gesellschaft niedergeschlagen ist. Und ist im alten Europa (war bis jetzt, wollen wir lieber sagen!) die „Stadt" dem Lande nachgebildet, trug sie dessen Charakter an sich, so ist umgekehrt in den Vereinigten Staaten das platte Land im Grunde nur eine städtische Siedlung, der die Städte fehlen. Derselbe rationale Verstand, der die kastenartigen Städte schuf, ist mit der Meßkette über das Land gegangen und hat dieses in seiner ganzen riesigen Ausdehnung nach Einem einheitlichen Plane in ganz gleiche Quadrate aufgeteilt, die jede Ahnung einer naturwüchsigen, „organischen" Ansiedlung vom ersten Augenblicke an verscheuchen mußten.

Und was noch immer in dem Aufbau einer auf kapitalistischer Grundlage ruhenden Gesellschaft ein hervorstechendes Merkmal gebildet hat, das fehlt auch in den Vereinigten Staaten nicht: ich meine die gewaltigen Gegensätze zwischen Reichtum und Armut. Eine genaue Einkommens- und Vermögensstatistik haben die Vereinigten Staaten nicht.

---

[1]) Alle ziffernmäßigen Angaben, bei denen keine besondere Quelle genannt ist, sind dem Census entnommen.

Aber wir besitzen einige Versuche, die Reichtumsverteilung zu schätzen, die zwar als einwandsfreie Feststellungen nicht anzusehen sind, aber doch immerhin einigen Wert beanspruchen dürfen, da sie gewissenhaft unter Berücksichtigung allen vorhandenen Materials unternommen worden sind.[1] Danach würden von dem (1890) auf 60 Milliarden Dollar geschätzten gesamten Privatvermögen 33 Milliarden oder 54,8 Proz. sich in den Händen von 125000 Familien befinden, die ein Prozent aller Familien darstellen, während $6^1/_4$ Millionen Familien (50 Proz.) vermögenslos wären.

Wie nun aber auch immer die Verteilung des Gesamtvermögens sich gestalten mag: soviel ist außer Zweifel, daß die absoluten Gegensätze zwischen Arm und Reich nirgends auf der Erde auch nur annähernd so große sind wie in den Vereinigten Staaten. Vor allem weil „die Reichen" drüben so sehr viel „reicher" sind als bei uns. Es gibt sicher in Amerika mehr Leute, die 1000 Millionen Mark besitzen als in Deutschland solche mit 100 Millionen. Wer je etwa in New Port, dem Bajä New Yorks war, wird den Eindruck erhalten haben, daß drüben die Million eine Massenerscheinung ist. Es gibt wohl keinen zweiten Ort der Welt, wo das fürstliche Palais allergrößten Stils so durchaus den Typus des Wohnhauses bildet wie dort. Und wer einmal durch die Verkaufsmagazine von Tiffany in New York geschlendert ist, der wird immer etwas wie Armeleutegeruch selbst in den glänzendsten Luxusgeschäften der europäischen Großstädte verspüren. Der Tiffanyladen, weil er gleichzeitig in Paris und London Filialen hat (eine „Proleten"stadt wie Berlin oder Wien kommt natürlich für derartige Geschäfte gar nicht erst in Frage), kann vortrefflich dazu dienen, Vergleiche anzustellen zwischen dem Luxus und also dem Reichtum der obersten 400 in den drei genannten Ländern. Da erzählten mir nun die Direktoren des New-Yorker Stammhauses, daß von den Waren, die sie in New York feil bieten, der größte Teil zwar aus Europa

---

[1]) Vgl. Charles B. Spahr, The distribution of wealth in the United States und dazu J. Gr. Brooks, The social unrest 1904 und Robert Hunter, Poverty 1904.

stamme, wo er speziell für Tiffany-New York angefertigt werde. Es sei aber gänzlich ausgeschlossen, daß ein Geschäft in Europa — auch ihre eigenen Filialen in Paris und London — Waren in solchen Preislagen führe, wie sie in New York verlangt würden. Die teuersten Stücke seien ausschließlich in New York an die Frau zu bringen.

Und auf der anderen Seite findet das Elend der Slums in den amerikanischen Großstädten wohl nur im Ostende Londons seinesgleichen. Vor kurzem ist ein Buch erschienen,[1]) das zwar kein Pendant zu Engels „Lage der arbeitenden Klassen" bildet, wie Florence Kelley in einer Kritik ausgesprochen hat (dazu fehlt ihm der weite theoretische Horizont, der das Engelssche Buch zu einem Markstein in der Entwicklung der Sozialwissenschaften gemacht hat), das aber doch vortrefflich geeignet ist, den Zweck zu erfüllen, den es sich steckt; nämlich hinabzuleuchten in die Tiefen des amerikanischen Großstadtelends. Der Verfasser hat als Settlement-Worker jahrelang in den verrufensten Quartieren verschiedener Groß- und Industriestädte gelebt, hat also eigene Anschauungen gewonnen und weiß damit das reiche literarische und statistische Material, das er herangezogen hat, auf das vorteilhafteste zu beleben. / Er veranschlagt nun die Zahl der unterhalb der Grenze der Poverty lebenden Personen, also derjenigen, die in Nahrung, Kleidung und Wohnung nicht das Nötigste haben (underfed, underclothed and poorly housed) in den Vereinigten Staaten auf insgesamt 10 000 000 in Zeiten durchschnittlicher Prosperität, wovon 4 000 000 öffentliche Arme sind. Im Jahre 1897 empfingen in New York Armenunterstützung über 2 Millionen Menschen (?)[2]), 14 Proz. der Bevölkerung derselben Stadt leben in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs (1903), 20 Proz. in schlechten Zeiten (1897) im größten Elend (distress); d. h. von ihnen weiß man es, zählt man die ver-

---

[1]) Robert Hunter, Poverty. New York. The Macmillan Co., London 1904. 8°. IX u. 382 p.

[2]) Amtliche Ermittlung des New York State Board of Charities. Wahrscheinlich liegen in vielen Fällen Doppelzählungen vor. Sonst wäre die Ziffer ja ungeheuerlich.

schämten Armen hinzu (meint der Verfasser) so wird die Zahl der in poverty lebenden in New York und anderen Großstädten selten unter 25 Proz. sinken. In Manhattan (dem Hauptstadtteil New Yorks) wurden (1903, also in einem „guten" Jahre) 60463 Familien, das sind 14 Proz. aller Familien aus ihren Wohnungen exmittiert. Jeder 10. Tote wird in New York als Stadtarmer auf Potter's Field beerdigt.

Endlich aber gibt es noch ein untrügliches Zeichen für den Hochstand kapitalistischer Entwicklung in den Vereinigten Staaten: das ist die Eigenart der geistigen Kultur.

Weist der amerikanische Volkscharakter Züge auf, die sich übereinstimmend im ganzen Lande wiederfinden? Man könnte es bezweifeln, angesichts der Riesenhaftigkeit des Gebietes, und Leute, die sich als „gute Kenner" amerikanischer Verhältnisse aufspielen, warnen wohl davor, etwas Gemeinsames über das ganze Volk der Union auszusagen. Die Verschiedenheiten seien so groß wie zwischen den einzelnen Völkern Europas und in der Tat sei es ja ein Kontinent, kein einzelnes Land, das von der amerikanischen Nation bewohnt werde. Diese Weisheit bleibt an der Oberfläche haften. Gewiß ist alles, was Landeseigenart betrifft, außerordentlich mannigfaltig in den Vereinigten Staaten. Dafür ist aber alles Institutionelle, ist vor allem auch der Charakter des Volkes von einer geradezu verblüffenden Uniformität. Das haben wirkliche Kenner, wie Bryce und andere, oft genug festgestellt und das muß jedem, der mit amerikanischem Leben in Berührung kommt, sofern er nur etwas unter die Oberfläche zu schauen vermag, sich als ein besonderes Kennzeichen dieses Staates aufdrängen. Die Gründe dieser auffallenden Übereinstimmung aller öffentlichen Einrichtungen in den verschiedenen Einzelstaaten der Union hat Bryce überzeugend dargelegt. Aber woher stammt die Gleichförmigkeit der amerikanischen Volksseele? Oder sollen wir nach keiner Erklärung für sie suchen, sondern uns mit der Hypostasierung eines eigenartigen „american spirit" begnügen, der „ohne zureichenden Grund", außerhalb aller sozialen Kausalität auf das auserwählte Volk vom Himmel herniedergesunken ist? Das will uns um so weniger in den Sinn, als wir an die Einzigkeit jenes wundersamen „amerikanischen

Geistes" nicht recht zu glauben vermögen, in ihm vielmehr (bei näherem Zusehen) einen alten Bekannten wieder zu erkennen glauben, der uns in der Lombardstreet oder Berlin W. wohl schon des öftern begegnet ist, nur daß er sich drüben zu einem reineren Typus und zu stattlicherer Größe ausgewachsen hat. Das legt es uns nahe, seinen Ursprung in bestimmten Milieuverhältnissen, wie sie sich schon in Enropa und nun vollends in Amerika entwickelt haben, zu suchen und damit gleichzeitig seine Uniformität zu erklären.

Es kann nun aber demjenigen, der die Eigenarten der amerikanischen Volksseele auf ihren Wesensgehalt prüft, unmöglich verborgen bleiben, daß gerade besonders charakteristische Züge ihre Wurzeln in der kapitalistischen Organisation des Wirtschaftslebens haben. Ich will versuchen das glaubhaft zu machen.

Unzweifelhaft und wohl anerkanntermaßen gewöhnt das Leben in einem kapitalistischen Milieu den Geist daran, die in der Sphäre des Wirtschaftsleben durch dessen Organisation erheischte Reduktion aller Vorgänge auf Geld auch auf außerwirtschaftliche Verhältnisse zu übertragen, d. h. insbesondere bei der **Wertung** von Dingen und Menschen den **Geldwert zum Maßstab** zu nehmen. / Es ist einleuchtend, daß, wenn ein derartiges Verfahren sich einbürgert und durch Generationen fortsetzt, allmählich das Empfinden für den rein qualitativ bestimmten Wert sich verringern muß. So verliert sich den Dingen gegenüber der Sinn für das nur Schöne, das nur Formvollendete, d. h. für das spezifisch Künstlerische, was nie quantitativ bestimmbar, nie meßbar, nie wägbar ist. Man stellt an Dinge, denen man Wert beimessen soll, die Anforderung, daß sie entweder nützlich und angenehm sind (der Sinn für „Komfort" erklärt sich hieraus) oder daß sie „kostbar" sind (der Sinn für das stofflich Wertvolle erklärt sich damit: alles, was geschmückt in den Vereinigten Staaten ist, ist „überladen": von der Damentoilette bis zu den Empfangsräumen eines Hotels à la mode). Läßt sich die „Kostbarkeit" nicht sichtbar machen, so setzt man ohne viel Umschweife den Geldwert in einer Ziffer vor den „geschätzten" Gegenstand: „Haben Sie den 50000 Doll.-Rembrand im Hause des Mr. X. schon

gesehen?“ — die oft gehörte Frage. „Heute früh ist die 500 000 Doll.-Yacht Carnegies im Hafen von so und so eingelaufen“ (Zeitungsnotiz). Beim Menschen ist es natürlich der Geldbesitz, das Geldeinkommen, das die Basis für die Einschätzung abgibt. Es verschwindet der Sinn für das unmeßbar Einzigartige der Persönlichkeit, für den Duft des Individuellen.

Nun kann es aber gar nicht ausbleiben, daß diese Gewöhnung, alle Qualitäten durch ihre Beziehung auf den meßbaren Geldwert auszutilgen, die Werturteile auch dort beeinflußt, wo es beim besten Willen nicht mehr möglich ist, den Maßstab des Geldes anzulegen. Sie muß die Hochschätzung der Quantität als solcher, also eine Sinnesrichtung hervorrufen, wie wir sie im Mittelpunkte amerikanischer Seelenstimmung antreffen, das, was der bedächtige Bryce „a tendency to mistake bigness for greatness“ nennt: *die Bewunderung jeder meß- oder wägbaren Größe*: mag es die Einwohnerzahl einer Stadt, die Zahl der beförderten Postpakete, die Schnelligkeit der Eisenbahnzüge, die Höhe eines Monuments, die Breite eines Flusses, die Häufigkeit der Selbstmorde oder was sonst immer sein. Man hat diesen „Größenwahn“, der so charakteristisch für den modernen Amerikaner ist, aus der Weite seines Landes ableiten wollen. Aber warum hat ihn der Chinese nicht? oder der Mongole auf dem Hochland von Asien? warum hatte ihn der Indianer nicht, der doch dasselbe weite Land bewohnte? Überall, wo sich bei solchen primitiven Völkern Größenvorstellungen entwickeln, tragen sie, ich möchte sagen, einen kosmischen Charakter: sie sind ausgerichtet an der Unendlichkeit des Sternenhimmels, an der Unübersehbarkeit der Steppe und was sie kennzeichnet, ist gerade ihre Unmeßbarkeit. Die Wertung des ziffermäßig Großen hat gar nicht anders als durch die Vermittlung des Geldes in kapitalistischer Verwendung (nicht des Geldes schon an sich: Simmels Fehler!) in der Seele des Menschen Wurzel fassen können. Gewiß haben dann die großen Dimensionen des amerikanischen Landes diese Eigenart gefördert; aber zunächst mußte der Sinn überhaupt für die Ziffer geweckt werden, ehe es möglich wurde, geographische Vorstellungen in zahlenmäßig erfaßbare Wertgrößen umzusetzen.

Wer sich gewöhnt hat, nur die Quantität einer Erscheinung zu werten, wird geneigt sein, zwei Erscheinungen miteinander zu vergleichen, um sie aneinander zu messen und der größeren den höheren Wert beizumessen. Wenn die eine von zwei Erscheinungen in einem bestimmten Zeitablauf zur größeren wird, so nennen wir das Erfolg haben. Der Sinn für das meßbar Große (die deutsche Sprache kann leider bigness und greatness nicht durch je ein einziges Wort ausdrücken) hat also als notwendige Begleiterscheinung die Hochwertung des Erfolges: wiederum eine hervorstechende Eigenart des amerikanischen Volksgeistes. Erfolg haben heißt aber immer anderen vorauskommen, mehr werden, mehr leisten, mehr haben wie andere: „größer" sein. Am höchsten wird von solcher Art naturgemäß der Erfolg gewertet, der sich in reinen Ziffern ausdrücken läßt: also das Reichwerden. Und auch den Nicht-Händler wird man zunächst daraufhin prüfen, „wie viel" er mit seinem Talente zu machen verstanden hat. Ergibt diese Prüfung kein befriedigendes Resultat, so bleibt kein anderer Ausweg, als die „Größe" seines Ruhmes zum Maßstab seines Wertes zu nehmen.

Um welche eigentümlichen Seelenvorgänge es sich hierbei handelt, zeigt vielleicht am deutlichsten die Stellung, die der Amerikaner dem Sport gegenüber einnimmt: an ihm interessiert ihn wesentlich nur noch die Frage: wer wird Sieger sein? Ich wohnte in New York einer Massenversammlung bei, in der ein Match, der in Chicago (!) ausgefochten wurde, in seinem Verlaufe Schritt für Schritt auf telegraphischem Wege der harrenden Menge übermittelt wurde. Die Sensation bestand in der Spannung und nur in dieser, auf welche Seite der Sieg sich neigen würde. Diese Spannung zu erhöhen, ist die Funktion der Wette: mit ihr hat man glücklich wieder den ganzen Sportakt auf die reine Geldziffer reduziert. Kann man sich denken, daß in einer griechischen Palestra gewettet wurde? Gewiß nicht. Denn was hier vor allem die Gemüter beglückte, war die Freude an der unmeßbaren individuellen Leistung, der persönlichen Schönheit und Kraft, die ebenso in dem Besiegten wie im Besieger gewertet werden können. Oder wäre die Wette auch nur denkbar bei einem spanischen Stiergefecht? Ganz

sicher nicht. Aber die Frauen werfen ihren Schmuck, die Männer kostbare Kleidungsstücke dem torero zu, der mit Eleganz und grandezza den tödlichen Streich zu führen verstand: künstlerische Wertung!

Die Eigenart der Werturteile bestimmt nun aber die Richtung des Willens. Ist es der Erfolg, vor dem der Amerikaner betet,[1]) so wird sein Streben darauf gerichtet sein, ein seinem Gott wohlgefälliges Leben zu führen. So sehen wir in jedem Amerikaner — vom Zeitungsboy angefangen — eine Unrast, ein Sehnen und Drängen nach oben, hinauf, über die anderen hinweg. Nicht das behagliche Sichausleben, nicht die schöne Harmonie der in sich selbst ruhenden Persönlichkeit kann also das Lebensideal des Amerikaners sein, sondern dieses ist das „Vorwärtskommen". Und daher nun die Hast, das rastlose Streben, der rücksichtslose Wettbewerb auf allen Gebieten. Denn wenn jeder einzelne auf Erfolg ausgeht, so muß jeder einzelne trachten, den anderen voraufzukommen: es beginnt ein Steeple chase, die Jagd nach dem Glück, wie wir in etwas trivialer Weise es auszudrücken pflegen: ein Steeple chase, das sich von allen Wettrennen dadurch unterscheidet, daß das Ziel nicht feststeht, sondern vor den Rennern her sich ewig weiter schiebt. Rastlos nennen wir solches Streben, endlos wäre vielleicht noch treffender. Denn endlos muß jedes Streben nach Quantitäten sein, da diese selbst keine irgendwelche Begrenzung kennen.

Ganz von innen heraus erzeugt nun diese Wettlaufpsychologie das Bedürfnis nach Ellbogenfreiheit. Man kann

---

[1]) „With all ranks and conditions Success becomes the great God; and as though there were not already priests and votaries enough for his proper worship, a special class of publications has recently arisen, which serve as his vowed and consecrated ministers. These teach to the devout but unsophisticated followers of the great god the particular means best adapted to win his grace; how his frown may be averted; or, if his anger be kindled, by what penances and other rites he is to be propitiated. They chant the praises and recite the life-incidents of those who have been most conspicuously blessed and to all the rest of the mankind they shout „Follow our counsel and some day you shall be even like unto these." W. J. Ghent, Our benevolent feudalism (1902), 159/60.

nicht sein Lebensideal im Wettlaufen erblicken und wünschen an Händen und Füßen gefesselt zu sein. Es gehört deshalb die Forderung des Laissez faire zu jenen Dogmen oder Maximen des Amerikaners, auf die man, wie Bryce es ausdrückt, unausweichlich stößt, „wenn man einen Schacht in den amerikanischen Volksgeist abteuft". Nur möchte ich die allgemeine Verbreitung dieser Grundauffassung ein wenig anders erklären als Bryce. Gewiß ist die Abneigung gegen alles Reglementieren von oben her, gegen alle Staatseinmischung, also die „doctrine of non-interference by government with the citizens" bei den Männern von 1776 aus rein doktrinär-ideal-rationalem Geiste geboren. Aber der moderne Amerikaner kümmert sich nur wenig noch um jene „hehren Grundsätze" der framers of the constitution, soweit sie nicht in sein Alltagsleben bestimmend eingreifen. Wenn er jetzt so hartnäckig an dem Laissezfaire-Prinzip festhält, so geschieht es deshalb, weil er instinktiv fühlt, daß dieses das allein richtige Prinzip für jeden „nach Erfolg" Strebenden ist. Wie wenig doktrinär er ist und wie gern er das Prinzip opfert, wenn es seinem Vorwärtsdrängen sich nicht hinderlich in den Weg stellt, geht daraus hervor, daß dieselben Amerikaner, die die „ungehinderte Betätigung des Individuums" auf ihre Fahne geschrieben haben, gelegentlich nicht das geringste Bedenken tragen, in rücksichtsloser Weise die Freiheit des Individuums zu beschränken (wie wir es uns nie gefallen lassen würden in unserem „autokratisch" regierten Deutschland: man denke an die gesetzliche Behinderung des Alkoholgenusses!) oder ganz kommunistische Einrichtungen zu treffen, bei deren Anblick jedem freisinnigen Oberbürgermeister die Haare zu Berge stehen würden (unentgeltliche Lieferung aller Schulmittel an sämtliche Volksschulkinder in New York!).

Erfolg haben heißt für den Durchschnittsamerikaner in erster Linie: Reich werden. Das aber erklärt es, weshalb sich jenes rastlose Streben, das wir als eine Wesenheit des amerikanischen Volkscharakters erkannten, vor allem dem Wirtschaftsleben zuwendet. Die Besten und Tatkräftigsten, die bei uns — mehr noch in den romanischen Ländern und England als in Deutschland, wo, wie ich an anderer Stelle nach-

zuweisen versucht habe, in dieser Hinsicht Amerika verwandte Zustände herrschen (wenn sie auch aus ganz anderen Wurzeln hervorgewachsen sind) — in der Politik endigen: die Besten und Tatkräftigsten wenden sich in Amerika dem Wirtschaftsleben zu und in der Masse selbst erwächst eine Überwertung des Wirtschaftlichen aus dem gleichen Grunde: weil man in ihm das Ziel, dem man zustrebt, am ehesten glaubt erreichen zu können. Das Wirtschaftliche im Sinne kapitalistischer Wirtschaft, deren Symbol gleichsam das Wertpapier ist, das an der Fondsbörse gehandelt wird. Durch Teilnahme an der Spekulation in Fonds und Waren sucht die große Menge dann in das Glücksrad hineinzugreifen, in dem die großen Treffer liegen. Kein zweites Land der Erde gibt es, in dem die Massen so sehr in das Getriebe der Spekulation hineingezogen sind, wie die Vereinigten Staaten, kein Land, in dem die Bevölkerung so durchgängig von der kapitalistischen Frucht genossen hätte.[1])

Damit aber haben wir den Ring unserer Betrachtungen geschlossen: vom Kapitalismus gingen wir aus, aus ihm versuchten wir wesentliche Elemente des amerikanischen Volksgeistes abzuleiten. Nun sehen wir, wie dessen Betätigung selbst wiederum zur Stärkung und Steigerung des kapitalistischen Wesens

---

[1]) Das hat niemand klarer erkannt als James Bryce: Vgl. American Common wealth 2, 534 ff. Ich kann es mir nicht versagen, die treffenden Stellen hier ganz wiederzugeben: weil, wenn Bryce solche Dinge sieht, sie mit Händen zu greifen sein müssen.

„In U. S. a much larger part of the population, including professional men as well as business men, seem conversant with the subject and there are times when the whole community not merely city people but also store keepers in country towns, even farmers, even domestic servants, interest themselves actively in share speculations.... In some of the country towns there are small offices, commonly called „bucket shops", to which farmers and tradesmen resort to effect their purchases and sales in the great stock markets of N. Y.... Go where you will in the Union — you feel bonds, stocks and shares in the athmosphere all around you. Te veniente die — they begin the day with the newspaper at breakfast: they end it with the chat over the nocturnal cigar.... The habit of speculation is now a part of their character and it increases that constitutional excitability and high nervous tension of which they are proud." (l. c. 540.)

beiträgt, also daß der eigentümliche „amerikanische Geist“ sich aus sich selber gleichsam immer wieder aufs neue gebiert: und immer mehr sich reinigt zu dem spiritus capitalisticus purus rectificatus.

II. Der Sozialismus in den Ver. Staaten.

Was ich auf den vorhergehenden Blättern ausgeführt habe, hatte gewiß nicht den Zweck, die amerikanische Volkswirtschaft zu beschreiben (dazu hoffe ich in späteren Studien noch Gelegenheit zu finden), noch viel weniger den, die amerikanische Kultur zu schildern, ich wollte auch nicht einmal den amerikanischen Volkscharakter irgendwie vollständig zeichnen. Zu dem allen wären natürlich viel breitere Grundlagen erforderlich. Vielmehr war der einzige Zweck jener Zeilen, den Indizienbeweis für die Existenz eines außergewöhnlich hoch entwickelten Kapitalismus in den Vereinigten Staaten zu führen. Und dieser Nachweis, hoffe ich, darf als gelungen angesehen werden; selbst wenn der „geneigte Leser“ nicht auf allen Nebenwegen mir zu folgen bereit gewesen ist.

Und wiederum soll dieser Nachweis nur als Ausgangspunkt dienen für einige Betrachtungen, die ich über das amerikanische Proletariat anstellen will. Da wir die Lage der lohnarbeitenden Klasse bedingt wissen von der Eigenart der kapitalistischen Entwicklung, da wir insbesondere gelernt haben, daß alle „soziale Bewegung“ ihren Ursprung in der durch den Kapitalismus geschaffenen Situation hat, daß auch aller „moderner Sozialismus“ nur eine Reflexerscheinung des Kapitalismus ist, so ist es selbstverständlich, daß wir von einer Betrachtung der ökonomischen Situation ausgehen, wenn wir über die Existenzweise des Proletariats in einem Lande uns Aufschluß verschaffen wollen. Nun erweist sich aber dieses Verfahren als ganz besonders fruchtbar für die Vereinigten Staaten. Wir kommen nämlich auf diesem Wege am ehesten zu einer klaren Problemstellung und werden so vor der Gefahr bewahrt, planlos de omnibus rebus et quibusdam aliis zu schreiben. Und zwar so:

Wenn wirklich (wie ich selbst es immer angenommen und oft ausgesprochen habe) der moderne Sozialismus als eine not-

wendige Reaktionserscheinung aus dem Kapitalismus folgt, so müßte das Land höchster kapitalistischer Entwicklung — eben die Vereinigten Staaten — gleichzeitig das klassische Land des Sozialismus, müßte seine Arbeiterschaft Trägerin der radikalsten sozialistischen Bewegung sein. Während man — hüben wie drüben — in allen Tonarten (klagend, wenn von Sozialisten, frohlockend, wenn von Gegnern vorgetragen) das Gegenteil behaupten hört: es gäbe überhaupt keinen „Sozialismus" unter der amerikanischen Arbeiterschaft, was an „Sozialisten" drüben hause, seien ein paar verkrachte Deutsche ohne alle Gefolgschaft. In der Tat: eine Behauptung, die unser regstes Interesse wach rufen muß. Also endlich ein Land ohne Sozialismus trotz höchster kapitalistischer Entwicklung! Die Lehre von der unvermeidlichen sozialistischen Zukunft durch die Tatsachen widerlegt! Es kann für den sozialen Theoretiker wie für den Sozialpolitiker nichts Wichtigeres geben, als diesem Phänomen auf den Grund zu gehen.

Zunächst müssen wir fragen: ist jene Feststellung, daß es „keinen Sozialismus" in den Vereinigten Staaten, speziell keinen „amerikanischen" Sozialismus gebe, tatsächlich richtig? Nun — so absolut gefaßt, ist sie zweifellos falsch.

Es gibt zunächst eine oder genauer zwei sozialdemokratische Parteien in durchaus kontinental europäischem Sinne, die sich keineswegs nur auf Deutsche stützen. Auf dem Einigungskongreß der Sozialist Party im Jahre 1901 zu Indianopolis waren von 124 Delegierten nur mehr 25, also etwa 20 Proz. Auslandsgebürtige. Diese Partei brachte es bei der letzten Präsidentenwahl auf 403 338 Stimmen, zu denen noch etwa 50 000 Stimmen der Sozialist Labor Party zu rechnen sind, so daß in den Vereinigten Staaten etwa soviel sozialdemokratische Stimmen im Jahre 1904 abgegeben wurden wie bei uns im Jahre 1878 oder wie bei der letzten Reichstagswahl für die Freisinnige Vereinigung und die Antisemiten zusammen. Zweifellos stellt aber die Ziffer der sozialistischen Stimmen (aus Gründen, die später dargelegt werden sollen) in Amerika ein Minimum der sozialistisch gesinnten Arbeiter dar. Umgekehrt wie in Deutschland ist deren Zahl erheblich größer als die der abgegebenen Wahlstimmen.

Trotzdem kann nicht in Abrede gestellt werden, daß die Behauptung: die amerikanische Arbeiterschaft stehe dem Sozialismus fern, zum großen Teil auf Wahrheit beruht.

Dafür sprechen in erster Linie die eben angeführten Ziffern der Wahlstatistik. Denn mag man auf sie auch einen beträchtlichen Zuschlag machen, um zu der Zahl der Sozialisten zu gelangen: immer wird es sich um eine verschwindende Minorität handeln. Die für die sozialistischen Präsidentschaftskandidaten abgegebenen Stimmen machen etwa $2^1/_2$ Proz. der Gesamtstimmenzahl aus. Und das ist auch erst das Ergebnis der allerletzten Zeit. Bei der Wahl im Jahre 1900 brachte es die S.P. nur auf 98417 Stimmen. Dazu kommt, daß diese sozialistischen Stimmen keineswegs sichere sind. Sie schwanken von einem Jahr zum andern ganz beträchtlich, wie aus folgenden Beispielen ersichtlich ist: Es wurden für den Kandidaten der sozialistischen Partei Stimmen abgegeben:

in:	1900	1902	1903	1904	1905
Alabama	928	2 313	—	853	—
Colorado	684	7 431	—	4 304	—
Massachusetts	9 716	33 629	—	13 604	—
Pennsylvania	4 831	21 910	13 245	21 863	—
Texas	1 846	3 513	—	2 791	—
der Stadt Chicago	—	—	—	44 331	23 323
Groß-New York (rund)	—	—	—	24 600	12 000

Auch für dieses ganz merkwürdige Phänomen des sprunghaften Auf und Nieder der Wahlziffern werde ich später die Erklärung zu geben versuchen. Einstweilen sollte es nur konstatiert werden, um zu zeigen, auf wie schwachen Füßen die sozialistische Partei in den Vereinigten Staaten einstweilen noch steht, auch da, wo sie schon Boden gewonnen hat.

Der Schluß, den die Wahlziffern nahe lagen, wird nun aber durch eine Reihe unzweifelhafter positiver Tatsachen in seiner Richtigkeit bestätigt, so daß die Behauptung, von der wir ausgingen, an Glaubwürdigkeit gewinnt: die breiten Schichten des amerikanischen Proletariats, auch und gerade die „Zielbewußten“ unter den Lohnarbeitern und wiederum insbesondere unter den „gelernten“ Arbeitern, stehen dem Sozialismus fern, ebenso wie die bedeutendsten Führer, unter den

„nationalen“ Führern von Ansehen wohl die große Mehrzahl. Was jedoch wiederum cum grano salis zu verstehen ist: „Stehen dem Sozialismus fern“ soll nicht heißen, daß sie (wie die alten englischen Nur-Gewerkschaftler) „manchesterlich“ gesinnt seien und jede Staatseinmischung oder „staatssozialistische“ Reformen verabscheuten. Vielmehr tritt die überwiegende Mehrzahl der organisierten Arbeiter und ihrer Führer heute für „political action“ ein, d. h. für eine selbständige Arbeiterpolitik. Und unter den Forderungen, die die American Federation of Labor (also das die große Masse der amerikanischen Gewerkschaften vertretende Organ, das von dem „konservativen“ Mr. Gompers geleitet wird und in dessen Vorstand zu $^{9}/_{10}$ antisozialistische Gewerkschaftsführer sitzen) an die Gesetzgebung stellt, befinden sich folgende:

3. Die Einführung eines gesetzlichen Achtstundentages;
8. die Verstadtlichung der Straßenbahnen, Wasserwerke, Gas- und Elektrizitätswerke;
9. die Verstaatlichung der Telegraphen, Telephone, Eisenbahnen und Bergwerke;
10. die Abschaffung des Eigentumsrechts an Grund und Boden und sein Ersatz durch ein Okkupations- und bloßes Nutzungsrecht.[1])

Das bedeutet also schon ein bedenkliches Rütteln an den „Grundlagen unserer bestehenden Gesellschaftsordnung“. Und es fragt sich, in welchem Sinne ich dann denen Recht gebe, die da behaupten, die amerikanische Arbeiterschaft „stehe dem Sozialismus fern“. Würde ich nicht fürchten, durch Verwendung des neuerdings viel benutzten und wie ich zugebe nicht völlig eindeutigen Wortes, Mißverständnisse wachzurufen, so würde ich antworten: der amerikanische Arbeiter steht dem „Geist“

[1]) Das politische Programm wurde in dieser Fassung auf der Jahreskonvention der A. F. of L. für 1894 angenommen; „Plank“ 8 und 9 einstimmig. Auf der Konvention des nächsten Jahres ging dann eine Resolution durch, in der ausgesprochen wurde, die Federation besitze kein „politisches Programm“, da das im Vorjahre zur Beratung stehende zwar in allen seinen einzelnen Punkten, aber nicht in toto angenommen sei. Die F. habe also nur „legislative demands“ aufgestellt. Für uns ändert das nichts.

des Sozialismus (wie wir ihn jetzt im kontinentalen Europa verstehen, d. h. also wesentlich dem Sozialismus marxistischer Prägung) fern. Ich will aber lieber im einzelnen erklären, was ich meine:

1. Der amerikanische Arbeiter (nun immer in dem umschriebenen Sinne gemeint: der amerikanische „Normal"arbeiter, dessen Anschauungen die herrschenden im Gros der Arbeiterschaft und unter den Führern sind) ist (gefühlsmäßig), mit dem heutigen Stand der Dinge im großen ganzen nicht „unzufrieden"; im Gegenteil: er fühlt sich wohl, ist vergnügt und guter Dinge — wie alle Amerikaner.[1]) Seine Weltauffassung ist rosigster Optimismus — leben und leben lassen seine Grundmaxime. Damit ist aber all jenen Gefühlen und Stimmungen, auf denen sich ein europäischer Arbeiter sein Klassenbewußtsein aufbaut, der Boden entzogen: dem Neid, der Verbitterung, dem Haß gegen die, die mehr haben, die im Überfluß leben.

2. Wie bei allen Amerikanern äußert sich beim Arbeiter der unbegrenzte Optimismus auch und gerade in dem Glauben an die Mission, an die Größe seines Landes, ein Glaube, der oft genug religiöse Färbung annimmt: die Amerikaner sind das auserwählte Volk Gottes, das berühmte „Salz der Erde". Bryce (2, 334) trifft wie so oft den Nagel auf den Kopf, wenn er sagt: Pessimism is the luxury of a handful; optimism is the private delight as well as public profession of 999 out of every 1000, for nowhere does the individual associate himself more constantly and directly with the greatness of his country." Das heißt aber: der amerikanische Arbeiter identifiziert sich mit dem heutigen amerikanischen Staate; er steht zum Sternenbanner; er ist „patriotisch" gesinnt (wie es in deutschem Sinne ausgedrückt werden müßte). Da die zentrifugale Kraft, die zur Klassenabsonderung, zum Klassengegensatz, Klassenhaß, Klassenkampf führt (die oben gekennzeichnete „Mißstimmung") schwächer ist, die zentripetale aber, die zur Bejahung des nationalen und politischen Gemeinwesens, des Staates, zum

[1]) Gute Kenner der Arbeiterpsyche sprechen von einem „air of contentment and enthusiastical cheerfulness": Prof. William G. Sumner, zit. bei Ghent, 123.

„Patriotismus“ drängt, stärker ist, so fehlt es an der dem kontinental-europäischen Sozialismus eigentümlichen „Staatsfeindschaft“ unter den amerikanischen Arbeitern. Ich glaube, daß John Mitchell, der bekannte Führer der Bergleute, heute die Auffassung der überwiegenden Mehrzahl der amerikanischen Arbeiter ausspricht, wenn er sagt (Organized Labour, 219): „Die Gewerkschaften, die sich dem Militäraufgebot (der „Militia“) widersetzen, vergessen, daß sie als organisierte Arbeiter einen Teil des Staates bilden und das Recht haben, die Politik dieses Staates selbst mitzubestimmen. Die Gewerkschaftsbewegung in diesem Lande kann nur Fortschritte machen, wenn sie sich mit dem Staate identifiziert (can make progress only by identifying itself with the State“). Daß Mitchell, der wohl den „Durchschnittsarbeiter“, d. h. den zwischen den Extremen in der Mitte stehenden Typ am besten vertritt, schon Konzessionen an das selbständige Klassenbewußtsein und den beginnenden Klassengegensatz zu machen sich genötigt sieht und daß deshalb ihm von konservativeren Sozialpolitikern selbst bereits vorgeworfen wird, eine „narrow and exclusive solidarity“ unter den Arbeitern zu predigen,[1]) braucht hier noch nicht hervorgehoben zu werden, wo es sich noch nicht um die Feststellung der „Entwicklungstendenzen“ handelt (die vielmehr in späteren Studien hauptsächlich Gegenstand der Erörterung sein werden), sondern um die Gewinnung eines Zustandsbildes, das den momentanen status quo möglichst getreu wiederspiegelt.

3. Der amerikanische Arbeiter steht dem kapitalistischen Wirtschaftssystem als solchem nicht feindlich gegenüber: weder mit dem Verstande, noch mit dem Gefühl. Wieder möchte ich anführen, was Mitchell über diesen Punkt äußert. Die Stellen in seinem Buche, in denen er den Standpunkt der Gewerkschaften dem Kapitalismus gegenüber rein opportunistisch bezeichnet, lauten folgendermaßen (Org. Lab., 414 f.):

„Die Gewerkschaftsbewegung ist weder unwiderruflich bestimmt, das Lohnsystem aufrecht zu erhalten, noch es zu beseitigen. Wir verlangen eine beständige Verbesserung (the

---

[1]) Vgl. Labor Bulletin of Massachusetts No. 33 (1904) p. 237 ff.

constant improvement) der Lage der Arbeiter: wenn möglich, unter Aufrechterhaltung des bestehenden Lohnsystems, wenn nicht möglich, mit dessen Beseitigung." / Seine persönliche Überzeugung ist jedoch die, daß es zu dieser „Beseitigung" nicht notwendig zu kommen braucht. Denn: „die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung beweist, daß mit Hilfe des Staats und durch die gemeinsame Anstrengung der Arbeiter eine bedeutende und allgemeine Verbesserung ihrer Lage Platz greifen kann unter dem herrschenden Lohnsystem." Andere namhafte Arbeiterführer betonen positiv die Interessengemeinschaft von Kapital und Arbeit. Sie seien Partner und sollen den Ertrag der Wirtschaft in gutem Einverständnis teilen (they are partners and should divide the results of industry in good faith and in good feeling). Wenn Arbeiter in ihrer Tollheit das Kapital zerstören (destroy the capital), so sei das das Werk der Unwissenheit und schlimmer Leidenschaften (the work of ignorance and evil passions). Die Zukunft werde die volle Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, die jetzt nur vorübergehend gestört sei, wieder herstellen.[1])

Aber ich glaube, die Beziehungen des amerikanischen Arbeiters zum Kapitalismus sind noch intimer, als sie in diesen Freundschaftskundgebungen und Achtungsbeweisen zum Ausdruck kommen. Ich glaube, er ist mit dem Herzen beiteiligt: ich glaube, er liebt ihn. Wenigstens gibt er sich ihm ganz hin; mit Leib und Seele. Wenn irgendwo in Amerika das rastlose Streben nach Erwerb, das völlige Aufgehen im Geschäftsgetriebe, die Busineßleidenschaft zu Hause sind, so beim Arbeiter. Er will — tunlichst unbehindert — so viel verdienen, wie seine Kräfte ihm gestatten. Daher wir nur selten Klagen hören über mangelhaften Schutz gegen Gefahreu bei der Arbeit (die er vielmehr gern auf sich nimmt, wenn ihm etwa Schutzvorrichtungen seinen Verdienst schmälern würden); daher wir viel seltener als z. B. in England auf Cacanny-Tendenzen

[1]) Rede des jungen Schatzmeisters der Minnesota Federation of Labor, W. E. M'Even in Employer u. Employes, p. 247 f. Eine eingehende Würdigung und genaue Angabe aller einschlägigen Literatur findet der Leser in einer Übersicht, die ich XX. Band des „Archivs für Sozialwissenschaft u. Soz. Pol." gegeben habe. Zit. „Übersicht".

(restriction of output), auf Bekämpfung der Akkordarbeit oder technischer Neuerungen stoßen. Daß der amerikanische Arbeiter sich viel mehr ausgibt, daß er mehr schafft als der europäische, werde ich in anderem Zusammenhange noch genauer nachweisen. Es ist aber diese größere Intensität seiner Arbeit gar nichts anderes als der Ausfluß seiner im Grunde echt kapitalistischen Sinnesart.

Sicher ist es der großen Mehrzahl seiner Klassengenossen aus der Seele gesprochen, wenn das Vorstandsmitglied der „Vereinigten Briefträger", der jugendliche Edward J. Gainor, in einem Referat über „die Regierung als Arbeitgeber" seiner prinzipiellen Abneigung gegen das Arbeiterbeamtentum Ausdruck verleiht, und dabei folgende Gründe gegen das Beamtenverhältnis ins Feld führt:

1. der Beamte hat keine Aussicht, durch eigene Kraft sich eine „soziale Position" zu schaffen, mit anderen Worten zu Reichtum zu gelangen;

2. nach Erreichung des Lohn- (Gehalt-)Maximums tritt keine weitere Steigerung der Leistungsfähigkeit mehr ein, denn ohne klingenden Erfolg wird sich ein Narr mehr anstrengen als es gerade nötig ist;

3. der Beamte ist in der Gestaltung seines Privatlebens beschränkter;

4. dem Beamten ist die politische Laufbahn verschlossen, diese „avenue of human endeavor that offers great attraction for all ambitious Americans".[1])

Daß die Auffassung, wie sie uns in diesen und ähnlichen Äußerungen begegnet, in der Tat die des Gros der amerikanischen Arbeiterschaft ist, daß es Business-Geist ist, der sie beherrscht, dafür liefert die Eigenart ihrer Organisation den besten Beweis.

Es bestehen heute in den Vereinigten Staaten, wie wohl allgemein bekannt ist, vier verschiedene Gruppen bzw. Typen von Arbeiterorganisationen. Von diesen hat eine — die Knights of Labor — nur eine Vergangenheit. Die Glanzzeit dieser mehr einem Freimaurerbunde als einer modernen

---

[1]) In Employers & Employes, p. 100 ff.

Gewerkschaftsorganisation verwandten Gesellschaft, fällt in die Mitte der 1880er Jahre. Aus Gründen, denen hier nicht nachzugehen ist, stieg die Mitgliederzahl der Knights of Labor von 1883 bis 1886 von 52000 auf 703000, um schon im Jahre 1888 auf fast die Hälfte zu sinken. / Die „Ritter" waren wie gesagt gar keine Gewerkschaftsorganisation im modernen Sinne: sie wollten von Fachverbänden nichts wissen, verabscheuten den Streik u. dgl. Heute liegen sie in den letzten Zügen.

Eine andere Gruppe von Arbeiterverbänden hat (im besten Falle) nur eine Zukunft: die in der American Labor Union vereinten sozialistisch optierenden Gewerkschaften des Westens. Die Zahl ihrer Mitglieder ist noch gering; sie repräsentieren eine oppositionelle Minderheit und kommen deshalb an dieser Stelle für uns nicht in Betracht.

Eine dritte Gruppe hat weder eine Vergangenheit, noch eine Zukunft und bedeutet auch in der Gegenwart nichts: die Socialist Trade and Labor Alliance (gegründet von De Leon 1895/96 in Opposition zu den Gewerkschaften.)

Endlich die weitaus bedeutendste vierte Gruppe, die einzige mit einer Gegenwart, bilden die in der American Federation of Labor vereinigten Gewerkschaften. Die Zahl der organisierten Arbeiter, die in der A. F. of L. ihren Mittelpunkt finden, ist während der letzten 10 Jahre enorm gestiegen: sie betrug 1896 272315; 1900 548321; 1904 1676200, das sind mehr als vier Fünftel aller organisierten Arbeiter Amerikas.

Der Charakter der in einem so großen Verbande zusammengeschlossenen Gewerkschaften ist natürlich kein einheitlicher: da auch die sozialistisch gesinnten und der Sozialist Party angehörenden Arbeiter mit großem Eifer der Gewerkschaftssache angehören und ein großer Teil der von ihnen beherrschten Verbände ebenfalls der A. F. of L. angegliedert ist, so kommen in den Jahresversammlungen rein sozialdemokratische Stimmen zu Wort wie auf der anderen Seite ultra-konservative. Aber ich deutete schon an, daß die Leitung der Federation in nicht-sozialistischen Händen liegt und die große Mehrzahl der in ihr vereinigten Unions (wenn auch ihre Stärke wohl nicht der Zusammensetzung des executive council entspricht) steht auf dem Boden der von mir oben skizzierten „amerikanischen"

Auffassung vom Lohnarbeiterverhältnis, so daß sich in ihrer Politik eben dieser spezifisch amerikanische Geist wiederspiegelt. Oder sage ich vielleicht besser: der spezifisch angloſächsische Geist. Denn das Gros der amerikanischen Unions unterscheidet sich in seinem Gebaren soviel ich sehe, nicht wesentlich von demjenigen der älteren englischen Unions. Sie stehen auf dem reinen Geschäftsstandpunkt, der sie dazu führt, durch Exklusivität und Monopolbestrebungen das Interesse der von ihnen vertretenen Gewerbegruppen wahrzunehmen, ohne Rücksicht auf die Klasse des Proletariats als Ganzem noch insbesondere auf die Unterschicht der ungelernten Arbeiter.[1]) Sie haben infolgedessen stark zünftlerische Abschließungstendenzen[2]) und bewirken dadurch eine wesentlich vertikale Gliederung des Proletariats, dessen Zusammenschluß zu einer einzigen geschlossen handelnden Klasse sie naturgemäß aufhalten. Den reinsten Ausdruck findet diese Busineß-Politik in dem Zusammenschluß der monopolistischen Gewerkschaft mit einem monopolistischen Unternehmertum in den sog. „Alliances", das sind Organisationen zur gemeinsamen Ausbeutung des Publikums durch die vereinigten Unternehmer und Arbeiter eines Gewerbezweiges. Man kann diese Art Gewerkschaften, weil sie doch von demselben Holze wie der Kapitalismus selbst geschnitzt sind und sowohl in ihren Tendenzen wie in ihren Wirkungen auf Erhaltung und Festigung, nicht auf Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems gerichtet sind, als kapitalistische bezeichnen und ihnen die sozialistischen Gewerkschaften gegenüberstellen, die ihre Politik zwar auch auf den Gegenwartserfolg zuschneiden, dabei aber die gegen den Kapitalismus gerichtete Klassenbewegung des Proletariats nicht aus dem Auge verlieren.

Genug — der Kern der amerikanischen Gewerkschafts-

---

[1]) Zahlreiche Unions erheben hohe Eintrittsgelder, die bis 50 Doll. (210 Mk.) betragen (bei den Granite cutters, den Flint glas workers für Ausländer u. a.); die meisten beschränken die Zahl der Lehrlinge.

[2]) Die Kompetenzstreitigkeiten zwischen den einzelnen Unions bilden heute in Amerika geradezu den Hauptgegenstand des Interesses in Gewerkschaftskreisen. Wahrscheinlich haben sich zur Zunftzeit die einzelnen Zünfte viel weniger oft in den Haaren gelegen wie heute die einzelnen Gewerkschaften, da in jener ruhigen Zeit technische Neuerungen nicht so häufig waren.

bewegung trägt jenen kapitalistischen Charakter: „Trade Unionism is the business method of effecting the betterment of the wage-earner under the highly organized conditions of the modern industrial world.“ „Th collective bargaining is a business matter“: in solchen Aussprüchen bester Kenner der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung kommt deren Geist unzweideutig zum Ausdruck.

Daß die leitenden Gewerkschaftsmänner zwar einen harten Kampf „for the betterment of the wage earner“ führen wollen, dabei aber den Boden des kapitalistischen Wirtschaftssystems nicht zu verlassen gedenken, beweist endlich ihre Haltung zu den Bestrebungen bürgerlicher Sozialreformer, wie sie seit einigen Jahren in den Vereinigten Staaten zutage getreten sind. Hier zeigt sich der durchaus andere Geist der amerikanischen Arbeiterschaft, wenn wir sie mit der europäischen oder wenigstens kontinental-europäischen vergleichen. Sie fühlt sich zwar in Opposition gegen die Unternehmerschaft, sofern es sich um Festsetzung der Arbeitsbedingungen handelt, ist aber bereit, Schulter an Schulter mit jedem Bürgerlichen zu stehen, der sie in diesem Kampfe unterstützen will. Auch tafeln ihre Vertreter gern und oft mit solchen Unternehmern, die gewillt sind, sich mit der Arbeiterschaft auf der Basis der „Gleichberechtigung“ zu verständigen. Es fehlt eben das spezifisch proletarisch-sozialistische Gegensatzbewußtsein, das unsere Arbeiter in ihrer großen Mehrzahl charakterisiert. Das Verhältnis etwa von Deutschland zu Amerika ist also dieses: bei uns ist es die Minderheit und sicher nicht die Elite der Arbeiterschaft, die Fühlung mit bürgerlichen Sozialreformern — sage in der „Gesellschaft für Soziale Reform“ — sucht, während die große Mehrzahl der organisierten Arbeiter in schroffem Klassengegensatz gegen alle bürgerlichen „Freunde“ verharrt; in Amerika ist es umgekehrt: die leitenden Gewerkschaftsführer (und hinter ihnen steht zweifellos die Elite der organisierten Arbeiterschaft) gehen zusammen mit sozialreformerischen „Unparteiischen“ und Unternehmern — in der National Civic Federation[1]) die ungefähr unserer G. f.

[1]) Die N. C. F. ist zu dem Zweck gegründet, Unternehmer und Ar-

S. R. entspricht — und nur ein kleiner Bruchteil steht (wie bei uns das Gros) grollend bei Seite.

In diesem Sinne etwa ist es also berechtigt zu sagen: es gibt keinen Sozialismus in Amerika.

Das theoretisch wie praktisch gleich interessante Problem, das sich aus dieser Feststellung ergibt, ist nun so zu formulieren: die Vereinigten Staaten sind das Land höchster kapitalistischer Entwicklung; ihre wirtschaftliche Organisation stellt also unsere Zukunft dar. Was 1867 Marx mit Recht von England aussagte, dürfen wir jetzt auf Amerika anwenden: de te fabula narratur, Europa, wenn wir über amerikanische Zustände berichten. Wenigstens was die kapitalistische Entwicklung anbetrifft. Dieses Land unserer Zukunft hat nun eine im Kern unsozialistische Arbeiterschaft: ist diese Erscheinung also auch etwas, was für uns in der Zukunft liegt? Hatten wir Unrecht, die wir die Entstehung des Sozialismus als notwendige Folgeerscheinung des Kapitalismus angesehen haben? Die Antwort auf diese Fragen heischt eine Untersuchung der Gründe, die zu der eigentümlichen Denkweise des amerikanischen Arbeiters geführt haben. Daß wir uns dabei nicht mit dem Hinweis auf einen spezifischen „amerikanischen Geist" begnügen können, folgt aus der Auffassung, die wir vom Wesen wissenschaftlicher Methode haben. Vielmehr werden wir den Gründen nachzuspüren versuchen, indem wir zunächst die dem amerikanischen Proletariat eigentümlichen Existenzbedingungen — historische, politische, ökonomische, allgemein soziale — festzustellen uns angelegen sein lassen. Haben wir diese erkannt und ist es uns gelungen, die Sinnesart der amerikanischen

---

beiter in persönliche Fühlung zu bringen, um dadurch die Gegensätze zu mildern und insbesondere bei Streiks vermittelnd einzugreifen. Das „Executive Comittee" besteht aus 3 Teilen: 15 Unternehmern, 15 „Unparteiischen" („aus dem Publikum"), unter denen jedoch die größere Hälfte wiederum rein kapitalistisch gefärbt ist; es gehören zu dieser Abteilung u. a. Andrew Carnegie, Grover Cleveland, Oscar S. Strauß, die Bankiers Seligmann, James Speyer — und endlich 16 „Arbeitervertreter", unter denen S. Gompers und J. Mitchell obenan stehen. Das offizielle Organ der N. C. F. treibt den besonderen Sport, in jeder Nummer die Photographien einiger renommierter Gewerkschaftsführer neben denen der großen Unternehmer zur Wiedergabe zu bringen.

Arbeiterschaft aus ihnen zu erklären, so steht die weitere Frage vor uns auf: auf welchen Fundamenten ruhen diese Existenzbedingungen? Sind diese Fundamente als dauernd gefestigt anzusehen und werden sie den Bau, der sich heute auf ihnen erhebt, auch in aller Zukunft tragen oder drohen sie ins Wanken zu kommen und mit ihnen der Oberbau? Unbildlich gesprochen: sind die Existenzbedingungen des amerikanischen Arbeiters andauernd gleich bleibende — spezifisch amerikanische oder allgemein in der Richtung der kapitalistischen Entwicklung liegende — oder der Veränderung unterworfene Voraussetzungen geknüpft? Wenn dies letzte der Fall ist: wird die Veränderung derart sein, daß die Existenzbedingungen denen Europas (die den Sozialismus erzeugt haben) sich gleich oder ähnlich gestalten, also daß auch in Amerika der Boden für den Sozialismus bereitet werden würde? Allgemeiner gefaßt: gibt es eine Tendenz zur Einheit in der modernen, sozialen Bewegung oder haben wir es mit national verschieden gestalteten Bewegungen zu tun? Wenn es eine Tendenz zur Einheit gibt: bewegt sie sich in der Richtung zum Sozialismus oder kehrt sie sich von ihm ab? Wird sich Europas und Amerikas soziale Zukunft verschieden oder gleich gestalten. Wenn gleich: ist Amerika oder Europa das „Land der Zukunft“?

Es ist der Zweck einer Reihe von Studien, die ich in den folgenden Heften dieser Zeitschrift zu veröffentlichen gedenke, einiges Material zur Beantwortung der aufgeworfenen Fragen beizubringen.

Erster Abschnitt.

Die politische Stellung des Arbeiters.

I. Politik und Rasse.

Im folgenden will ich den Versuch machen, die Tatsache, daß es „keinen Sozialismus in den Vereinigten Staaten" gibt — in dem Sinne, in dem ich es in dem vorigen Kapitel entwickelt hatte — aus den eigentümlichen Bedingungen zu erklären, unter denen das amerikanische Proletariat lebt und zwar zunächst (weil es in der Tat das „nächstliegende" für jeden Beobachter ist) aus der Eigenart des politischen Lebens.

Vorher muß ich jedoch noch eines Gedankenganges Erwähnung tun, dem man gelegentlich begegnet, wenn von den hier zur Erörterung stehenden Dingen die Rede ist. Man hört nämlich wohl die Meinung äußern, daß das Fehlen des Sozialismus in Amerika gar nicht in der Eigenart des amerikanischen Lebens begründet sei, sondern vielmehr seine Erklärung in der besonderen Veranlagung der angelsächsischen Rasse finde, aus der im wesentlichen das amerikanische Proletariat bestehe. Diese aber sei „von Natur" für alles, was nach Sozialismus ausschaue, unempfänglich. Dieses Räsonnement ist zwiefach falsch: erstens ist die „angelsächsische" Rasse gar nicht „von Natur" sozialistischen Ideen unzugänglich: Beweis: die stark sozialistisch gefärbte Chartistenbewegung in England der 1830er und 1840er Jahre, die Entwicklung der australischen Kolonien und selbst des Mutterlandes in den letzten Jahren; zweitens besteht das nordamerikanische Proletariat gar nicht ausschließlich oder auch nur vorwiegend aus Ange-

hörigen der „angloſächſiſchen“ Raſſe. Wenn es (was im großen ganzen wohl der Fall ſein dürfte) zuläſſig iſt, aus den allgemeinen Ziffern der Einwanderungs- und Fremdgebürtigkeitsſtatiſtik auf die Zuſammenſetzung des Proletariats zu ſchließen (beſondere Ermittlungen der Herkunftsverhältniſſe beſtehen meines Wiſſens für dieſes nicht), ſo ergibt ſich folgendes Bild: von der eingewanderten Bevölkerung in den Vereinigten Staaten beim Zenſus von 1900 ſtammten aus England nur 8,1 Proz., aus Schottland 2,3 Proz., dagegen aus Deutſchland 25,8 Proz., aus Irland 15,6 Proz., aus Rußland und Polen 7,8 Proz.[1]) uſw. Ähnlich iſt das Verhältnis der von fremdgeborenen Eltern abſtammenden Perſonen. Deren Anteil an der geſamten erwerbstätigen Bevölkerung betrug (1900) 38,4 Proz.; an dieſen 38,4 Proz. partizipierte England und Wales nur mit 3,6 Proz., Schottland mit 1,0 Proz., dagegen wieder Deutſchland mit 11,3 Proz., Irland mit 8,4 Proz. Speziell für die gewerblichen Berufe betrug der Anteil der von fremdgebürtigen Eltern ſtammenden Perſonen 56,2 Proz., davon entfielen auf England und Wales 5,8 Proz., Schottland 1,6 Proz., dagegen auf Deutſchland 16,1 Proz., Irland 11,7 Proz.[2]) Aber ſelbſt wenn man die Geſamteinwanderung im 19. Jahrhundert ins Auge faßt, iſt der Anteil der angloſächſiſchen Raſſe geringer, als man anzunehmen geneigt iſt; er beträgt (ſogar einſchließlich der Irländer, die ſicher mehr als die Hälfte davon ausmachen) nur 33,58 Proz. gegen 24,16 Proz. deutſche Einwanderung.

Es gibt alſo Millionen Menſchen in Amerika, die noch während des letzten Menſchenalters aus Ländern eingewandert ſind, in denen der Sozialismus in Blüte ſteht: allein die Deutſchen oder von deutſchen Eltern ſtammenden erwerbstätigen Amerikaner beziffern ſich (1900) auf 3 295 350, von

---

[1]) Die offiziellen Einwanderungsziffern haben neuerdings eine gute Bearbeitung gefunden durch Dr. H. Schwegel, k. und k. Vizekonſul in Chicago, Die Einwanderung in die Vereinigten Staaten von Amerika in der Zeitſchrift für Volkswirtſchaft, Sozialpolitik und Verwaltung, Bd. XIII (1904).

[2]) Occupations at the XII. Census. Washington 1904, pag. C u. CIII.

denen in der Industrie — also gewiß zum größten Teil als Lohnarbeiter — 1142131 tätig waren. Warum sind diese Millionen (wenn man schon annehmen wollte, daß die „Angloſachſen" immun gegen den Bazillus des Sozialismus seien) nicht auch in Amerika Sozialisten?

Es wird also das Argument der Rassenzugehörigkeit bei der Erklärung des uns interessierenden Sachverhalts auszuscheiden sein. Vielmehr legt es gerade die bunte Zusammenwürfelung der amerikanischen Bevölkerung, die gleichwohl ganz gleichartige Züge der Entwicklung aufweist, nahe, deren bestimmende Momente in der Besonderheit des amerikanischen Lebens zu suchen. Ich sagte schon, daß ich diesen Besonderheiten zunächst in der Gestaltung des politischen Lebens nachgehen wollte.[1])

---

[1]) Die folgenden Ausführungen erheben ganz und gar nicht den Anspruch, über die politischen Zustände in den Vereinigten Staaten insonderheit die eigentümlichen Parteiverhältnisse des Landes neues Licht zu verbreiten. Vielmehr stützt sich die Darstellung durchgehends auf das reichhaltige Material, das in der umfangreichen Literatur zusammengetragen und teilweise auch schon verarbeitet ist. Was ich neu hinzubringe, ist lediglich der Gesichtspunkt, unter dem ich die bekannten Tatsachen gruppiere. Dieser Gesichtspunkt ist durch die Fragestellung, von der ich ausgehe, gegeben. Aus der unübersehbaren großen Literatur hebe ich folgende neueren Werke hervor, die zur allgemeinen Orientierung genügend sind: das Standard-work von James Bryce, The American Commonwealth. 2 Vol. London 1889 (seitdem in vielen Tausenden aufgelegt), steht natürlich obenan, wo es sich um den Gesamtüberblick über das öffentliche Leben der Vereinigten Staaten handelt. Eine Art Fortführung und Erweiterung des Bryceschen Buches stellt das Werk von M. Ostrogorski, Democracy and the organisation of political parties. Translated from the french (2 Vol. London 1902) dar, das Bryce selbst mit einer Einleitung versehen hat. Der zweite Band dieses bedeutenden Werkes behandelt Amerika. Hier findet sich für das Studium der amerikanischen Parteiverhältnisse ein so reichhaltiges Material (der Band umfaßt 793 Seiten Großoktav), wie es nur immer der Forscher wünschen kann. Und was die Technik der Parteiorganisation anlangt, ist dem Buche Ostrogorskis wohl kaum etwas hinzuzufügen. Freilich: eine Geschichte des Parteiwesens in den U.S.A. bietet uns auch Ostrogorski nicht. Die fehlt so viel ich sehe bis heute. Ganz unzulänglich und rein äußerlich chronistisch gehalten ist — trotz seines stolzen Titels — das Buch von James H. Hopkins, A History of political parties in the United States. Being an account of the political parties since the foundation of the government; toge-

II. Die politische Maschine.

In den modernen Staaten wird es in dem Maße, in dem das öffentliche Leben sich komplizierter gestaltet und die Demokratisierung der Verfassung zunimmt, immer schwieriger, politische Ideen anders als im Rahmen einer Parteiorganisation zu vertreten. Das gilt für kein Gemeinwesen begreiflicherweise so sehr wie für die Vereinigten Staaten. Sind sie doch der einzige Großstaat mit wirklich demokratischer Verfassung, in dem die politischen Verhältnisse durch die bundesstaatliche Organisation noch eine weitere Komplizierung erfahren.

---

ther with a consideration of the conditions attending their formation and development and with a reprint of the several party platforms. New York 1900. Das Buch ist immerhin von Nutzen erstens wegen des im Titel erwähnten Abdrucks der Programme sämtlicher Parteien, zweitens wegen der statistischen Angaben über das Stimmenverhältnis der Parteien von Anbeginn an. Ein gescheidtes kleines Buch ist das von John Jay Chapmann, Government and Democracy. London 1898 (in Amerika unter dem Titel erschienen: „Causes and Consequences"). Das große Werk v. Holsts, Verfassung und Demokratie der Vereinigten Staaten von Amerika — bisher 5 Bände, Berlin 1873—1891 — kommt dagegen für die in dieser Studie verfolgten Zwecke in sehr geringem Umfange in Betracht, da es zeitlich die Darstellung einstweilen nur bis zum Bürgerkriege führt und sachlich denjenigen Problemen, die im Mittelpunkte unserer Interessen stehen, nur geringe Aufmerksamkeit widmet. Dem Plane des Riesenwerks gemäß soll erst der dritte Teil (die vorliegenden 5 Bände schließen den ersten Teil noch lange nicht ab) „die aktuellen politischen und sozialpolitischen Zustände besprechen". Mittlerweile hat der Verfasser einen kurzen Abriß des Staatsrechts der Vereinigten Staaten in Marquardsens Handbuch des öffentlichen Rechts publiziert.

Aus der französischen Literatur, die seit Tocquevilles Meisterwerk den innerpolitischen Zuständen der Vereinigten Staaten stets ein besonderes Interesse zugewandt hat, sind von neueren Schriften verwertbar das Werk von Claudio Janet, das zuerst 1875 erschienen und im Jahre 1893 von Walter Kämpfe u. d. T. Die Vereinigten Staaten Nordamerikas (!) in der Gegenwart. Sitten, Institutionen und Ideen seit dem Sezessionskriege, Freiburg i. Br., neu bearbeitet und beträchtlich erweitert herausgegeben ist. Natürlich ist das Buch wegen des radikal-katholischen Standpunkts seiner Verfasser mit Vorsicht zu benutzen. Ein reiches Material enthält ferner das große Werk von Auguste Carliers, La république américaine, Etats Unis: Institutions de l'Union, Institutions d'Etat, Régimemunicipal, systèmes judiciaires etc. 4 tomes. Paris 1890.

„Ein Großstaat“: zwanzigmal so groß wie das Deutsche Reich — „mit wirklich demokratischer Verfassung“, was folgendes besagt: das allgemeine Wahlrecht besteht jetzt als Regel in allen Staaten der Union. Die noch geltenden Beschränkungen sind unbeträchtlich. Aus diesem allgemeinen Wahlrecht gehen aber nicht nur wie in den europäischen Staaten (mit Ausnahme der Schweiz) die gesetzgebenden Körperschaften hervor, sondern auch — und das ist die Pointe — fast alle höheren Verwaltungsbeamte und höheren Richter. / Überall wird der oberste Beamte des Staates — der Governor — durch Wahl bestimmt, seine Amtsperiode beträgt (in ungefähr gleichviel Staaten) 4 oder 2 Jahre. Die Mehrzahl der Staaten wählt auch den Lieutenant-Governor, also den Stellvertreter des Governor. Die obersten Richter werden in zwei Drittel der Staaten — in allen West- und Südstaaten, New York, Pennsylvanien und Ohio — ebenfalls durch das Volk und ebenfalls für kurze Termine gewählt. Daß auch der oberste Beamte des Reichs und seine Stellvertreter aus öffentlichen Wahlen hervorgehen, ist bekannt.

Zu diesen Reichs- und Staatswahlen gesellen sich nun aber noch die Wahlen zu den „Grafschafts-“ und Stadtparlamenten, sowie die Wahlen verschiedener Beamten der Lokalverwaltungen, insbesondere des Mayors.

So kann ein gewissenhafter Bürger ein gut Teil seines Lebens mit „Wählen“ verbringen. Denn man mache sich nur klar, wieviel Wahlgelegenheiten z. B. in einem Staat wie Ohio zusammenkommen: Es sind zu wählen:

1. Bundesämter: einmal alle 4 Jahre: der Präsident — einmal alle 2 Jahre: die Mitglieder des Repräsentantenhauses;

2. Staatsämter: einmal jährlich: Mitglieder der Board of Public Works[1]) (auf 3 Jahre); Mitglieder des obersten Gerichtshofs (auf 5 Jahre) — einmal alle 2 Jahre:

[1]) Die spezifisch amerikanischen (bzw. englischen) Ämter führe ich in der englischen Bezeichnung an, ohne eine Verdeutschung (die oft sehr umständlich sein würde) zu versuchen. Für das, was die Übersicht erweisen soll, genügt ja auch die Kenntnisnahme von der Existenz jeder der zu wählenden Beamtenkategorie.

der Governor des Staates Ohio; der Lieutenant-Governor; der Staatssekretär; der Schatzsekretär (Treasurer); der Oberstaatsanwalt; die Staats-senatoren (Mitglieder des Oberhauses des Staates Ohio); die Abgeordneten (für den Landtag des Staates Ohio) — einmal alle 3 Jahre: der Staatskommissar für das Schulwesen; der Clerk des obersten Gerichtshofs — einmal alle 4 Jahre: der „Auditor".

3. Distriktsämter: einmal alle 2 Jahre bzw. alle 5 Jahre (auf je 6 bzw. 5 Jahre) die Richter der mittleren Gerichte (Circuit Judge und Judge of the Court of Common Pleas) einmal alle 10 Jahre: die Mitglieder des Board of Equalization.

4. „Grafschafts" (County-) Ämter: einmal jährlich: die County Commissioners (auf 3 Jahre), die „Krankendirektoren" (Infirmary Directors, auf 3 Jahre) — einmal alle 2 Jahre: Treasurer; Sheriff; Coroner; einmal alle 3 Jahre: County Auditor; Recorder; Surveyor; Judge of Probate; Clerk of Court of Common Pleas; Prosecuting Attorney.

5. Städtische Ämter: einmal jährlich: Mitglieder der Polizeidirektion (Board of Police Commissioners) in den meisten Städten; Mitglieder der Armen- und Krankenhausverwaltung (auf 3 Jahre); die Aufsichtsbehörde für die Wasserwerke (trustee of water works) (auf 3 Jahre) — einmal alle 2 Jahre: der Oberbürgermeister (Mayor), der City Clerk, der Auditor; der Treasurer; der Solicitor; der Police Judge (in den größeren Städten); der Prosecuting Attorney of the Police Court (in größeren Städten); der Clerk of Police Court (in größeren Städten); der City Commissioner (in Städten zweiten Ranges); der Marshall (nicht in den größeren Städten); der Street Commissioner; der Civil Engineer; den Branddirektor (Fire Surveyor); der Superientendent of Markets. Die zuletztgenannten 3 Ämter können vom Stadtrat entweder besetzt oder als Wahlämter qualifiziert werden. Sonst aber ist die lange Liste der hier aufgezählten Beamten direkt vom Volk zu wählen! Dabei sind noch diejenigen Ämter ausgelassen, die sich nur in einer der beiden Großstädte — Cincinnati oder Cleveland — finden.

Trotzdem ergeben sich schon folgende Wahlgänge:

7	Wahlen sind	jährlich	vorzunehmen,
21—26	„ „	alle 2 Jahre	„
8	„ „	„ 3 „	„
2	„ „	„ 4 „	„
2	„ „	„ 5 bzw. 10 Jahre	„

Das macht einen Durchschnitt von 22 Wahlen, die jeder Bürger im Laufe eines Jahres vorzunehmen hat. Nicht daß er 22 verschiedene Male zur Urne gehen müßte (es werden vielmehr öfters die Wahlen zu verschiedenen Ämtern auf einen Tag gelegt); aber er muß doch jedes Jahr 22 Männer auswählen, die er für je ihr Amt qualifiziert erachtet.

Diese Anforderung an die Leistungsfähigkeit des normalen Bürgers braucht nur festgestellt zu werden, um in ihrer Unerfüllbarkeit erkannt zu werden. Bedenkt man nämlich, daß ein beträchtlicher Teil der Wahlen über ein größeres Gebiet einheitlich erfolgen soll — die meisten der amerikanischen „Staaten" sind größer als Bayern, Baden und Württemberg zusammen, einige erreichen den Umfang des Königreichs Preußen, ja den des Deutschen Reichs — daß also (wenn nicht völlige Konfusion herrschen soll) eine Verständigung über die aufzustellenden Kandidaten zwischen den Bewohnern einer Stadt, einer Grafschaft, eines Staates (und bei der Präsidentenwahl der ganzen Union) herbeigeführt werden, daß für den aufgestellten Kandidaten Stimmung gemacht werden muß, so bedarf es keiner langen Überlegung, um einzusehen, daß der einzelne Urwähler bei diesen Vorgängen unmöglich sich selbst überlassen bleiben kann, daß vielmehr Leute da sein müssen, die einen Lebensberuf daraus machen, unausgesetzt sich mit dem Problem der Wahlen zu beschäftigen: sei es, um geeignete Kandidaten ausfindig zu machen, sei es um einheitliche Listen aufzustellen, sei es um die Wahl der aufgestellten Kandidaten zu betreiben.

In den Anfängen der amerikanischen Demokratie — als die Zahl der Wähler ebenso wie die Zahl der Wahlämter noch gering waren, etwa bis zum Jahre 1824 — wurden die Wählermassen von den gesetzgebenden Körperschaften selbst geleitet. Diese bildeten in ihrer Mitte Komitees — den Congressional bezw. Legislative Caucus —, von denen die Kandi-

daten aufgestellt wurden, deren Wahl man dem Volke empfahl.

Als dann mit dem Beginn des dritten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts die demokratische Flutwelle kommt, wird auch diese Funktion (der Leitung der Wählermassen) „demokratisiert“, d. h. von oben nach unten verlegt. Es sind zuerst einige Demagogen in dem mehr und mehr anwachsenden New York mit seiner bunt zusammengewürfelten Bevölkerung, die sich der Wahlmaschinerie zu bemächtigen trachten — der Name des bekannten Aaron Burr steht an der Spitze — und die mit Hilfe einer Schar abhängiger Kreaturen die berüchtigte Gilde der Berufspolitiker organisieren, in deren Händen seitdem das „Geschäft“ der Politik in den Vereinigten Staaten ruht und deren Herrschaft in dem Maße sich festigt, als die Wahlmaschinerie komplizierter wird und die anständige Gesellschaft sich mehr und mehr von der Teilnahme an der Politik zurückzieht.

Die „Arbeit“ der Berufspolitiker — der „Politicians“ — ist nun aber in der Tat eine ganz enorme. Der Wahlmechanismus, wie er sich allmählich herausgebildet hat, ist etwa dieser: in je einem Wahlbezirk werden von den Machern im Bedarfsfalle Urwählerversammlungen einberufen — die sog. Primaries. In dieser werden (natürlich auf Kommando der Veranstalter) Delegierte gewählt, die dann zu den sog. „Conventions“ zusammentreten. In diesen Conventions findet die Nominierung der Kandidaten statt. Ist die Liste festgestellt, so gilt es für sie Stimmung zu machen und am Wahltage die Wählermasse (die dann erst in die Erscheinung tritt) zur Wahlurne — den Polls — zu schleifen. Es müssen nun soviel „Conventions“, also Delegiertenversammlungen zusammentreten, als es Wirkungssphären der zu besetzenden Ämter gibt. Häufig können in einer Delegiertenversammlung — z. B. der State-Convention — eine ganze Anzahl von Kandidaten aufgestellt worden — Governor, Lieutenant-Governor, Staatssekretär, Schatzsekretär, Oberstaatsanwalt, Mitglieder des Oberlandesgerichtes (Supreme Court) etc. Oft aber fallen die Wirkungssphären der zu besetzenden Ämter nicht zusammen, dann sind mehrere Delegiertenversammlungen zu bilden. So kommt es, daß unter Umständen die Kette der Conventions sehr lang ist. Es gibt dann eine County Convention; eine Ward Convention (Stadtbezirksver-

sammlung in größeren Städten); eine City Convention; eine Convention für den Landtagswahlkreis (legislative assembly district convention); eine Convention für den Senatswahlkreis (senatorial district), in dem die Mitglieder des Oberhauses jedes Staats gewählt werden; eine für den Kongreßwahlbezirk (congressional district), in dem die Reichstagsmitglieder zu wählen sind; eine für die Gerichtswahlkreise (judicial convention) und endlich die schon genannte State-Convention und (für die Präsidentenwahl) die National Convention. Für einen Teil der Conventions werden die Mitglieder direkt in den Primaries gewählt, für andere (State- und National-Convention) von den Conventions niederen Grades (den legislative districts-conventions).

Soll diese riesige „Maschine" einigermaßen gut funktionieren, so muß eine gewaltige Masse brillant organisierter Berufspolitiker unausgesetzt am Werke sein. In jedem Bezirk muß ein Stab geschulter Arbeiter (die Workers) den eigentlichen Drahtziehern (den wire pullers) zur Verfügung stehen, die selbst wieder von den Oberregisseuren (den head wire pullers) in guter Ordnung gehalten werden.

Und ebenso groß wie die Masse der Menschen müssen die Geldmittel sein, damit das gute Funktionieren der „Maschine" ermöglicht werde. Ein paar Ziffern machen das ersichtlich: Bryce (2, 142) schätzt die Kosten der Wahlen in New York in einem „gewöhnlichen" (also keinem Präsidentenwahl-) Jahr auf 700000 Doll., von denen 290000 Doll. die Stadt trägt. Die Wahlkampagne für die Mayorswahl in New York weist folgende Leistungen an Arbeit und Geld auf: Tammany (die Organisation der demokratischen Partei) hielt 3700 Meetings ab, die Fusionierten (ihre Gegner) 4000. Tammany beschäftigte 1500 Redner, die Gegner 2500. Die Ausgabe für Drucksachen betrugen dort 60000 Doll., hier 10000 Doll. weniger. Für Umzüge und andere Demonstrationen zu Wahlzwecken wurden von beiden Parteien 25000 Doll. verausgabt. Im ganzen kostete die Wahlkampagne Tammany 900000 Doll. den Fusionisten 500000 Doll.[1]) Die Gesamtausgaben

[1]) Eltweed Pomeroy, M. A., Why I do not join the Socialist Party. International Socialist Review. Vol. II (1901/02), 647.

für die Präsidentschafts-Kampagne werden auf 5000000 Doll. geschätzt. Das also sind die Leistungen, die eine Partei prästieren muß, die in Amerika ihre „Ideen" verfechten will. Und es springt in die Augen, welche Schwierigkeiten sich aus dieser Situation für die Gründung und das Reüssieren einer Arbeiterpartei, einer „Sozialdemokratie" ergeben müssen. Selbst wenn es sich um den Anfang des politischen Lebens handelte. Nun kommt aber hinzu, daß die politische „Maschine" in den Händen alteingesessener Parteien seit Jahren ruht. Die Schwierigkeit für eine neue Partei verdoppelt sich also: sie hat mit alten Parteien, die im Besitze sind den Kampf aufzunehmen. Welche besonderen Hemmungen aus diesem Zustand sich für die Entwicklung einer selbständigen sozialistischen Parteiorganisation ergeben, verdient eine nähere Betrachtung.

III. Das Monopol der beiden „großen" Parteien.

Von Anbeginn der Republik an beherrschen das öffentliche Leben der Vereinigten Staaten zwei große, fast gleichstarke Parteien, deren Namen gewechselt haben: bis Anfang der 1820er Jahre hießen sie Föderalisten und Republikaner (demokratische Republikaner); dann (nationale) Republikaner, später Wighs und Demokraten; seit 1856 Republikaner und Demokraten. Über ihre Wesenheit werde ich an anderer Stelle einiges aussagen und dort auch die Frage zu beantworten suchen, warum es gerade immer zwei Parteien gewesen sind, die in den Vereinigten Staaten Bedeutung erlangt haben. Hier will ich zunächst nur den Gründen nachgehen, die die monopolartige Stellung der beiden herrschenden Parteien erklären können; den Gründen also ihrer Anziehungskraft.

Da wird wohl in erster Linie der Umstand in Betracht kommen, daß sie über die nötigen Geldmittel verfügen, um die riesige Wahlmaschine, von deren Kompliziertheit die Ausführungen auf den vorigen Blättern eine Vorstellung gegeben haben, in Funktion zu erhalten.

Die Gelder, mit denen die Parteien in Amerika arbeiten, entstammen drei verschiedenen Quellen:

1. Freiwilligen Beiträgen reicher Parteimitglieder und

allgemeinen öffentlichen Subskriptionen, wie bei uns. Nur daß in Amerika das Kapital, weil es unmittelbare Erfolge vor Augen sieht, geneigter ist, mit großen Summen die Partei zu unterstützen, von der man sich gerade die meiste Förderung verspricht. Es hängt, wie wir noch sehen werden, mit dem inneren Wesen der Parteiorganisation in den Vereinigten Staaten zusammen, daß es bald diese bald jene der beiden großen Parteien ist, die von einer und derselben Kapitalmacht ihre Subsidien empfängt. Die großen Trusts finanzieren überall die Parteiunternehmungen, aber die Standard Oil Company oder sonst eine große Gesellschaft wird ihre Gelder in New York der demokratischen, in Pennsylvanien der republikanischen Partei zufließen lassen, als derjenigen, die den Staat gerade beherrscht oder in nächster Zeit zu beherrschen Aussicht hat. Genug, daß die Parteien bei den reichen Leuten des Landes große Summen flüssig zu machen fortgesetzt imstande sind. [1])

2. Die Schatzung der Beamten in Stellung (assessments) gewährt den Parteiorganisationen die zweite Möglichkeit, sich die erforderlichen Geldmittel zu verschaffen. Es wird ein bestimmter Prozentsatz des Gehalts „für Parteizwecke“ einkassiert. Bryce (2, 112) berechnet für Ende der 1880er Jahre das Jahresgehalt der städtischen Beamten in New York auf 11000000 Doll., das der 2500 Bundesbeamten, die wenn zur gleichen Partei gehörig ebenfalls besteuert werden, auf 2500000 Doll. Eine Schatzung von 2 % von diesen Beträgen bringt der Parteikasse 270000 Doll., also etwa $1\frac{1}{4}$ Mill Mk. Selbst Schutzmänner, selbst Laufburschen und gewöhnliche Arbeiter in Staatsanstalten werden von ihren Parteien in dieser Weise zur Steuer herangezogen. [2])

---

[1]) Dabei handelt es sich immer um stattliche Beträge. In New York z. B. waren Mitte der 1890er Jahre 2100 „Korporationen“ ansässig mit einem Gesamtkapital von 2 Mill. Doll. Die meisten sind der herrschenden Partei verpflichtet und zahlen ihren „Friedenspreis“, der bei einzelnen bis 50000 Doll. beträgt. Vgl. Joseph Bishop, The Price of the Peace, in der Zeitschrift „The Century“ Vol. 48.

[2]) As a tenant had in the days of feudalism to make occasional money payments to his lord in addition to the military service he rendered, so now the American vassal must render his aids in money as well as give knightly service at the primaries, in the canvass,

3. Die Besteuerung der Kandidaten für die einzelnen Ämter endlich liefert ebenfalls noch reichliche Geldmittel. Es besteht die Sitte, daß jedermann, der auf eine Stellung reflektiert und als Kandidat aufgestellt zu werden wünscht, seiner Partei einen „Beitrag zu den Unkosten" bezahlt. Dieser Beitrag ist recht beträchtlich. Er absorbiert meist einen vollen Jahresgehalt und mehr bei den besoldeten Ämtern; ja in manchen Fällen ist er höher als die ganze reguläre Einnahme, die der Beamte während seiner Amtsdauer bezieht.[1]) Die Höhe der Beträge, die solcherart in die Parteikasse abzuführen sind, wird verschieden angegeben. Nach einer Preisliste, deren Sätze man häufig genannt findet,[2]) kostet in New York: eine Richterstelle 15000 Doll., ein Kongreßsitz 4000 Doll., eine Stadtratsstelle 1500 Doll., die Wahl zum Stadtverordneten 600 bis 1500 Doll. usw. Tammany bezieht aus diesen Beträgen ein Einkommen von jährlich 125000 Doll., die Gegenpartei von beinahe 100000 Doll.

Die „Wahlzwecke", für die alle diese Gelder aufgebracht werden, sind zunächst der Stimmenkauf pure et simple. Die meisten Negerstimmen, die Stimmen vieler ungebildeter Einwanderer aus halb barbarischen Staaten, die Stimmen des großstädtischen Lumpenproletariats sind notorisch käuflich und werden notorisch gekauft. Der Preis schwankt, man rechnet durchschnittlich z. B. für eine Negerstimme 3 Doll.

Die große Masse der Wahlstimmen auch des niederen Volkes ist natürlich auf diese plumpe Weise nicht zu haben. Aber in breiten Schichten der ärmeren Bevölkerung weiß die

---

at the polls. His liabilities are indeed heavier than those of the feudal tenant, for the latter could relieve himself from duty in the field by the payment of scutage, while under the Machine a money payment never discharge from the obligation to serve in the army of „workers". Bryce 2, 112/13.

[1]) So forderte der demokratische „Ring" in New York City 25000 Doll. für die Wahl zum Comptroller, 5000 Doll. für die Wahl zum (Staats-)Senator. Der Gehalt des Comptroller beträgt 10000 Doll. für 3 Jahre, der eines Senators 1500 Doll. für 2 Jahre!

[2]) Artikel „Assessments" in der Amer. Cyclop. of Political Science. Vgl. dazu Bryce 2, 113, 139 ff. Ostrogorski, IV. Part 4. Chapter, V. Part 7. Ch.

Parteileitung sich doch dadurch beliebt zu machen, daß sie Bedürftigen mit ihren Gaben in Not und Trübsal beisteht: diesem wird ein Dollar geliehen; jenem ein Eisenbahnbillet gratis verschafft; hier werden Kohlen an kalten Tagen verteilt; dort ein Huhn zu Weihnachten geschenkt; Kranken wird Arznei gekauft, bei Todesfällen wird ein Sarg zum halben Preise besorgt usw. Und neben all dieser Fürsorge her geht eine generöse Traktiererei in den Destillen — den Saloons —, wo überhaupt vielleicht der wichtigste Teil des ganzen Wahlgeschäfts absolviert wird. Denn hier bearbeitet der Parteiagent, der „Worker", der in keiner Kneipe fehlt (häufig ist es der Wirt selbst) auch alle diejenigen, die auf anderem Wege als durch Geld oder direkte Unterstützungen der oben erwähnten Art gewonnen werden sollen. Jeder Wähler wird — wie es Ostrogorski treffend ausdrückt — vom Worker bei seiner schwachen Seite gepackt: der will die polizeiliche Erlaubnis für den Betrieb eines Straßenhandels oder die Eröffnung eines Saloons haben; jener hat die Bauordnung verletzt oder sonst eine Übertretung auf dem Gewissen: alles bringt die „Maschine" in Ordnung, indem sie die maßgebenden Instanzen zugunsten ihres Klienten beeinflußt, die ja selbst wieder (als gewählte Beamte!) großenteils in ihrer Gewalt sind. Oder aber die Sache wird von der anderen Seite angefaßt: die Partei verhängt Strafen über den renitenten Wähler und gewinnt dadurch ihn zurück oder schreckt wenigstens andere: sie sorgt, daß er — wenn er ein Angestellter in einer Staats- oder Gemeindeanstalt ist — entlassen wird; daß — wenn er Unternehmer ist — die Fabrikinspektion ihm schärfer auf die Finger sieht. Der Steuererheber prüft die Bücher des mißliebigen Händlers doppelt genau und entdeckt, daß er nicht voll seine Abgaben bezahlt hat. Der Schankwirt, der die Polizeistunde nicht inne hält, bekommt sofort sein Strafmandat [1]) usw.

Die bisherigen Ausführungen lassen bereits den Zirkel erkennen, in dem sich das Parteiwesen in Amerika bewegt: weil die großen Parteien die Gelder haben, mit denen sie

---

[1]) Siehe die vortrefflichen Ausführungen bei Ostrogorski im 6. und 7. Kapitel des 5. Teils.

direkt oder indirekt die Wahlstimmen kaufen können, mit denen sie den großen Stab von Workers bezahlen können ebenso wie den übrigen Apparat der Wahlmaschine, mittels dessen die Wählerschaft beeinflußt wird, weil sie über allerhand Methoden verfügen, dem Anhänger zu nützen, dem Gegner zu schaden: darum haben sie den großen Zulauf, darum besitzen sie die große Anziehungskraft, darum haben sie das politische Monopol, sei es daß sie an der Herrschaft sind oder begründete Aussicht haben, das nächste Mal zur Herrschaft zu gelangen. Und: weil sie diese Stellung einnehmen, weil sie im Besitze der Macht sind, darum stehen ihnen die Mittel zu Gebote, zu segnen und zu verdammen, darum verfügen sie über die nötigen Geldbeträge, um die Wahlmaschine im Gang zu erhalten.

Dieser — für alle Außenstehenden so verhängnisvolle — Zirkel tritt nun aber noch viel deutlicher in anderen Zusammenhängen in die Erscheinung.

Zunächst in den Vorteilen, die die herrschende Partei als Verteilerin der Ämter ihren Anhängern bietet. Das ist ersichtlich bei allen Wahlämtern. Jeder, der selbst oder für seine Freunde auf eine solche Stellung reflektiert, muß naturgemäß das lebhafteste Bestreben haben, der größten Partei anzugehören, jedenfalls einer Partei, die überhaupt Chancen hat, den Sieg zu erringen. Für Stellenjäger ist kein Platz in einer Partei, die ein Zehntel oder ein Zwanzigstel der Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigt und — vielleicht einmal! — in zehn oder zwanzig Jahren die Majorität haben wird. Dieses Räsonnement gilt nun aber keineswegs nur für die Wahlämter, sondern auch für die Mehrzahl der Ämter, die auf dem Wege der Anstellung besetzt werden. Denn auch diese sind für die Anhänger der herrschenden Partei bestimmt.

Das sog. Spoils-System herrscht in den Vereinigten Staaten allgemein seit der Präsidentschaft Jacksons (1829—1833), während es schon vorher in einigen Staaten, namentlich New York und Pennsylvanien sich eingebürgert hatte. Es beruht darin, daß die Beute dem Sieger zufällt — „the spoils to the victor“![1]) — d. h. also im wesentlichen, daß die Ämter

[1]) Dies Wort ist geprägt vom Senator Marcy schon in den 1820 er Jahren.

nicht nach Qualifikation, sondern unter Berücksichtigung der Parteizugehörigkeit des Bewerbers besetzt werden. Bedenkt man, daß dieser Grundsatz für die höchsten wie für die niedrigsten Stellungen im Reich, Staat, Grafschaft und Gemeinde gilt, für die Staatssekretäre und Postdirektoren ebenso wie für die Bureaudiener und Schutzleute, so kann man leicht ermessen, welche ungeheure Anziehungskraft dadurch auf die Massen durch diejenigen Parteien ausgeübt wird, die allein bei dieser „Beuteverteilung" ernstlich in Frage kommen, eben die beiden „großen" Parteien.[1])

Die Bedeutung dieses engen Zusammenhanges zwischen politischer Partei und Ämterverteilung kann für die Entwicklung der Parteiverhältnisse in Amerika nicht leicht zu hoch angeschlagen werden. Er verdient insbesondere Beachtung, wenn man, wie es hier geschieht, den Gründen nachgeht, die die geringe Entfaltung der sozialistischen Bewegung plausibel machen sollen. Denn gerade diese hat unter dem herrschendem System am meisten zu leiden.

---

[1]) Das Spoils-System herrscht heute in U.S.A. nicht mehr unbeschränkt. Die sog. Civil service reform, deren Ziel die Besetzung der Ämter nach der Qualifikation des Kandidaten (die durch Ablegung eines Examens erbracht wird) bzw. seiner Anciennität ist, hat mit dem Gesetze von 1883 einen ersten Erfolg erzielt. Danach soll wenigstens ein Teil der Bundesämter in der bezeichneten Weise besetzt werden, der sog. „classified service", dessen Umfang die Präsidenten (!) bestimmen. In Wirklichkeit ist immer erst der kleinere Teil der Bundesämter auf diesem Wege dem „Beutesystem" entzogen. Von den Staaten haben, soviel ich weiß, bisher nur zwei (New York und Massachusetts) den Gedanken der Civil Service Reform aufgegriffen. Ebenso haben erst wenige Städte (unter den großen Chicago, New Orleans, S. Francisco, Philadelphia) das „merit system" eingeführt, viele aber auch nur auf dem Papier wie Philadelphia, während in anderen, wie Chicago, die Reform des Ämterwesens ernste Fortschritte gemacht haben soll. Vgl. die Reports of the U. S. Civil service Commission, Washington. Immerhin handelt es sich offenbar bis jetzt noch um erste Ansätze zur Beseitigung des Spoils-Systems, die dessen im Text hervorgehobene Bedeutung für das amerikanische Parteileben einstweilen nur unwesentlich herabzumindern vermocht haben. Daß eine weiter ausgedehnte Civil Service Reform einen entscheidenden Einfluß auf den Gang des gesamten öffentlichen Lebens, insonderheit auch auf die Stellung der großen Parteien ausüben würde, kann aber keinem Zweifel unterliegen.

Man kann als Arbeiter leicht Sozialdemokrat sein, wenn man bestimmt weiß, daß man doch nicht — auch wenn man einer „staatserhaltenden" Partei angehört — Gewerberat oder Ausstellungskommissar oder Präsident des Reichsversicherungsamtes oder des K. Statistischen Amtes wird. Wie man auch getrost (im geheimen) als Postbote oder Schutzmann seinen sozialdemokratischen Neigungen frönen kann, wenn man weiß, daß die Wahrscheinlichkeit nicht groß ist, seines Amtes entsetzt zu werden.

In Amerika liegt die Sache anders. Hier führt der Weg auch zu den bescheidensten Ämtern, wie wir sahen, durch das Joch der Parteizugehörigkeit. Und alle, die auf ein „Pöstchen" im Staats- oder Gemeindedienst spekulieren, müssen sich zuvor der „Partei" ausliefern und zwar nicht nur am Wahltage sondern lieber noch lange vorher als tätige Parteiarbeiter. Da wird dann die „Gesinnungstüchtigkeit" auf eine arg harte Probe gestellt, der die meisten nicht standhalten. Das wiederholt sich im großen bei den Arbeiterführern, den leitenden Gewerkschaftsleuten. Diesen winkt ein reicherer Lohn, wenn sie der herrschenden Partei Treue schwören: ein gut besoldetes Amt vom Fabrikinspektor hinauf bis zum Staatssekretär: je nach der Bedeutung, die man dem zu Versorgenden beimißt. Es ist ein durchaus bewährtes Verfahren, daß die herrschenden Parteien seit Jahren mit bestem Erfolg zur Anwendung bringen: die einflußreichen Arbeiterführer durch Verleihung eines einträglichen Amtes „unschädlich" zu machen. Wir können diesen Entmannungsprozeß bei einer ganzen Reihe der namhaftesten Führer verfolgen. Im Augenblick soll der Präsident der Am. Federation of Labor — in Deutschland Legien — zum Nachfolger Caroll D. Wrights, also zum Direktor des arbeitsstatistischen Amtes ausersehen sein, während John Mitchell, der siegreiche Bergarbeiterführer, also etwa Sachse oder Hué in Deutschland, einen Unterstaatssekretärposten in Washington erhalten soll.

Man hat festgestellt, daß in solcher Weise in Massachusetts während weniger Jahre 13, in Chicago 30 Arbeiterführer in Beamtenstellungen gelangt sind.

Da sei nun einmal einer „Sozialdemokrat" und fordere

„den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung“, wenn ihm unausgesetzt das Bild der fetten Pfründe vor Augen schwebt! Da habe einer Selbstlosigkeit genug, am Abend seinen Gefolgsmannen die Aussichtslosigkeit der herrschenden Politik, die Notwendigkeit einer sozialistischen Bewegung zu predigen, wenn ihm eben am Nachmittage von dem „Boß“ einer der „großen“ Parteien die Kandidatur für ein lukratives Wahlamt angeboten oder ein fetter „Anteil an der Beute“ des nächsten Wahlsieges verheißen worden ist!

Wenn aber solcherweise die einflußreichen Führer, jedesmal wenn sie zu Macht und Ansehen unter ihren Genossen gelangt sind, für eine oppositionelle Arbeiterbewegung verloren gehen, so bedeutet das nicht nur einen direkten Gewinn für die großen Parteien soweit die Person des Führers und auch die Kreise der Arbeiterschaft selbst in Frage kommt, die jenem Führer ihr Vertrauen schenkten, sondern in viel weiterem Umfang eine indirekte Stärkung, weil mit dem durch den Köder des Amtes eingefangenen Führer eine mögliche selbständige Arbeiterpartei einen schmerzlichen Verlust erfährt. Mit anderen Worten: die großen Parteien kapern jedesmal die Offiziere der etwa in der Bildung begriffenen sozialistischen Parteiorganisation vor der Nase weg.

In allen bisher besprochenen Fällen ist es das persönliche Interesse, ist es der Wunsch, sich in irgend einer Form für sich oder seine guten Freunde einen Vorteil zu verschaffen, der den einzelnen in die Arme der „großen“ Parteien treibt.

Nun sind es aber nicht nur persönliche Motive, die die große Masse an die alten Parteien fesseln. Sondern in gleich starkem Maße kommen ideelle Momente in Frage.

Da ist zunächst das allgemeine „politische Interesse“, also das Interesse an der Gestaltung des öffentlichen Lebens, das in Amerika häufig genug den einzelnen dazu treibt, einer der „großen“ Parteien sich anzuschließen, nur weil es die „große“ Partei ist, d. h. also weil er nur mit ihrer Hilfe hoffen kann, eine ihm gerade am Herzen liegende Reform durchzusetzen, einen ihn bedrückenden Übelstand sofort zu beseitigen. Man muß sich, um das zu verstehen, den fundamentalen Unterschied klar machen, der zwischen den Verfassungen der europäischen

Staaten (immer mit Ausnahme der Schweiz, für die denn auch ähnliche Erwägungen zutreffen wie für die Vereinigten Staaten) und der Verfassung der nordamerikanischen Union obwaltet. In den europäischen Staaten ist eine Einwirkung auf den Gang des öffentlichen Lebens durch das Volk im besten Falle immer nur auf dem langen Umwege der parlamentarischen Majoritätsbildung möglich. Man wählt Abgeordnete in das Parlament und hofft in diesem eine Majorität zusammen zu bekommen, der sich die Regierung dann anpassen wird: offenbar ein sehr langsames und keineswegs immer radikales Verfahren.

Während sich dieser Umgestaltungsprozeß vollzieht, werden aber im Parlament schöne Reden gehalten, um die Prinzipien der Partei zum Ausdruck zu bringen und diese schönen Reden gewinnen eine um so größere Bedeutung je geringer die Aussichten auf eine wirkliche Beeinflussung der Staatsmaschinerie sind. Da hat es immerhin einigen Sinn, ein paar Abgeordnete zu wählen, die zwar nicht zur „Majorität" gehören, aber doch zum Fenster hinaus ihre gesinnungstüchtigen Tiraden loslassen werden: ein Trost für das Volk, das zur Macht- und Einflußlosigkeit verdammt ist. Daher der Deutsche Reichstag, dessen Beschlüsse für den Gang des öffentlichen Lebens in Deutschland so gut wie irrelevant sind, der passendste Ort für Minoritätsparteien mit Schönrednern ist. Jedermann weiß, daß alles, was Stadthagen sagt, ebensogut ungesagt bleiben könnte, ohne daß auch nur eine einzige wichtige politische Maßnahme anders ausfallen würde. Aber der sozialdemokratische Wähler freut sich, wenn er in seinem Blättchen diese blutrünstigen Expektorationen liest, und sagt sich mit ingrimmig-vergnügtem Schmunzeln: „Der hat's ihnen mal wieder ordentlich gegeben." Es ist der Mangel an „politischem Sinn", d. h. an Sinn für unmittelbare Einfluß- und Machtgewinnung, der zu dieser Art Stimmung hinüberleitet. Ist man höflicher, so nennt man es „Idealismus", was sich hier äußert. Und der ist ja wohl wiederum am höchsten entwickelt im Lande der „Dichter und Denker". Wir sind auch aus diesem Grunde die geborenen Minoritätspolitiker.

Ganz genau das Gegenteil ist in den Vereinigten Staaten

der Fall. Hier legt zunächst die rein demokratische Verfassung es den Massen nahe, ihr Augenmerk auf den greifbaren Erfolg zu richten. Weil nämlich nicht nur die Abgeordneten für die Parlamente, sondern auch Richter und Verwaltungsbeamte aus den Volkswahlen hervorgehen, so hat man sein Interesse von den Parlamenten ab und hat es den Beamtenwahlen zugewandt. Aus noch zu erörternden Gründen spielt das Parlament, spielt insbesondere das Repräsentantenhaus in Washington eine sehr viel unbedeutendere Rolle als das Parlament in einem westeuropäischen Staate, ja vielleicht sogar eine geringere als der Deutsche Reichstag. Dagegen ist man an den Beamtenwahlen aufs höchste interessiert. Und zwar aus dem naheliegenden Grunde, weil man durch sie viel rascher einen bestimmten Erfolg erzielen kann, auf den man allein ausgeht. Einen mißliebigen Governor oder Judge zu beseitigen, lohnt den Amerikanern viel mehr die Mühe als einen Schönredner nach Washington ins Parlament zu schicken. Und würde jedem Volke mehr lohnen. Auch dem deutschen. Man denke, daß es den Arbeitern Berlins möglich gewesen wäre, in der Zeit des Sozialistengesetzes den Staatsanwalt Tessendorf zu kassieren oder heute irgend eine Strafkammer in die Luft zu sprengen, die wegen ihrer drakonischen Strafen bei Streikvergehen berüchtigt ist, oder sich an einer bestimmten Richterschaft, etwa der, die das Löbtauer Urteil gefällt hat, dadurch zu rächen, daß man ihnen bei der nächsten Wahl den Laufpaß gibt!

Der amerikanische Arbeiter kann das; allerdings um einen Preis, der vielen hoch erscheinen wird: er muß sich nämlich einer der großen Parteien anschließen, weil es die großen sind. Denn nur mit deren Hilfe ist eine erfolgreiche Beeinflussung des Wahlergebnisses möglich.

Man kann an einzelnen Beispielen ganz genau verfolgen, wie in der Tat dieser Art Erwägungen die Arbeiterschaft den großen Parteien immer wieder zuführt, von denen sich abzukehren sie vielleicht schon im Begriffe gewesen waren. Besonders lehrreich sind die Vorgänge bei den letzten Wahlen im Staate Colorado. Hier hatte sich auf die sozialistischen Kandidaten bereits im Jahre 1902 eine ganz respektable Stimmen-

zahl vereinigt. Da kamen im Jahre 1903 die großen Streiks, die (wie das in Amerika häufig geschieht) zu einem förmlichen Bürgerkriege ausarteten. Bomben wurden geworfen, Gebäude in Brand gesteckt, die Miliz wurde aufgeboten, Gefechte zwischen Arbeiter und Militär wurden geliefert, die bekanntesten Arbeiterführer wurden durch Dekret des Governor Landes verwiesen, alle Zeitungen waren voll von dem „Civil war in Colorado", die Erbitterung in der Arbeiterschaft kannte ihres gleichen nicht.

Nach deutschen Begriffen hätte man sagen müssen: Die sozialdemokratische Stimmenzahl in diesem Staate muß eine ungeheure Steigerung erfahren. Und was war in Wirklichkeit der Fall? Die auf den sozialdemokratischen Kanditaten entfallenden Stimmen betrugen im Jahre 1904 — halbsoviel wie zwei Jahre vorher! Die Erklärung dieses für uns unverständlichen Vorgangs ist unter Berücksichtigung der politischen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten sehr einfach: Die vorher sozialdemokratischen Wähler waren in das Lager der demokratischen Partei übergegangen, um diese im Kampfe gegen den verhaßten Governor Peabody (in dem man mit Recht die Seele des ganzen arbeiterfeindlichen Verhaltens der Behörden während der großen Streiks erblickte) tatkräftig zu unterstützen. Und siehe da: der Erfolg blieb nicht aus. Der republikanische Governor wurde nicht wieder gewählt, sondern durch einen demokratischen ersetzt. Selbst wenn sich nun die tatsächlichen Verhältnisse unter der Regierung des neuen Mannes nicht ändern sollten, so hat man doch seinem Rachebedürfnis Genüge getan und dem verhaßten Feinde einen empfindlichen Schlag versetzt. Und das tut immer gut. Mehr noch als ein Gedicht von Ludwig Thoma.

Neben diesen rational-praktischen Erwägungen führt nun aber den Amerikaner noch eine Reihe unbestimmter Sentiments zu den großen Parteien und hält ihn dort fest.

Ich habe in meinen einleitenden Bemerkungen darauf hingewiesen, wie stark im Amerikaner der Sinn für die meßbare Größe, für die großen Ziffern entwickelt ist, wie dieser Sinn ihn zu einer Überwertung des äußeren „Erfolges" veranlaßt. Nun: eine solche Gemütsverfassung prädestiniert zu einer Majoritätspolitik. Es ist dem Amerikaner ein unerträgliches

Gefühl, einer Partei anzugehören, die immer und immer wieder mit winzigen Ziffern aus der Wahlurne hervorgeht, die in absehbarer Zeit keine greifbaren Erfolge erzielen wird und die infolgedessen mit dem Stigma der Lächerlichkeit versehen ist. Der Minoritätspolitiker muß an den Wahltagen, wenn die Extase für den ziffernmäßigen Erfolg der großen Parteien aufs höchste getrieben ist, wenn alle Zeitungen in Riesenlettern die Wahlerfolge ihrer Kandidaten verzeichnen, wenn auf den mächtigen Transparenten, die die großen Redaktionen am Tage der Präsidentenwahl errichten, die telephonierten Zahlen der abgegebenen Stimmen prangen, mit Duldermiene resigniert beiseitestehen und das ist nicht Sache des temperamentvollen Amerikaners.

Weiter: Der Sinn für das meßbar Große im Zusammenhang mit den radikal-demokratischen Grundsätzen der Verfassung hat sich beim Amerikaner zu einer blinden Verehrung der Majoritäten ausgebildet: diese, so meint er, ist auf dem rechten Wege, sonst wäre sie ja nicht die Majorität. Wie kann das Volk in seinen Massen irren? Das ist das, was Bryce mit treffendem Ausdruck den „fatalism of the multitude“ nennt.

Mit diesem Respekt vor der großen Wählermasse, als solcher paart sich nun die Neigung des Amerikaners sich mit vielen anderen zu gemeinsamem Tun zusammenzuschließen, das was man seine Herdenhaftigkeit genannt hat.[1]) Diese Veranlagung, die an sich nur zur Parteibildung — großer oder kleiner — führen würde, kommt aber den großen Parteien wiederum zugute, weil sie verbunden ist mit einem starken Gefühl der Treue und Anhänglichkeit an die einmal erwählte Herde. Diese spricht sich in einem förmlichen Parteifanatismus aus, einem „fanatical Party loyalism“, wie Ostrogorski es nennt. Um aber das in dieser Schwärmerei für Parteizugehörigkeit zum Ausdruck kommende Herzensbedürfnis voll zu befriedigen, muß es sich an einer „großen“ Vereinigung

---

[1]) „They are gregarious, each man more disposed to go with the multitude and do as they do than to take a line of his own.“ Bryce, 2, 48.

betätigen können, auf die man stolz sein kann. Mir scheint es ein richtiger Gedanke zu sein, wenn Ostrogorski alle diese Seelenregungen mit der Tatsache in Verbindung bringt, daß der Amerikaner arm an natürlichen Gemeinschaften ist und deshalb mit aller Sehnsucht eines vereinsamten Menschen sich an die großen Organisationen der alten Parteien anschließt. Es liegt viel wahres in folgenden Ausführungen: „Like the ancient Greek who found in the most distant colonies his national deities and the fire from the sacred hearth of his Polis, the American finds in his nomadic existence everywhere, from the Atlantic to the Pacific, from Maine to Florida, a Republican organization or a Democratic oganization, which recalls him to himself, gives him a countenance and makes him repeat with pride the cry of the New York politician: „I am a Democrat" or „I am a Republican". [1])

So treffen viele Momente — materieller wie ideeller Natur — zusammen, die auf denselben Erfolg hinwirken: die „großen" Parteien groß und mächtig zu erhalten und damit ihr politisches Monopol zu sichern: sie haben dies Monopol, weil sie die „großen" Parteien sind und sie sind die großen Parteien, weil sie das Monopol haben.

IV. Die Mißerfolge aller „dritten" Parteien.

Man hat mit Recht die alten, großen Parteien Amerikas mit Riesentrusts verglichen, die über ein so mächtiges Kapital verfügen, die alle Bezugs- und Absatzgebiete so ausschließlich beherrschen, daß jede Konkurrenz „dritter" Parteien neben ihnen ausgeschlossen erscheint. Läßt sich ein Konkurrent blicken, so bieten die alten Parteien alles auf, ihn wegzubeißen. Sie vereinigen sich nötigenfalls auf kurze Zeit, um den wagehalsigen Mitbewerber gemeinsam aus dem Felde zu schlagen.

So ist denn die Geschichte der „dritten" Parteien in Amerika eine traurige Geschichte fortgesetzter Niederlagen, die wenig Hoffnung für die Zukunft läßt. Ein flüchtiger Blick auf die vergeblichen Versuche, die bisher gemacht sind,

[1]) Ostrogorski, 2, 591.

die Alleinherrschaft der alten Parteien zu brechen, wird das Gesagte in seiner Richtigkeit bestätigen. Dabei zähle ich nur die bekannteren „Gründungen" auf und meine Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

1830 — Anti Masonic Party, verdankt ihre Entstehung einem zufälligen Ereignis (dem mysteriösen Verschwinden eines ehemaligen Logenbruders, den man von seinen früheren Genossen ermordet wähnte) und löst einige Antipathien gegen die geheimen Gesellschaften aus. Sie verschwindet nach wenigen Jahren.

1840 — Abolitionists (später Liberty Party, Free Soilers) bekämpfen Polygamie und Sklaverei. Gehen in den 1850er Jahren, ohne selbst irgendeine Bedeutung erlangt zu haben, in der republikanischen Partei auf.

1834 — Native American Party; Programm: Ausschließung aller nicht in Amerika Gebornen von den öffentlichen Ämtern usw., faßt nur Boden in New York, Philadelphia und einigen anderen Städten; sie geht bald ein, um

1844 unter dem Namen der Know-nothings[1]) wieder aufzuleben. Die Know-nothings gelangten in den 1850er Jahren zu einiger Bedeutung. 1855 wählten sie Governors nud Landtagsmitglieder in New Hampshire, Massachusetts, Rhode Islands, Connecticut, New York und Californien und einen Teil des Tickets in Maryland. In Virginien, Georgien, Alabama, Lousiana, Mississippi und Texas wurden die demokratischen Majoritäten wenigstens stark durch sie reduziert. 1856 hielten sie ihre erste und — einzige Nationalkonvention ab und brachten es bei der Präsidentschaftswahl dieses Jahres immerhin auf 874534 Stimmen gegen 3179433 Stimmen der beiden großen Parteien, von den Elektoralstimmen fielen ihnen allerdings nur diejenigen Marylands (8) von insgesamt 296 zu. Wenige Jahre darauf sind die Know-nothings verschwunden.

---

[1]) Die Bezeichnung know-nothings rührte daher, daß die Mitglieder der Partei — eine Art von halb geheimem Orden — auf alle Fragen nach ihrer Organisation usw. zu antworten hatten: „I know nothing."

1872 — Prohibition Party (Prohibitionists); Programm: Bekämpfung des „Alkoholismus“ durch Reich, Staat und Gemeinde. Direkte Wahl des Präsidenten. Civil Service Reform. Ermäßigung der Post-, Eisenbahn- und Telegraphentarife. Frauenstimmrecht. Gesunde Währung. (Einlösbares Papiergeld.) Ihre Stimmenzahl stieg von 5608 im ersten Jahre auf 246 876 im 1888 und hat seitdem um diesen Betrag geschwankt. Die Partei besteht noch immer weiter; 1904 = 260 303 Stimmen.

1874 — Greenback-Party. Ursprünglich eine reine Währungsreformpartei (Einziehung der Nationalbanknoten, Erklärung des Papiergeldes zum einzigen Währungsgelde, Gestattung der Begleichung aller Schuldverbindlichkeiten in Papiergeld usw.) Im Jahre 1877 bekommt die Partei, der ursprünglich nur Farmer und Kleingewerbtreibende angehört hatten, Zuzug aus Arbeiterkreisen. Sie heißt nun Greenback Labor Party. Ihre Stimmenzahl schwillt plötzlich an: 1876 auf 81 740; 1878 auf 1 000 000, um dann ebenso rasch wieder zurückzugehen: schon 1880 auf 308 578, 1884 auf 175 370, um bald darauf als selbständige Partei ganz zu verschwinden, nachdem im Jahre 1886 von den Knights of Labor noch ein Versuch gemacht war, die alte Greenback Party als Union Labor Party neu zu beleben. Die Stimmenzahl, die diese Partei bei der Präsidentschaftswahl 1888 erreichte, betrug 146 836. Dann verschwand sie auch.

1890 — Peoples Party (Populists). Aus Vertretern der Farmers Alliance (einem radikalen Bauernbunde), den Knights of Labor, den Single-tax Clubs (Henry George!) u. a. zusammengesetzt, mit wesentlich kleinbäuerlichen und kleinbürgerlich-demokratischen Tendenzen. Ihr Programm, das den Gipfel aller — und einer selbst für amerikanische Parteibildungen unerhörten — Konfusion erreicht, fordert u. a. freie Silberprägung; Verstaatlichung der großen Verkehrsinstitute; Errichtung von Postsparkassen; „alles Land, das von Korporationen oder von Fremden besessen wird, soll dem Bebauer ausgeliefert werden“; Einführung des Referendums; direkte

Wahl des Präsidenten durch das Volk; Einführung des gesetzlichen Achtstundentags; Abschaffung der Pinkerton police u. a.

Der Erfolg der Populisten ist der größte gewesen, den je eine „dritte“ Partei bisher in den Vereinigten Staaten errungen hat. Schon bei der Präsidentenwahl im Jahre 1892 brachte sie es auf 1055424 Stimmen und — was noch bedeutsamer ist — auf 22 Elektoralstimmen: es war das erste Mal seit dem Bürgerkriege, daß überhaupt für eine „dritte“ Partei Elektoralstimmen abgegeben waren. Im Jahre 1894 stieg ihre Stimmenzahl auf 1564318; 1896 gehörte die Partei bereits der Vergangenheit an. Die demokratische Partei (die damals in ihren Reihen die schwere Silberkrisis zu bestehen hatte) absorbierte die Populisten, die alle für den Silberdemokraten Bryan stimmten, fast vollständig. Ein kleiner Rest bleibt übrig. Er gibt 1900 für Barker ca. 50000, 1904 für Watson 114637 Stimmen ab.

Dieses tragische Schicksal aller „dritten“ Parteien hat nun zweifellos selbst noch dazu beigetragen, die Schwierigkeiten einer unabhängigen Partei zu vergrößern. Es hat die „dritten“ Parteien als solche in Mißkredit gebracht. Man schließt aus den zahlreichen Einzelfällen des Mißlingens auf den Charakter der „dritten“ Partei an sich. Das Interesse der großen Parteien ist natürlich lebhaft dabei engagiert, die Meinung: alle „dritten“ Parteien seien „utopisch“, lebensunfähig, „unamerikanisch“ usw. im Volke zu verbreiten. Sie schöpfen neue Lebenskraft aus dem kläglichen Untergange ihrer Konkurrenten. Und der kräftigen Entfaltung einer selbständigen Sozialistenpartei wäre damit ein neues Hindernis erstanden.

Nun kann ich mir aber vorstellen, daß der gewissenhafte Leser mit der bisherigen Beweisführung sich noch nicht zufrieden geben mag. Ist es wirklich nur der äußere Status der Parteiorganisation, wird er fragen, was in den Vereinigten Staaten das Aufkommen einer sozialistischen Bewegung bisher verhindert hat? Und wird gegen diese Annahme vielmehr folgendes einwenden: Der Hinweis auf das Fiasko anderer Parteigründungen ist doch nicht ohne weiteres beweiskräftig. Sind alle jene

Parteien nicht an ihrer eigenen Schwäche zugrunde gegangen? Waren sie nicht lebensunfähig, weil ihnen die klare Ausrichtung auf ein bestimmtes Ziel, die Basierung auf gleich interessierte Gruppen der Bevölkerung fehlten? Unterscheidet sich aber die sozialistische Bewegung von allen den genannten Strömungen nicht gerade dadurch, daß sie auf einheitlichen Interessen fußt?

Und sollte eine Partei, die wirklich große Ziele verfolgt, die wirklich den gemeinsamen Interessen breiter Massen dient, nicht am Ende doch sich auch gegenüber den alten Parteien durchsetzen können? Wir haben sogar in der Parteigeschichte der Vereinigten Staaten ein wichtiges Beispiel dafür, daß es in außergewöhnlichen Fällen doch möglich ist, das Monopol der „großen" Parteien zu brechen und eine neue lebensfähige Partei zu bilden: es ist kein geringeres als das der heutigen republikanischen Partei, die auf der Begeisterung für Abschaffung der Sklaverei emporgetragen wurde und ihren rasch erworbenen Besitzstand zu erhalten gewußt hat. Freilich lagen die Verhältnisse zu jener Zeit, als die republikanische Partei auftauchte (ihre Anfänge fallen in das Jahr 1854) noch erheblich günstiger für das Aufkommen „dritter" Parteien. Die Parteidisziplin war noch nicht so streng, im Westen, wo die neue Partei zuerst Boden faßte, war die Parteiorganisation überhaupt erst schwach entwickelt. Und die ganze kunstvolle „machine" ist erst gerade nach dem Bürgerkriege und gerade durch die republikanische Partei geschaffen worden.

Dennoch wird man sagen müssen: was einer Partei gelang unter dem Schlachtruf der „Emanzipation der schwarzen Sklaven", sollte — selbst unter erschwerten Umständen — heute einer Partei gelingen, die die viel mächtigere und umfassendere Losung ausgegeben hat: „Emanzipation der weißen Sklaven aus den Fesseln des Kapitalismus", „Emanzipation des Proletariats". Wenn es wirklich möglich wäre, die breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung auf dies Programm zu einigen, d. h. also ihr Klassenbewußtsein zu wecken, so würde den Triumphzug — so scheint mir — keine noch so komplizierte Wahlmaschine, kein noch so althergebrachtes Monopol großer Parteien aufhalten.

Will man also die Gründe erschöpfend darlegen, die das Wachstum des Sozialismus in den Vereinigten Staaten bisher aufgehalten haben, so wird man die Untersuchung einige Schächte tiefer treiben müssen. Man wird den mehr verborgenen Ursachen nachspüren müssen. Und ich denke, bei einiger Aufmerksamkeit ist es nicht schwer, sie zu finden. Sie liegen zum Teil — und soweit sind sie in diesem Zusammenhange zu erörtern — ebenfalls noch auf politischem Gebiete. Nur daß man die politischen Verhältnisse der amerikanischen Union nicht nur in ihrer äußeren Gestaltung, sondern auch in ihrer inneren Wesenheit zu erkennen trachten muß. Insbesondere auch die Parteiverhältnisse. Gewiß besitzen die alten Parteien zum guten Teil ihr „electoral monopoly“, weil sie die „großen“ sind, weil sie sich im Besitz der kunstvollsten „machine“ befinden. Aber zur Erhaltung dieses Monopols trägt doch auch ihr Charakter bei. Sie sind noch heute die Parteien des überwiegenden Teils des Proletariats aus all den (äußeren) Gründen, die ich aufgezählt habe: gewiß. Aber sie wären es trotzdem nicht, wenn sie nicht ihrer Natur nach es dem Lohnarbeiter — und selbst dem klassenbewußten Lohnarbeiter — leicht machten, ihnen anzugehören. Warum das der Fall ist, wird im folgenden zu erklären sein.

V. Das innere Wesen der herrschenden Parteien.

Die amerikanischen Parteien sind für den gebildeten Mitteleuropäer zunächst ein Rätsel. Schon die Namen! Ich erinnere mich der Zeit, als ich zum ersten Mal Interesse für Politik bekam, wie sauer es mir wurde, mich für eine der beiden großen Parteien drüben zu entscheiden. Mehr von ihnen als den Namen wußte ich nicht. Und der gefiel mir bei beiden so gut und die Wahl wurde mir daher so schrecklich schwer. Während ich doch in jedem anderen Lande wenigstens eine Partei fand, die einen akzeptabeln Namen hatte: die „estrema sinistra“, die „radicaux“ oder die „extrême gauche“, die „Fortschrittspartei“ oder dann gar die „Freisinnige Volkspartei“, stand ich zwischen den Parteibezeichnungen der amerikanischen Parteien wie Bileams Esel zwischen den zwei Heu-

bündeln: „Demokratisch“ fand ich ebenso vortrefflich wie „republikanisch“; ich entdeckte auch beim besten Willen nicht, welche der Parteien nun die „radikalere“ sei (denn der meine Sympathien zuzuwenden, war von vornherein beschlossene Sache). Ich fand: „Demokraten“ könnten ebensogut „links“ von „Republikanern“ stehen wie diese „links“ von jenen.

Das peinliche Empfinden des Knaben war ein durchaus natürliches. Auch dem gereiften Urteil muß die Gegenüberstellung jener beiden Namen rätselvoll erscheinen und dem, der gern das Wesen der beiden Parteien ergründen möchte, muß ihre offizielle Benennung Pein bereiten. Denn die Bezeichnungen, die die Parteien tragen, drücken in der Tat nicht nur keinen Gegensatz, sondern auch nicht einmal einen Unterschied aus. Sie sind schlechterdings unsinnig. Man wird also die Namen auf sich beruhen lassen und nach den Programmen Umschau halten, in denen sich doch wohl, wenn auch kein ausschließender Gegensatz, so doch irgendwelcher Unterschied der Standpunkte kundgeben wird. Aber auch wer diese Erwartungen hegt, wird bitter enttäuscht werden. Von irgendwelcher grundsätzlichen Verschiedenheit des Standpunkts gegenüber den wichtigsten Fragen der Politik findet sich bei den beiden amerikanischen Parteien keine Spur.

Üblicherweise unterscheidet man sie nach ihrer Stellung zu Reich und Einzelstaaten: man nennt die Republikaner Zentralisten, die Demokraten Partikularisten. Offenbar aber ist auch dieser Gegensatz viel mehr ein historischer und heute höchstens noch theoretischer als ein solcher, der eine verschieden geartete praktische Politik bedingen würde. Denn seit Jahren ist ein Konflikt zwischen Reichs- und Einzelstaatinteressen kaum hervorgetreten. Gäbe es ihn aber einmal, so würde es immer noch fraglich sein, wie sich die einzelne Partei entscheiden würde: sie würde ihre Stellungnahme sicherlich davon abhängig machen, ob sie im einen oder anderen Falle eine größere Stärkung ihrer Position erhoffen dürfte. Den Gegensatz zwischen Demokraten und Republikaner als den Gegensatz zwischen Partikularismus und Zentralismus konstruieren, heißt noch weniger über das innere Wesen dieser Parteien aussagen, als wollte man nach demselben Schema einem Fremden die Unter-

schiedlichkeit zwischen Konservativen und Nationalliberalen in Deutschland klarmachen. Das war einmal. Aber long long ago!

In allen anderen entscheidenden Fragen der Politik ist nun aber der Gegensatz zwischen Republikanern und Demokraten noch weit geringer.

Im scharfen Gegensatz zueinander traten die Parteien eine Zeitlang in bezug auf die Währungsfrage. Die Demokraten gaben den Interessen der Silberminenbesitzer zu stark nach und engagierten sich für freie Silberprägung. Heute bildet dieser Punkt kein Unterscheidungsmerkmal mehr zwischen Republikanern und Demokraten. Vielmehr ist der Streit um die richtige Währungspolitik (soweit er noch besteht) in den Reihen der Demokraten selbst ausgebrochen: es gibt Gold- und Silberdemokraten.

Gelegentlich will es scheinen, als neige die demokratische Partei mehr zum Freihandel, die republikanische mehr zum Schutzzoll. Aber man darf nicht vergessen, daß die Demokraten für Freihandel, resp. Abmilderung der schutzzöllnerischen Politik, in Opposition zu der herrschenden republikanischen Politik eintreten. Hätten sie selbst die Macht der Entscheidung, so würde ihr freihändlerisches Gebaren sehr bald eine wesentliche Abschwächung erfahren. Denn es ist nicht zu vergessen: Pennsylvanien ist schutzzöllnerisch gesinnt wegen seiner Eisenindustrie; Nord-Georgia und Süd-Tennessee tendieren aus dem nämlichen Grunde in gleicher Richtung; Lousiana verlangt den Schutzzoll im Interesse seiner Zuckerindustrie. Diesen wichtigen Staaten schuldet die demokratische Partei Rücksicht. Darum engagiert sie sich nie zu stark im freihändlerischen Sinne und fordert auch die Reduktion des Tarifs mehr unter finanzpolitischem Gesichtspunkt. Auf der anderen Seite ist die Zahl der Freihändler in den Reihen der Republikaner keineswegs gering.

In der Alkoholfrage, die Nordamerika so sehr bewegt, müssen beide Parteien ebenfalls lavieren und dürfen sie sich nicht festlegen. Jede hat empfindliche Verluste zu gewärtigen, wenn sie sich energisch für die Anti-Alkoholbewegung engagieren wollte: Trinker sind par excellence die Iren und die Deut-

schen. Jene aber sind in ihrer großen Mehrzahl Demokraten, diese Republikaner.

Ganz ebenso unentschieden aber ist die Stellung der beiden Parteien zu den Fragen der Civil service reform, (der sie beide gleich feindlich gegenüber stehen und der sie beide mit gleicher Wärme ihre Sympathien bezeugen), der gesetzlichen Regelung der Trusts, sowie derjenigen der Eisenbahn-, Telegraphen- und Telephongesellschaften, und zu der Frage der Staatseinmischung im allgemeinen. Was die „Platforms" in bezug auf alle diese und andere Punkte aussagen, sind meist verschwommene Phrasen: man werde sich angelegen sein lassen, dem Problem seine Aufmerksamkeit unausgesetzt zu schenken und es in einer Weise zu lösen versuchen, die den Interessen der Gesamtheit am besten entsprechen und mit den geheiligten Traditionen des Staats im Einklang stehen würde. Kurzum: erst redet man sich um die Sache herum und wenn, es zum klappen kommt, sucht man sich mit Anstand um sie herum zu drücken.

Ich denke, man wird den beiden großen politischen Parteien der Vereinigten Staaten nur gerecht, wenn man sich zunächst einmal von allen Vorstellungen frei macht, die man sich auf Grund europäischer Verhältnisse vom Wesen der politischen Partei gebildet hat. Das heißt: man darf in den amerikanischen Parteien nicht Gruppen von Menschen erblicken, die zur Vertretung gemeinsamer politischer Prinzipien sich vereinigt haben. Das waren sie vielleicht einmal in ihren Anfängen. Man nimmt vielleicht mit Recht an, daß in den ersten Jahrzehnten der Republik die Vertreter einer mehr zentralistischen Richtung und die einer mehr sonder-staatlich-anti-zentralistischen Politik sich je zu der Partei der „Federalists" oder der der Republicans (Democratic Republicans) gehalten haben, oder aber: daß jene mehr dem Ideale der „Ordnung", diese mehr dem der „Freiheit" sich zugeneigt haben, wie Bryce den Gegensatz konstruieren möchte. Wie dem auch sei: was immer an prinzipiellem Gegensatz vorhanden gewesen sein mag: beim Ablauf des zweiten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts, um das Jahr 1820, gehörte es sicher schon der Vergangenheit an. Als Van Buren im Jahre 1824 die Opposition gegen den

eben gewählten John Quincy Adams organisierte, war er schon in Verlegenheit um den Kampfesgrund. Er fand diesen schließlich in der Verteidigung der angeblich gefährdeten „State rights“, die aber in Wirklichkeit von niemand bedroht waren. Er hob bekanntlich Jackson auf den Schild und verstand es meisterhaft, für den neuen Mann einen Enthusiasmus aus dem nichts zu entfachen: Jackson erschien bald als der Vorkämpfer für „die geheiligten Rechte des Volks“ (die natürlich sein Gegner ebenso anerkannte wie er selbst). Man könnte nun wähnen, in der neuen Parteibildung hätten doch wirklich die stärkeren demokratischen Tendenzen sich niedergeschlagen. Aber davon war wiederum gar nicht die Rede. Die Gegner dachten gar nicht daran, die demokratische Phrase für sich ungenützt zu lassen. Van Buren sollte das selbst am eigenen Leibe erfahren. Er folgte Jackson in der Präsidentschaft und sein Gegenkandidat wurde Harrison. Und nun ereignete es sich, daß Harrison von seinen Perteigängern ganz ebenso als der „Mann des Volkes“ gegen van Buren ausgespielt wurde, wie es dieser selbst mit Jackson gegen Adams gemacht hatte. Harrison war der „log cabin“-Kandidat, (der „Blockhaus“-Kandidat), der Mann des Volkes, der ein frugales, einfaches Leben führte und alle Tugenden des einfachen Mannes pflegte, während van Buren einen Palast bewohnte und mit goldenen Messern und Gabeln speiste usw.[1])

Das heißt also: die Gründe, die ursprünglich die verschiedenen Parteien ins Leben gerufen hatten, hatten ihre Wirksamkeit eingebüßt. Die raison d'être der Partei war verschwunden. Die Parteien hätten sich konsequenterweise auflösen müssen, wenn sie wirklich nur Verfechter bestimmter politischer Prinzipien sein wollten. Sie lösten sich aber nicht auf, dank ihrem eigenen Beharrungsvermögen und im Hinblick auf den anderen Zweck, dem in einem demokratischen Gemeinwesen eine politische Organisation dienen kann: im Hinblick auf die Ämterjagd.

[1]) Auf der Parade zu Baltimore (1840) trugen die Anhänger Harrisons Fahnen mit den Aufschriften: „Tippecanoe and no reduction of wages“; „W. H. Harrison the poor man's friend“; „We will teach the palace slaves to respect the logcabins.“ Ostrogorski, 2, 74.

Die nicht zur Herrschaft gelangte Organisation erkannte es nun als ihre einzige Aufgabe, selbst zur Macht zu gelangen, um die „Beute" unter ihre Angehörigen verteilen zu können. Da die Bevölkerung im Anfang (aus inneren Gründen) in zwei Lager geteilt war, so ergab sich auch für die Zukunft eine Zweiteilung der politischen Organisationen (die an sich bei dem prinzipienlosen Charakter der Parteien nicht nötig gewesen wäre; es brauchte nur eine Zunft der Stellenjäger zu geben; ihre Doppelexistenz beruht wie gesagt auf historischem „Zufall").

Dann — zur Zeit des Bürgerkrieges — trat eine Wandlung ein: die Stellung zur Sklavenfrage bot Veranlassung, endlich wieder einmal um „Prinzipien" zu streiten. Die republikanische Partei trat mit einem scharf umrissenen Programm ins Leben, dessen Kernpunkt die rücksichtslose Bekämpfung der Sklaverei war. Aber noch rascher wie in den ersten Jahrzehnten der Republick und noch radikaler verschwand dieser Grund zur Parteigegensätzlichkeit. Mit der Aufhebung der Sklaverei hätte die republikanische Partei alsobald von der Bildfläche verschwinden müssen. Wiederum verschwand sie nicht. Und nun trat die gänzliche Prinzipienlosigkeit der beiden großen Parteien erst ganz kraß in die Erscheinung. Sie sind in der Tat heute nur noch Organisationen zum Zweck der gemeinsamen Ämterjagd: „all has been lost, except office or the hope of it" (Bryce) und „politics is merely a means for getting and distributing places" (Ostrogorski). [1]) Das tritt besonders deutlich zutage in der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten — die Demokratie par excellence — doch keine „Parteiregierung" kennen. Im Reichstag zu Washington gibt es im Grunde keine „Parteien" mehr. Die stramme Disziplin, die die Wahlen beherrscht, endigt an der Schwelle des Parlaments. Hier handelt der einzelne Abgeordnete nach eigenem freien Ermessen. Die Politik löst sich in eine Summe von Privatgeschäften auf, die die einzelnen Abgeordneten sei es mit der

[1]) „Quando manca una vera divergenza d'interessi e di principi e i partiti sussistono ancora, essi diventano necessariamente personali e combattono solo pel potere. Allora la corruzione politica è inevitabile" (Pasquale Villari).

Regierung, sei es mit den verschiedenen Interessengruppen der Bevölkerung, die je ihre Vertreter in den Parlamenten haben, abzuschließen für gut finden. Daher denn auch die entscheidenden Beschlüsse im Halbdunkel der Kommissionen gefaßt werden, während die Plenarverhandlungen zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgesunken sind. Mit diesen Tatsachen im Zusammenhang steht dann auch die für europäische Begriffe höchst seltsame Erscheinung, daß Exekutive und Legislativen-Majorität ebenso häufig verschiedenen wie den gleichen „Parteien" angehören. Seit Jacksons Rücktritt bis zum Ende des Jahrhunderts (mit Ausnahme der Jahre des Bürgerkrieges, in denen aber die gegnerischen Staaten überhaupt nicht im Kongresse vertreten waren) haben der Präsident und die Majorität des Kongresses in keiner einzigen Präsidialperiode durchgängig einer und derselben Partei angehört. Vielmehr wird meist nach dem 2. Jahre der Präsidentschaft eine dem Präsidenten „feindliche" Majorität in den Kongreß gesandt.[1])

Ebensowenig nun, wie sich die beiden großen Parteien durch politische Grundsätze voneinander unterscheiden, ebensowenig tragen sie eine bestimmte Klassenfärbung. Es bleibe dahingestellt, wie weit ursprünglich die Klasseninteressen bei der Bildung der politischen Parteien mitbestimmend waren — es scheint, als ob die „Federalists" mehr die Partei des kommerziellen und industriellen Kapitals in den New England-Staaten, die damaligen „Republicans" mehr die Partei der kleinen Farmer gewesen seien —, sicher war diese Scheidung nach Klassenmerkmalen schon in der Zeit Jacksons stark verwischt (wie wir denn schon damals die „anti-kapitalistische" Note in der einen wie in der anderen Partei finden) und sie ist vollends durch die Neubildung der republikanischen Partei zur Zeit des Bürgerkrieges aus der Welt geschafft. Selbst wenn man den Versuch machen wollte (der aber wie mir scheint bisher immer mißglückt ist und notwendig mißglücken muß), die ganze Bewegung, die zur Emanzipation der Sklaven und zum Bürgerkrieg führte, als eine ausschließlich von Klasseninteressen inszenierte zu konstruieren und auf sie die dem alten Europa ent-

[1]) Siehe die Ziffern bei **Hopkins** passim.

lehnten Formeln des Kampfes zwischen Kapitalismus und Feudalismus anzuwenden, so daß man die Republikaner als die Vorkämpfer der Kapitalistenklasse ansprechen müßte, so würde doch heute jene Gegensätzlichkeit ganz hinfällig geworden sein. Denn gerade die „Negerfrage“ hat den Klassencharakter der beiden Parteien ausgelöscht und hat bewirkt, daß die Gruppierung viel mehr nach geographischen Gebieten als nach Klassenzugehörigkeit erfolgt.

Da nämlich die Neger — „aus alter Anhänglichkeit an ihre Befreier“ — fast durchgängig republikanisch stimmen, so versteht es sich von selbst, daß alle zur „guten Gesellschaft“ gehörenden Elemente der Bevölkerung in den Südstaaten — mögen sie weiße Farmer, Bauern sowohl wie Gutsbesitzer, oder industrielle oder kaufmännische Unternehmer sein, mögen sie dem Kleinbürgertum oder den liberalen Berufen angehören — demokratisch stimmen. Mit anderen Worten: die „herrschende Klasse“, die vielleicht in den Nord- und Mittelstaaten mehr zur republikanischen Partei neigt, gehört in den Südstaaten der demokratischen Partei an.

Neben diesen geographischen Unterschieden spielen die Nationalitätsunterschiede der Einwanderer bei der Parteigruppierung eine Rolle. Die Irländer sind fast durchgängig Demokraten: sei es weil sie als Katholiken von der (ursprünglich) strengen, puritanischen Observanz der Republikaner abgestoßen waren, sei es weil sie in New York sich zuerst niederließen, als dieses sich bereits in den Händen der demokratischen Partei befand. Die Deutschen dagegen optieren überwiegend für die Republikaner: weil sie in natürlicher Opposition gegen die Irländer die „andere“ Partei aufsuchten, sagen die einen, oder weil sie — wie andere wohl mit Recht meinen — als Farmer die Mittel- und Weststaaten besiedelten, wo sie eine republikanische Majorität bereits vorfanden, der sie sich einfach anschlossen,

Genug: man mag die Sache drehen und wenden wie man will: man wird beim besten Willen heute an den beiden großen Parteien Amerikas keine bestimmte Klassenfärbung mehr entdecken können.

Die Eigenart der „großen“ Parteien, wie ich sie auf den voraufgehenden Blättern zu schildern versucht habe — ihre

äußere Organisation sowohl wie ihre Prinzipienlosigkeit, wie ihre soziale Panmixie — hat nun aber für die uns hier interessierende Frage entscheidende Bedeutung: sie beeinflußt nämlich offensichtlich stark die inneren Beziehungen zwischen den alten Parteien und dem Proletariat. Und zwar zunächst in der Richtung, daß sie diesem die Zugehörigkeit zu jenen traditionellen Parteien ungemein erleichtert. Weil es in ihnen keine Klassenorganisation, keine Vortretung eines spezifischen Klasseninteresses zu sehen braucht, sondern im wesentlichen indifferente Vereinigungen zu Zwecken, denen, wie wir sahen, auch die Vertreter des Proletariats keineswegs fern stehen (Ämterjagd!), so bedarf es selbst für den „klassenbewußten" Arbeiter noch immer keines sacrificium intellectus, um sich einer der beiden Parteien anzuschließen. Einer der beiden: denn auch die Lohnarbeiterschaft ist je nach lokalen Zufälligkeiten ebenso in der einen wie in der anderen Partei vertreten.

Aber nicht nur die Stellung des Proletariats zu den alten Parteien wird durch deren Eigenart eine andere als es in irgend einem europäischen Staate der Fall sein würde: umgekehrt wird durch sie auch die Stellung der Parteien zum Proletariate wesentlich in dem Sinne beeinflußt, daß zwischen diesem und den alten Parteien ein gutes Einvernehmen erzeugt oder richtiger das traditionell-gute Einvernehmen aufrecht erhalten wird.

Zweifellos haben beide großen Parteien einen stark volkstümlichen Zug in ihrem Wesen. Nicht nur daß jede von ihnen in ihrer Geschichte Epochen aufzuweisen hat, in denen sie ausgesprochenermaßen für irgendwelche „unterdrückte" Volksklasse in die Bresche getreten ist. Im Ruhmeskranze der republikanischen Partei ist das Blatt ihres Eintretens für die Sklaven noch immer nicht verwelkt. Die Demokraten haben sich der ausgebeuteten Farmer angenommen usw.

Wichtiger ist, daß sie in der Gegenwart ihrer ganzen Organisation nach ihre Wurzeln in der Masse des Volkes haben. Ihre „Macher", die große Mehrzahl der „Worker", sind aus dem niederen Volke hervorgegangen und oft genug in leitende Parteistellungen aufgerückt: es ist das System der katholischen Kirche, das hier ebenfalls seine Wirkung tut: die

auf rein demokratischer Basis ruhende Hierarchie der Parteiorganisation bewahrt dieser das Vertrauen des Volkes. Dieses verkehrt mit seinesgleichen, wenn es sich von dem Worker in dem Saloon traktieren läßt und weiß, daß auch der Parteibonze, der „Boß“, aus seinen Reihen hervorgegangen ist. Das Vertrauen scheint mir aber der wesentlichste Faktor für alle Parteibildung zu sein. Es ist unendlich viel wichtiger als das best ausgeklügelte Programm. Wie denn z. B. die große Zugkraft der Sozialdemokratie in Deutschland zum guten Teil auf dem Vertrauen beruht, das die Massen in ihre Führer setzen, zumal die, die sie für sich haben leiden sehen: daher die große noch heute nachwirkende Kraft des Sozialistengesetzes als parteibildender Faktor.

Nun hat's aber bei dieser gefühlsmäßigen Sympathie zwischen dem Volk und den berufenen Vertretern der Partei sein Bewenden nicht. Diese muß vielmehr aus Klugheitsgründen systematisch danach trachten, die Massen bei guter Laune zu erhalten. Denn naturgemäß ist ihr Erfolg bei den Wahlen von den Stimmen der großen Masse abhängig. Und da kommt nun dem Proletariat (wie allen unteren Volksschichten) der zufällige Umstand zugute, daß zwei große Parteien in Konkurrenz untereinander stehen. Diese Tatsache hat ganz von selbst zur Folge gehabt, daß beide Parteien durch geschicktes Operieren — also im wesentlichen durch Konzessionen an die (wenigstens in vielen Distrikten) ausschlaggebende Lohnarbeiterschaft — die Gunst dieser Wählerklasse sich zu verdienen oder zu erhalten haben angelegen sein lassen.

Um diese Zwangslage, in der sich die herrschenden Parteien befinden, noch mehr auszunützen, ist in neuester Zeit ein ganz besonderes „System“ von den Vertretern der Arbeiterinteressen zur Anwendung gelangt: das „System of questioning Candidates“, das von seinen Gegnern (den Anhängern der sozialistischen Parteien) mit der etwas despektierlichen Bezeichnung „begging policy“ (Bettelpolitik) verächtlich gemacht werden soll,[1]) das aber heute bei der großen Masse der organisierten

[1]) Siehe Algernoon Lee, Labor Politics and Socialist Politics. 3. ed. New York 1903. John Spargo, Shall the Unions go into Politics. New York 1903.

Arbeiter Amerikas scheinbar sich großer Beliebtheit erfreut. Es besteht darin, daß die Vertreter der Arbeiterinteressen — also die Führer der Gewerkschaften oder der großen Gewerkschaftskartelle — einen sorgfältig ausgearbeiteten Fragebogen dem Kandidaten, der auf die Stimme der Arbeiter angewiesen ist, vorlegen und von dem Ausfall der Befragung ihren Beschluß, für ihn zu stimmen oder nicht, abhängig machen.

Soviel ich weiß, kam dieses „System" zum erstenmal Mitte der 1890er Jahre in Winnetka, Ill. (daher auch „Winnetka-System" genannt) zur Anwendung und zwar nicht, um damit die Interessen einer bestimmten Bevölkerungsgruppe zu fördern, sondern um mit seiner Hilfe „die Gesamtheit" der vermeintlichen Vorteile der „direkten Gesetzgebung durch das Volk" teilhaftig zu machen. Man erblickte in dem gedachten Verfahren „a system by which the people can secure the practical application of direct legislation without any change in the written constitution of the state or the local charter". Im Jahre 1901 griff es die A. F. of L. auf. Es wurde beschlossen, eine Extranummer des „Federationist" auszugeben, in der das System erläutert und empfohlen werden sollte. Diese Nummer erschien im Januar 1902 und fand eine große Verbreitung.

Seitdem ist das „System" in verschiedenen Städten und Staaten, wie behauptet wird[1]): mit Erfolg, zur Anwendung gebracht worden. In umfassender Weise zu einem integrierenden Bestandteil der Gewerkschaftspolitik ist es jedoch erst im Jahre 1904 gemacht worden. Unter dem 15. Juli hat nämlich das Executive Council A. F. of L. an alle ihm angegliederten Zentralverbände und lokalen Gewerkschaften ein Rundschreiben versandt, in welchem diese dringend ermahnt wurden, das Winnetka-System in ihren Wahlbezirken einzuführen. Dem Anschreiben waren zwei Musterfragebogen für Kongreßmitglieder und Mitglieder der Staatslegislative beigefügt,[2]) in denen gleichzeitig die Punkte angegeben waren, auf die sich

[1]) Extra Number of „American Federationist". Vol. XI. Nr. 7 A. July 15. 1904.

[2]) Abgedruckt nebst den Anschreiben in der Anm. 1 zitierten Extranummer der A. F.

die Politik der A. F. of L. und ihrer Mitglieder zunächst einheitlich konzentrieren sollte. Es sind dies:

1. Einführung der Initiative und des Referendums;

2. Erlaß eines (Reichs-)gesetzes, das den Achtstundentag für alle von der Regierung in Auftrag gegebenen Arbeiten festsetzt;

3. Erlaß eines Anti-Injunktiongesetzes (d. h. eines Gesetzes, das die Belästigung der Arbeiter bei Streiks ꝛc. durch richterliche „Einhaltsbefehle“ verhindern soll).

Der Fragebogen für die Kandidaten zu den Staatslegislativen hatte demgemäß folgenden Wortlaut (siehe Seite 68):

Die Hoffnung, die die anti-sozialistischen Gewerkschaftsführer an dieses System knüpfen, sind sehr große. Sie zweifeln nicht, daß sie damit die drohende Gefahr einer selbständigen (sozialistischen) Arbeiterpartei definitiv beseitigt haben. Andere sehen in der Einführung dieses Befragungssystems den Anfang vom Ende des alten Zustandes, weil sie annehmen, daß die Mißerfolge, die die Arbeiterschaft ihrer Meinung nach erleben wird, diese, nachdem nun einmal ihre Teilnahme an der Politik als Klasse gerade durch das System sanktioniert ist, mit Notwendigkeit zur Abkehr von den alten Parteien treiben werden. Ich habe zu dieser Frage an diesem Orte noch nicht Stellung zu nehmen, wo ich nicht die wahrscheinliche Entwicklung in der Zukunft darlegen, sondern nur die Gründe aufdecken will, die bisher die Entstehung einer kräftigen sozialistischen Arbeiterpartei in den Vereinigten Staaten aufgehalten haben. Zu diesen gehört aber zweifellos in erster Reihe der Umstand, daß die Arbeiterschaft, auch nachdem sie angefangen hatte, „selbständige Politik“ zu treiben, in dem Glauben lebte (und darauf kommt es für den hier verfolgten Zweck allein an), sie könne durch geschickte Ausnutzung der alten Zwei-Parteienpolitik sich alle Vorteile verschaffen, die sie erstrebt. Dieser Glaube, der sie von jeher instinktiv beseelt hat und der seine Nahrung eben in der geschilderten Eigenart der amerikanischen Parteiverhältnisse fand, hat jetzt in der Einführung des Winnetka-Systems nur seine dogmatische Fixierung erfahren. Und deshalb mußte ich dieses Systems hier Erwähnung tun, obwohl seine Wirkungen nicht der Vergangenheit, sondern der Zukunft angehören.

ADDRESS AND QUESTIONS TO CANDIDATES FOR LEGISLATURES.

.... 1904.

Hon...

Candidate for the Legislature,

DEAR SIR:

You are asking the people of the district to select you as their representative in the Legislature. This entitles them to ask you as to your attitude on the issues in which they are interested and by which they are affected—the burning questions of the day. Preparatory to doing this permit us to outline the basis of the political evils, which we do in the accompanying address and questions to candidates for Congress, which we invite you to read, and to do so at once, that you may realize the far-reaching importance of the questions we are to ask.

SOLUTION OF BURNING NATIONAL QUESTIONS.

The burning questions of the day are *national*, for our country has developed to where the railroads and all the other great corporations are interstate, therefore nothing short of interstate law will suffice.

In the settlement of these great national issues the members of the Legislatures are vital factors. They elect United States Senators and therefore can pledge them to vote to abolish government by injunction and to install the eight-hour day in government contract work and to install the advisory initiative and advisory referendum; secondly, the members of the Legislature can *instruct* the hold-over Senators—instruct them to vote for these three measures; and, thirdly, the members of the Legislature can vote to establish by State law the machinery for verifying signatures to national petitions and for taking a referendum vote whenever Congress shall so decide. To that end we ask you, sir—

QUESTION No. 1.—If elected, will you vote only for such candidate or candidates for the United States Senate as have promised in writing to vote to abolish government by injunction, to install the eighthour day in government contract work and to install the advisory initiative and advisory referendum, the details to conform to the measures we herewith enclose, subject to such minor changes in lastmentioned system as may beagreed to by the Legislative Committees of the A. F. of L. and the National Grange?

Answer . . . .

QUESTION No. 2.—If elected, will you vote to instruct the hold-over Senators— instruct them to vote for the above-described measures?

Answer . . . .

QUESTION No. 3.—If elected, will you help to enact a statute whereby five per cent of the voters of the State calculated on the basis of the last vote for governor, may call a special election for a referendum vote on a proposition to instruct United States Senators if one or both of them shall fail to obey the Legislature's instruction?

Answer . . . .

QUESTION No. 4.—Do you promise that if elected you will help to enact a statute that shall supply the machinery for verifying signatures to national petitions, and the taking of a referendum vote when so decided by Congress, the details to conform to the measure we herewith submit, subject to such minor changes as may be agreed to by the Legislative Committees of the A. F. of L. and the National Grange?

Answer . . . .

To each of the questions asked we would like a clear-cut "yes" or "no." If you or any other candidate refuses to come out for the people, squarely and openly, in writing, signed by yourself, we shall take the steps described in our letter to Congressional candidates.

Please let us hear from you at your earliest opportunity. A refusal to reply during the next ten days will be a negative to our questions and we shall govern ourselves accordingly.

Respectfully yours,

....

By..

Chairman Legislative Committee.

BLANK FORM FOR REPLY.
(DETACH AND MAIL.)

....

.... 1904.

Mr. ....

....

Dear Sir: Replying to the questions in your letter I desire to make the following answers:

To question No. 1, my answer is .... Question No. 2 ....
Question No. 3 .... Question No. 4 ....

I remain, sir, very respectfully yours,

....

Candidate for the Senate (House),

For the .... District of ....

VI. Die Stellung des amerikanischen Arbeiters im Staate.

Alles was ich bisher über die eigentümliche Stellung des amerikanischen Arbeiters zur Politik und in der Politik ausgeführt habe, macht es (wie ich hoffe) plausibel, warum das Proletariat in den Vereinigten Staaten bis heute von der Bildung einer eigenen Partei Abstand genommen hat, erklärt, könnte man sagen, das Fehlen einer offiziellen Vertretung sozialistischer Anschauungen. Es erklärt aber noch nicht hinreichend, weshalb diese selbst so schwach in Amerika entwickelt sind, weshalb die uns bekannte staats- und gesellschaftsbejahende Stimmung die weiten Kreise der amerikanischen Arbeiterschaft beherrscht. Denn wir wollen diese doch nicht so niedrig einschätzen, daß wir alle Äußerungen ihres freudigen Optimismus einzig und allein auf die Chancen, ein Amt im Staate zu erlangen, zurückführten. Auch hier müssen wir die Gründe tiefer suchen und wir finden sie auch für die innerliche Abneigung des amerikanischen Arbeiters gegen sozialistische Tendenzen (im vergrämten europäischen Sinne) zum guten Teile noch in der Eigenart seiner politischen Lage. Insbesondere erklärt sich seine Liebe zum bestehenden Staate gewiß auch aus der politischen Stellung, die er in diesem Staate einnimmt.

Es ist eine von vielen beobachtete Besonderheit des amerikanischen Bürgers, daß er in der Verfassung seines Landes

eine Art von göttlicher Offenbarung erblickt und sie infolgedessen mit gläubiger Scheu verehrt. Er hat die Empfindung gegenüber der „Konstitution“ wie vor etwas Heiligem, das der sterblichen Kritik entrückt ist. Man hat mit Recht von einem „constitutional fetishworship“ gesprochen.[1])

In dieser Auffassung wird nun auch der amerikanische Arbeiter von Kind auf in der Schule, im öffentlichen Leben aufgezogen. Und er hat keinen Grund, die Meinung, die ihm auf alle Weise eingeimpft ist, wenn er zu eigener Überlegung kommt, zu ändern. Denn in der Tat ist für ihn, den Vertreter der großen Masse, des „Volks“, in der Verfassung alles an Rechten gewährleistet, was er billigerweise beanspruchen kann.[2])

Wir haben den radikal-demokratischen Charakten der Verfassung im einzelnen schon kennen gelernt, wo wir von dem Umfang des Wahlrechts uns eine Vorstellung zu verschaffen suchten. Über alle jene Einzelrechte hinaus geht nun aber die Bestimmung der Verfassung, daß sie selbst jederzeit durch und nur durch das Volk in direkter Abstimmung geändert werden kann. Damit ist die ganze Verfassung — was wiederum nur in der Schweiz seinesgleichen hat — auf die Basis der Volkssouveränität gestellt.[3]) Das souveräne Volk entscheidet allein darüber, was Rechtens im Bereiche der amerikanischen Union sein soll. Diese Rechtslage hat nun aber für die Gestaltung des Geistes, der das öffentliche Leben beherrscht, eine Reihe weittragender Konsequenzen im Gefolge. Sie hat zunächst das, was man die demokratische Phrase nennen kann, erzeugt und zu unheimlicher Entfaltung gebracht.

Die häufige Inanspruchnahme des Bürgers bei den Wahlen

---

[1]) Siehe auch bei v. Holst, Verfassung und Demokratie der Vereinigten Staaten. Bd. I (1873), das Kapitel „Die Kanonisierung der Verfassung und ihr wahrer Charakter.“

[2]) Daß die Arbeiterschaft jetzt noch größere Rechte für die Masse verlangt (Initiative und Referendum) sahen wir oben. Aber diese Forderungen sind im Grunde auch nur etwas, was man als Konsequenz der bestehenden Verfassung, nicht im Gegensatz zu ihr fordert.

[3]) Siehe z. B. v. Holst, Das Staatsrecht der Vereinigten Staaten von Amerika im Handbuch des öffentl. Rechts. IV. Bd., 1. Halbbd., 3. Abteilung. S. 142 ff., 157 ff.

hat dieser Entwicklung Vorschub geleistet. Immer wieder ertönt der Appell an die „heiligen Rechte des Volks", immer wieder fühlt der einfache Mann sich mit dem ganzen erhabenen Nimbus des „Souveräns" umgeben. „Wir, das freie Volk von Amerika" . . . „We, the people of the State of . . „ grateful to Almighty God for our freedom . ." das dröhnt dem Amerikaner von Kindheit an in den Ohren. Der letzte und ärmste Prolet hat Teil an der geheiligten Souveränität, er ist das Volk und das Volk ist der Staat. (Formell!)

Daraus erwächst nun in jedem einzelnen ein unbegrenztes Machtgefühl, mag es so imaginär sein, wie es wolle: in seinem Bewußtsein ist es eine zweifellose Realität. „Der Bürger glaubt, daß er noch König im Staate ist und daß er die Dinge in Ordnung bringen kann, wenn er nur will. Die Worte des Volksredners: „Wenn das amerikanische Volk aufstehen wird in seiner Macht und Majestät" — sind ganz und gar nicht bloße Phrasen für seine Zuhörerschaft. Jeder einzelne in ihr glaubt an diese geheimnisvolle Macht, die sich „amerikanisches Volk" nennt und der nichts zu widerstehen vermag; er hat ein mystisches Zutrauen zu der Wirksamkeit des Volkswillens, er spricht von ihm mit einer Art von religiöser Ekstase. Dieses Vertrauen steht oft in auffallendem Gegensatz zu dem wirklich Erreichten oder auch nur Erstrebten. Der Bürger rührt meist keinen Finger, um Mißstände im öffentlichen Leben zu beseitigen, aber er lebt der festen Überzeugung, daß er bloß zu wollen braucht, um ihnen ein Ende zu bereiten. Und diese Überzeugung hält in ihm die Liebe zum Recht, den Haß gegen das Unrecht in seinem Innern wie ein Feuer aufrecht, von dem selten ein Funke erscheint, aber das nicht erlischt und das jeden Augenblick ausbrechen kann in eine Flamme der Begeisterung, die Licht und Wärme verbreitet."

Hiermit im engsten Zusammenhange steht aber eine letzte, wesentliche Eigenart des politischen Lebens in den Vereinigten Staaten, das ist die überragende Bedeutung, die die „öffentliche Meinung", die „public opinion" für alles Geschehen hat. Sie ist im Grunde die eigentliche regierende Gewalt, der die Justizbehörden ebenso unterstehen wie die Exekutive und die gesetzgebenden Körperschaften. Wir sahen, daß es ein Partei-

regiment in dem Sinne, wie es England, Frankreich, Italien haben, in Amerika nicht gibt. Das hängt einerseits mit der Eigenart der dortigen Parteiverhältnisse zusammen, andererseits aber mit dem hier hervorgehobenen Umstande, daß verfassungsgemäß über allen öffentlichen Gewalten das souveräne Volk steht, das diese in jedem Augenblick sozusagen nach Hause schicken kann. Infolgedessen unterstehen die gewählten Vertreter des Volks — gleichgültig ob sie zur Kategorie der richterlichen oder der Verwaltungsbeamten gehören oder Mitglieder der Parlamente sind — der unausgesetzten Kontrolle durch die Massen, deren Willen (solange er in den Abstimmungen nicht ausgesprochen ist) seinen Ausdruck eben in der geheimnisvollen „öffentlichen Meinung" findet.

Der Präsident und der Governer (meist) haben bekanntlich das Vetorecht gegenüber Beschlüssen des Kongresses und der Landtage. Sie werden es aber nur ausüben, wenn sie sicher sind, die „öffentliche Meinung" hinter sich zu haben. Dann aber werden auch die Parlamente auf die Durchsetzung der Vorlage (die sie nach erfolgter Zurückweisung mit einer Zweidrittel-Majorität erzwingen können) verzichten. Die Wirksamkeit der „öffentlichen Meinung" wird natürlich gesteigert durch die kurzen Wahlperioden. Diese Vorherrschaft der „öffentlichen Meinung" muß nun aber wiederum dazu beitragen, das Machtbewußtsein in jedem gewöhnlichen Bürger ins Ungemessene zu steigern. Wenn wirklich die allgemeine „Volksstimmung" über den Gang der Politik entscheidet, so muß das in dem einzelnen Bürger, also natürlich auch im „Arbeiter", der ja in jeder Hinsicht formell gleichberechtigt mit dem reichsten Trustmagnaten ist und der zudem die Masse seiner Genossen als ausschlaggebenden Faktor bei den Wahlen hinter sich weiß, noch über die Wirksamkeit seiner verfassungsmäßig verbürgten Einzelrechte hinaus, ein intensives Gefühl der Anteilnahme am Getriebe des politischen Lebens erzeugen. In der „öffentlichen Meinung" verschwindet das Stärkeverhältnis der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen völlig, das z. B. im Parlamente oder in der Klassenzugehörigkeit der einzelnen Beamten deutlich zutage tritt. Der kleine Mann kann sich einbilden, da er ja die „öffentliche Meinung" selbst mit macht,

daß er durch sie, allem widersprechenden Anschein zum Trotz, doch derjenige sei, der am letzten Ende die Geschicke des Staates bestimmt.

Dazu kommt, daß die „öffentliche Meinung" sich in Amerika — bis vor kurzem wenigstens — den spezifischen Arbeiterinteressen gegenüber stets sympathisch verhalten hat. Der Arbeiter wird also in dem Bewußtsein, etwas im Staate zu gelten, auf zwiefache Weise bestärkt. Soll ihm da nicht die Freude an diesem Staatswesen erhalten bleiben? An einem Staatswesen, das ihm nicht nur vollen Anteil am öffentlichen Leben gewährt, in dem er auch politisch und gesellschaftlich als Vollbürger gewertet wird? Er, um dessen Gunst geradezu zu buhlen, sich alle Instanzen angelegen sein lassen? Der Arbeiter hat drüben subjektiv das volle Recht, sich stolz in die Brust zu werfen und erhobenen Hauptes zu sprechen: „civis americanus sum".

Aber freilich: mit dieser formalen Gleichberechtigung im Staate allein ist's noch nicht getan. Wie es in den „Doléances" während der französischen Revolution hieß: „Die Stimme der Freiheit verkündet nichts dem Herzen eines Elenden, der vor Hunger stirbt." Eine radikal-demokratische Verfassung kann die Masse wohl an die Staatsform attachieren, aber sie wird nicht eine Kritik der herrschenden Gesellschaft, insonderheit der bestehenden Wirtschaftsordnung zu verhindern vermögen, wenn diese dem Volke nicht auch eine materiell erträgliche Existenz gewährleistet. Nie also wird man die Gründe für das Fehlen einer staats- und gesellschaftsfeindlichen Volksbewegung ausschließlich in der Eigenart der politischen Stellung der Massen suchen dürfen. Vielmehr muß dieser dasjenige entsprechen, was man zusammenfassend die ökonomische Lage nennen kann. Die Aufgabe des folgenden Abschnitts soll es sein, den Nachweis zu erbringen, daß auch die ökonomische Lage des nordamerikanischen Proletariers geeignet ist, oder richtiger geeignet war, dieses vor den Umgarnungen des Sozialismus zu bewahren.

Zweiter Abschnitt.

Die wirtschaftliche Lage des Arbeiters.

I. Überblick.

Die Lebenshaltung einer Person, einer Familie sinnvoll betrachten, heißt: feststellen, über welchen Betrag an Gebrauchsgütern diese Konsumtionswirtschaft während einer bestimmten Wirtschaftsperiode verfügt, heißt weiter: diesen Betrag in Beziehung setzen zu den materiellen Anforderungen des Lebens, heißt also: prüfen, inwieweit jene Menge Gebrauchsgüter hinreicht, um die notwendigen Bedingungen einer menschenwürdigen Existenz zu erfüllen, inwieweit sie Spielraum läßt zur Befriedigung von Kultur- und Luxusbedürfnissen. Die Lebenshaltung einer Masse, deren einzelne Glieder ein differenziertes Einkommen haben, untersuchen, heißt: Gruppen bilden, heißt feststellen: wie große Bestandteile jener Masse je einer bestimmten Kulturstufe angehören, die man etwa als Armut, Dürftigkeit, Auskömmlichkeit, Wohlhäbigkeit, Reichtum voneinander unterscheiden kann; heißt insbesondere wohl auch: ermitteln, wie „das Gros" dieser Bevölkerungsmasse lebt, also etwa jene Hälfte, die zwischen dem untersten und dem obersten Viertel liegt. Die Lebenshaltung zweier Massen — zweier Nationen, zweier sozialer Klassen innerhalb einer Nation oder in je einer anderen Nation — miteinander vergleichen (wodurch die absoluten Feststellungen erst ihr rechtes Leben erhalten), würde also heißen: prüfen, wie sich der Gruppenaufbau in den verschiedenen Massen je gestaltet.

Jeder, der einigermaßen mit den Quellen vertraut ist, weiß, daß die Ausführung eines solchen Programms für ein ganzes Land, ja nur für eine soziale Klasse innerhalb eines Landes auf die größten Schwierigkeiten stößt. Was man brauchte, wäre eine vollständige Inventur der naturalen Gestaltung sämtlicher Haushalte eines Landes oder einer Bevölkerungsschicht und die gibt es natürlich nicht. Das, was einer solchen Inventur am nächsten kommt, sind die Aufstellungen einzelner Haushaltungsbudgets, wie sie jede Nation in mehr oder weniger guter Auswahl besitzt (am besten damit versehen sind die Vereinigten Staaten). Und es liegt nahe, von ihnen aus die Untersuchung zu beginnen. Aber bald wird man inne werden, daß dieser Weg nicht zum Ziele führt. Der Mangel nämlich, der jedem Budget und auch jeder größeren Sammlung von Budgets anhaftet, ist der: daß sie keinen Aufschluß geben über den Umfang ihrer Geltung; heißt, daß sie nichts darüber aussagen, für einen wie großen Prozentsatz einer Masse (als welche wir nun immer unseren Zwecken entsprechend das Proletariat ansehen wollen) sie typisch sind; daß sie aber vor allem auch für Vergleiche deshalb versagen, weil sie nicht erkennen lassen, ob sie je derselben Einkommensstufe in den beiden verglichenen Massen entsprechen. So wird man sich denn, wenn auch ungern, dazu entschließen müssen, einen Umweg einzuschlagen, der aber doch näher an das erstrebte Ziel heranführt: den Umweg über das Geldeinkommen, in unserem Falle also die Geldlöhne.

Freilich, auch hier sind die Hindernisse zahlreich: kein Land, auch die Vereinigten Staaten nicht, hat eine umfassende und zuverlässige Lohnstatistik. Aber man wird sich doch behelfen können. Was nämlich an lohnstatistischem Material, namentlich drüben, vorliegt, ist hinreichend, um uns ein ungefähres Bild von dem Aufbau des Geldeinkommens der arbeitenden Klasse zu geben, wenigstens um die Umrisse dieses Bildes erkennen zu lassen. Kennt man nun die Schichtung nach dem Geldlohn einigermaßen, so stehen zwei Wege offen, um die Lebenshaltung zu ermitteln: wiederum ein Umweg: über die Feststellung der Preise für die einzelnen Bedarfsartikel hinweg und ein direkter Weg: die Benutzung der Haushaltungsbudgets.

Diese kann nämlich jetzt mit Vorteil geschehen, nachdem man jedem Budget seinen richtigen Platz auf der Staffel sämtlicher Einkommen anweisen, also bei Vergleichung insbesondere auch feststellen kann: ob die beiden Budgets je derselben Einkommensstufe in den beiden Massen (Ländern) entsprechen, ob man also wirklich verhältnismäßig gleichgestellte Wirtschaften miteinander vergleicht.

Ich versuche also zunächst, ein Bild von der Höhe und der Abstufung der Geldlöhne in den Vereinigten Staaten zu geben und die gewonnenen Ziffern mit denen anderer Länder, insbesondere Deutschlands in Vergleich zu stellen.[1])

II. Das Geldeinkommen des Arbeiters in Amerika und Europa.

Die Hauptquelle für die Statistik der Löhne in den Vereinigten Staaten bilden der Census und die Berichte der arbeitsstatistischen Ämter, über deren Anlage und Bedeutung ich mich in meiner Literaturübersicht im XX. Bande des Archivs für Soz. Wiss. (vgl. dort die Nr. 2 bis 20) ausgesprochen habe. Danach stehen uns eine Reihe von Durchschnittslohnermittlungen und eine große Anzahl von Lohnklassenstatistiken zu Gebote. Es wird sich vor allem darum handeln, tunlichst vergleichbare Ziffern für Europa, insonderheit Deutschland, den passend ausgewählten amerikanischen Ziffern gegenüberzustellen.

1. Durchschnittslöhne bringt der Census, das Schmerzenskind der amtlichen Lohnstatistik: vgl. meine „Übersicht" S. 639 ff.

---

[1]) Was bisher an Versuchen einer (Amerika und Europa) vergleichenden Lohnstatistik vorliegt, läßt durchaus unbefriedigt. Es sind dies: 1. Zusammenstellungen des arbeitsstatistischen Amts in Washington in dessen 7. Jahresbericht, wo aber die außeramerikanischen Arbeitereinkommen ganz unmethodisch und willkürlich ausgewählt sind; 2. die kurzen Ausführungen Schäffles in dem Aufsatz „Der Geld- und der Reallohn in den Vereinigten Staaten" (Zeitschrift für die ges. Staatswiss. 1889 S. 111 ff.), denen aber weder für Amerika noch für Deutschland das beste Ziffermaterial zugrunde liegt; 3. die einschlägigen Kapitel bei E. Levasseur, L'ouvrier américain, amer. Ausgabe (1900) Ch. 6. 7. 9., die verhältnismäßig beste Bearbeitung des Gegenstandes, der naturgemäß aber die Voranstellung Deutschlands als Vergleichsobjekt mangelt.

Allen methodologischen Bedenken zum Trotz will ich doch wenigstens die folgenden ganz allgemeinen Ergebnisse dieser Ermittlungen verzeichnen:

Der Durchschnittsjahreslohn aller gewerblichen Arbeiter betrug im Jahre 1900:

Gebiet	Männer	Frauen	Kinder	Insgesamt
Neu-England Staaten	507,12 Doll.	307,34 Doll.	187,15 Doll.	443,74 Doll.
Mittelstaaten	528,70 „	280,75 „	159,52 „	461,52 „
Südstaaten	334,96 „	183,91 „	107,20 „	300,81 „
Zentralstaaten	488,51 „	249,45 „	166,21 „	446,51 „
Weststaaten	577,09 „	273,48 „	175,07 „	543,98 „
Pacifische Staaten	577,11 „	278,09 „	181,62 „	526,90 „
Verein. Staaten	490,90 „	273,03 „	152,22 „	437,96 „

In dieser Tabelle fällt vor allem der Abstand der Südstaaten von allen übrigen auf; es ist deshalb zweckmäßig, noch den Durchschnitt für die Vereinigten Staaten mit Ausschluß der Südstaaten hinzuzufügen; dieser betrug bezugsweise

513,96 Doll. 288,88 Doll. 167,64 Doll. 457,26 Doll.

Daß es sich hierbei nicht um ganz und gar phantastische Ziffern handelt, dafür spricht der Umstand, daß die Durchschnittslöhne in den verschiedenen Wirtschaftsgebieten der Union einerseits nicht allzuweit voneinander abweichen, andererseits doch auch die Unterschiede der wirtschaftlichen Kultur ziemlich richtig zum Ausdruck bringen. Wollen wir diese ganz plumpen Durchschnittslöhne mit ähnlichen Ziffern in europäischen Ländern vergleichen, so bieten sich als das geeignete Vergleichsobjekt wohl die Durchschnittslöhne unserer Berufsgenossenschaften [1]) dar. Selbstverständlich müssen dann die amerikanischen Löhne ebenfalls für die einzelnen Industriegruppen gesondert (aber für das ganze Land, um alle lokalen Unterschiede wie in den deutschen Ziffern auszugleichen, einheitlich) danebengestellt werden. Ich wähle für Deutschland dasselbe Jahr, für das die Ziffern des Census gelten — 1900 — also das Jahr

[1]) Über deren statistischen Wert oder Unwert ist der Fachmann sattsam unterrichtet; vgl. z. B. die letzte, ausführliche Kritik dieser Ziffern durch J. Jastrow und R. Calwer in den Schriften des V. f. Soz. Pol. Bd. 109.

höchster Hausse, wodurch die Nichtberücksichtigung der Löhne über 4 Mk. wohl mehr als ausgeglichen wird, so daß die Ziffern für Deutschland eher ein Maximum darstellen. Der Übersichtlichkeit halber habe ich den Doll. in Mk. (= 4,20) umgerechnet.

Die verschiedenen Beträge innerhalb derselben Gewerbegruppe erklären sich bei den deutschen Ziffern durch die Differenzen der einzelnen Landesteile, bei der amerikanischen durch den Umstand, daß der deutschen Industriegruppe mehrere Industriezweige entsprechen, für die verschiedenen Durchschnittslöhne gelten. Die Zusammenstellung umfaßt alle Industriegruppen, für die sich überhaupt vergleichbare Ziffern ermitteln ließen:

Es wurden (1900) Durchschnittsjahreslöhne bezahlt in:

Industriegruppe	Deutschland		Vereinigte Staaten	
Bekleidungs-J.	621,4	Mk.	1323,0—2276,4	Mk.
Glas-J.	724,9	"	2156,6	"
Töpferei-J.	772,2	"	1701,0	"
Ziegelei-J.	556,2	"	1482,6	"
Eisen- und Stahl-J.	792,5—1014,2	"	1642,2—3074,4	"
Chemische J.	929,4	"	2060,6	"
Textil-J.	506,0—776,5	"	1129,8—2192,4	"
Papier-J.	714,4—765,9	"	1318,8—2087,4	"
Leder-J.	894,8	"	1436,4—1822,8	"
Holz-J.	698—821,0	"	1417,0—1801,8	"
Müllerei	743,0	"	2007,6	"
Zucker-J.	596,0	"	2045,4—2326,8	"
Tabak-J.	541,0	"	1024,8—1663,2	"
Buchdruck	893,7	"	1747,2—2234,4	"

Einem ähnlichen Berechnungsverfahren wie die von den V. S. ermittelten Löhne verdanken ihr Dasein die amtlichen statistischen Angaben über die Arbeitslöhne im deutschen Bergbau.[1])

Wir können sie füglich den nach der Censusmethode fortlaufend für den amerikanischen Bergbau berechneten[2]) gegen-

[1]) Für Preußen jährlich zuerst mitgeteilt in der Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen im Preuß. Staate; dann auch im Stat. Handbuch und neuerdings im Stat. Jahrbuch für den Preuß. Staat. 2. Jahrg. (1904) S. 72 f.

[2]) Vgl. das 9. Bulletin des Bureau of the Census (Nr. 5 b meiner „Übersicht").

überstellen. Beides sind wiederum Jahresdurchschnittslöhne. Ich teile sie für das Jahr 1902 mit. In diesem Jahre verdiente der im amerikanischen Steinkohlenbergbau beschäftigte Arbeiter (Männer, Weiber, Kinder durcheinander gerechnet)

	629 Doll.	oder	2642 Mk.
der Häuer[1])	671 „	„	2818 „

Dagegen gestalten sich im preußischen Steinkohlenbergbau im gleichen Jahre die Löhne wie folgt:

Oberbergamtsbezirke	Unterirdisch beschäftigte „eigentliche" Arbeiter	Arbeiter insgesamt
Breslau	890 Mk.	815 Mk.
Dortmund	1314 „	1131 „
Bonn	1199 „	1068 „

2. Den Durchschnittslohnberechnungen treten ergänzend zur Seite die methodisch so viel wertvolleren Lohnklassenstatistiken, an denen Amerika ganz besonders reich ist. Die Union besitzt jetzt eine Sonderlohnstatistik von unzweifelhaftem Werte, in der die Effektivlöhne von 720 gewerblichen Etablissements nach dem Lohnklassensystem verarbeitet sind (Nr. 2b meiner „Übersicht"), daneben aber eine Unmenge wertvoller Publikationen der verschiedenen arbeitsstatistischen Ämter, deren ich ebenfalls in meiner „Übersicht" gedacht habe. Leider können wir für Deutschland nicht annähernd gleich viele und gleich gute Lohnklassenstatistiken den amerikanischen zum Vergleich gegenüberstellen. Von Amts wegen ist überhaupt nichts derartiges publiziert, so daß wir froh sein müssen, wenigstens eine Reihe tüchtiger Privatarbeiten mit lohnstatistischem Material von Wert zu besitzen, mit dessen Hilfe wir doch immerhin einige lehrreiche Vergleiche vornehmen können. Im Hinblick auf diese deutschen Vergleichsobjekte treffe ich denn auch unter der Unmasse amerikanischen Materials die Auswahl: auf daß ein Maximum von Vergleichbarkeit erzielt werde.

Die Lohnstatistik bezieht sich entweder auf sämtliche (oder zahlreiche) Industriearbeiter einer Gegend oder auf die Arbeiter

[1]) Der Verdienst des „miner" ist leider nicht für die verschiedenen Bergwerkskategorien gesondert, sondern für Eisen-, Kupfer-, Gold-, Silber- usw. Bergbau zusammen mit dem Steinkohlenbergbau angegeben.

einer bestimmten Branche. Von dem zuerst genannten Typ will ich vergleichsweise gegenüberstellen: die Lohnstatistik für Massachusetts (vgl. Nr. 15 meiner „Übersicht") und die für Illinois (Nr. 18 meiner „Übersicht") der Lohnstatistik, die wir von der Stuttgarter Arbeiterschaft [1]) besitzen, den lohnstatistischen Ermittlungen, die vom Fabrikinspektor Fuchs über die Industriearbeiter in 17 Landgemeinden bei Karlsruhe angestellt sind, [2]) sowie den Untersuchungen über die Hanauer Arbeiter. [3])

Daß eine solche Gegenüberstellung nicht unbedenklich ist, dessen bin ich mir sehr wohl bewußt. Ich glaube aber doch, daß sie nicht ganz unberechtigt und deshalb nicht ohne Wert ist. Gewiß würde ich lieber eine Lohnklassenstatistik für das Königreich Sachsen mit der von Massachusetts vergleichen, aber wir haben nun einmal nichts Besseres. Und was die Bedenken, die vor allem gegen die Ungleichheit der Vergleichsgebiete erhoben werden müssen, einigermaßen zerstreuen hilft, ist die Erwägung, daß sich die verschiedensten Gewerbearten in jedem Vergleichsgebiete vereinigt finden und bei dem immerhin erheblichen Umfang auch der privaten deutschen Untersuchungen (die Stuttgarter erstreckte sich auf 6028, die Hanauer auf 2382, die Karlsruher allerdings nur auf etwas über 1000 Arbeiter) starke Differenzen einigermaßen ausgeglichen werden. Vor allem aber ermutigt ein Blick auf die einzelnen Tabellen. Da ergibt sich nämlich eine verblüffende Ähnlichkeit des Aufbaues der verschiedenen Lohnstufen in der amerikanischen Statistik einerseits, in der deutschen andererseits: ein Beweis, daß man es doch mit einigermaßen zuverlässigen, weil typischen Ziffern zu tun hat. Will man ganz sicher gehen, so mag man auf die Lohnsätze der zum Vergleich herangezogenen deutschen

---

[1]) Theodor Leipart, Zur Lage der Arbeiter in Stuttgart. Nach statistischen Erhebungen im Auftrage der vereinigten Gewerkschaften herausgegeben. Stuttg. 1900.

[2]) Die Verhältnisse der Industriearbeiter in 17 Landgemeinden bei Karlsruhe. Dargestellt von dem Großhz. Fabrikinspektor Dr. Fuchs. Bericht erstattet an das Großhz. Ministerium des Innern und herausgegeben von der Großhz. Badischen Fabrikinspektion. Karlsruhe 1904.

[3]) Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter Hanaus.. Im Auftrage der Statistischen Kommission des Gewerkschaftskartells Hanau a. M. bearbeitet von D. Fuhrmann. Hanau 1901.

Untersuchungen (weil sie sich auf Süddeutschland und die eine auf ländliche Industrien bezieht) einen Aufschlag von 10 oder 15 Proz. machen. Dann aber glaube ich bestimmt, daß die durchschnittlichen Lohnverhältnisse deutscher Industriearbeiter (also soweit sie nicht ausschließlich hochgelohnten Industrien angehören) einigermaßen richtig in unseren Tabellen zum Ausdruck kommen.

Der Lohnaufbau in der Industrie von Massachusetts und Illinois ergibt (für das Jahr 1900) folgendes Bild:

Es hatten einen Wochenlohn von je 100 Männern

von		in Massachusetts	in Illinois
weniger als 5	Doll.	3,63	5,78
5— 6	„	3,75	3,48
6— 7	„	7,05	4,71
7— 8	„	9,68	8,36
8— 9	„	9,96	7,92
9—10	„	14,26	17,32
10—12	„	15,83	16,34
12—15	„	17,71	17,02
15—20	„	13,82	13,09
mehr als 20	„	4,31	5,99
		100	100

Ebenso von je 100 Weibern:

		in Massachusetts	in Illinois
weniger als 5	Doll.	15,96	33,43
5— 6	„	15,70	18,69
6— 7	„	20,22	18,39
7— 8	„	15,34	11,57
8— 9	„	12,46	6,47
9—10	„	9,72	4,71
10—12	„	6,62	4,24
12—15	„	2,94	2,46
15—20	„	0,90	0,84
mehr als 20	„	0,14	0,20
		100	100

Dagegen gliedern sich die deutschen Industriearbeiter nach ihren Lohnbezügen folgendermaßen.

Es verdienten einen Wochenlohn von je 100 Männern:

	bei Karlsruhe	in Stuttgart	in Hanau
weniger als 12 Mk.	11,2	1,5	2,3
12—15 „	10,5	6,1	12,2
15—18 „	19,4	18,7	23,5
18—21 „	22,3	22,3	27,9
21—24 „	16,3	21,1	22,3
24—27 „	9,1	17,1	8,8
27—30 „	4,7	8,3	1,7
mehr als 30 „	6,5	4,8	1,3
	100	100	100

Ebenso von je 100 Weibern:

	bei Karlsruhe	in Stuttgart
weniger als 6 Mk.	11,5	7,1
6— 9 „	44,8	42,7
9—12 „	38,5	37,0
12—15 „	4,4	11,7
mehr als 15 „	0,8	1,5
	100	100

Faßt man die großen Züge dieser Zifferreihen ins Auge, so lassen sich folgende Umrisse in übersichtlicher Weise zeichnen:

Weniger als 24 Mk. (6 Doll.) verdienten von 100 Männern:

in Massachusetts	7,38
„ Illinois	9,26
„ Stuttgart	69,70
„ Karlsruhe	79,70
„ Hanau	88,20

In Illinois verdienten ungefähr ebensoviel (63,77 Proz.) der Männer zwischen 38 und 84 Mk. (9 und 20 Doll.) wöchentlich wie in der Umgegend Karlsruhes (67,1 Proz.) zwischen 15 und 27 Mk. Vier Fünftel (81,26 bzw. 79,2 und 82,5 Proz.) der Männer, also die große Mehrzahl, verdienten in Massachusetts zwischen 30 und 84 Mk. (7 und 20 Doll.), in Stuttgart und Hanau zwischen 15 und 27 Mk.

Mehr als 20 Mk. (5 Doll.) verdienten in den deutschen Erhebungsgebieten nur ganz wenige Frauen (über 15 Mk. bzw. 0,8 und 1,5 Proz.) in den amerikanischen 80,04 und 66,57 Proz. Vier Fünftel der Frauen, die in Deutschland

zwischen 6 und 12 Mk. verdienten, hatten einen Wochenlohn in Massachusetts zwischen 20 und 50 Mk.

Sehen wir nun zu, ob diese Ergebnisse durch die nach Berufszweigen gegliederten Lohnstatistiken bestätigt werden.

Für die Arbeiter im Steinkohlenbergbau besitzen wir im Censusbericht eine amerikanische, in den Ziffern des Knappschaftsvereins in Bochum eine (west)- deutsche Lohnklassenstatistik, die für das gleiche Jahr (1902) folgendes Bild darbieten:

Von je 1000 im amerikanischen Steinkohlenbergbau (exkl. Anthrazit) beschäftigten Arbeitern bezogen einen Tagelohn von

weniger als 6 Mk	(1,50 Doll.)	85
6—8,50 „	(1,50—1,99 Doll.)	245
8,50—10,50 „	(2—2,49 „)	408
über 10,50 „		262

Dagegen hatten im Ruhrgebiet von je 1000 Bergarbeitern einen Tagelohn von

weniger als 2,60 Mk.	78
2,61—3,80 „	209
3,81—5 „	396
über 5 „	317

Ich habe die Gesamtzahl der Lohnempfänger in beiden Ländern absichtlich in annähernd dieselben Gruppen gegliedert, um das Bild anschaulicher zu machen.

Vergleichbare Ziffern lassen sich auch für die Zigarrenindustrie gegenüberstellen. Allerdings beziehen sie sich für Deutschland auf das Großherzogtum Baden,[1]) das Land der niedrigsten Zigarrenarbeiterlöhne: man wird den deutschen Durchschnitt auf 50—100 Proz. höher ansetzen dürfen.[2]) Ich

[1]) Die soziale Lage der Zigarrenarbeiter im Großherzogtum Baden. Beilage zum Jahresbericht des Großherzogl. Badischen Fabrikinspektors für das Jahr 1889. Karlsruhe 1890.

[2]) Kurz ehe der in der vorigen Anm. genannte Bericht erschien, hatte ich in meiner Studie über die deutsche Zigarrenindustrie in Brauns Archiv Bd. II (1889) auf genauer mündlicher Erkundigung beruhende Lohnangaben gemacht, die die Schätzung im Text wenigstens für die damalige Zeit gerechtfertigt erscheinen lassen.

Die Erhebungen, die der Tabakarbeiterverband im Jahre 1900 ge-

habe deshalb für Amerika auch schon nur die Ziffern, die für die Südstaaten gelten, ausgezogen (soweit es ging, nämlich für Männerlöhne; besondere Angaben über die Löhne weiblicher Arbeiter in der Zigarrenindustrie sind für die Südstaaten nicht gemacht, hier mußte ich also den Landesdurchschnitt nehmen). Ich habe wieder nach Möglichkeit gleiche Gruppen gebildet. Also: von je 1000 erwachsenen Männern (über 16 Jahre) in Baden verdienten einen Wochenlohn

von weniger als 6 Mk.	206
6— 9 „	285
9—15 „	428
über 15 „	79

desgleichen in den amerikanischen Südstaaten (für das Jahr 1890, weil dem der deutschen Statistik näheren)

von weniger als 25 Mk.	(6 Doll.)	231
25—42 „	(6—10 Doll.)	304
42—63 „	(10—15 „)	391
über 63 „		72

Von je 1000 in der Tabak- (Zigarren-) Industrie beschäftigten erwachsenen Weibern bezogen in Baden einen Wochenlohn von

weniger als 4 Mk.	56
4— 7 „	407
7—12 „	463
über 12 „	78

desgleichen in den Vereinigten Staaten

weniger als 17 Mk.	(4 Doll.)	55
17—25 „	(4—6 Doll.)	437
25—38 „	(6—9 „)	472
über 38 „		35

---

macht hat (bearbeitet von C. Deichmann, Bremen 1902) und die sich, soweit die Löhne in Betracht kommen, auf 39 032 Arbeiter erstrecken, sind leider zum Vergleich nicht heranzuziehen, da sie nur den durchschnittlichen Wochenverdienst ermittelt haben. Dieser betrug

in 182	Betrieben	10 Mk.
„ 306	„	12 „
„ 588	„	14 „
„ 308	„	16 „
„ 143	„	18 „

Immerhin lassen auch diese Ziffern den Abstand der deutschen Lohnsätze von den amerikanischen hinreichend deutlich erkennen.

Ebenfalls aus dem Wirkungsbereich des unvergessenen Woerishofer stammt eine Lohnklassenstatistik für 5 chemische Fabriken.[1]) Es bezogen von je 100 Arbeitern (im Jahre 1896) einen durchschnittlichen Wochenlohn von

	weniger als 10 Mk.	10—12 Mk.	12—15 Mk.	15—18 Mk.	18—21 Mk.	21—24 Mk.	über 24 Mk.
Fabrik B	7,67	4,51	8,42	19,10	26,47	19,40	14,70
„ C	0,44	4,85	19,38	32,60	27,31	10,57	4,85
„ D	1,09	1,09	13,04	27,18	34,78	15,21	7,61
„ E	—	1,62	7,26	29,03	34,67	21,77	5,65
„ F	1,37	0,68	10,22	13,02	23,02	25,34	26,02
							24—27 = 13,70
							27—30 = 10,27

Die große Masse der Arbeiter (drei Viertel bis vier Fünftel) verdient in den Fabriken B, D, E zwischen 15 und 27 bzw. 24 Mk. (74,59, 77,17, 85,47 Proz.), in der Fabrik F zwischen 18 und 30 Mk. (72,60 Proz.), in der Fabrik C zwischen 12 und 21 Mk. (79,29 Proz.). Die Löhne in den chemischen Fabriken Badens sind meines Wissens nicht besonders niedrig, sondern stehen dem Durchschnitt für Deutschland nahe. Es wird deshalb statthaft sein, ihnen die Löhne in der chemischen Industrie Amerikas im Durchschnitt der Vereinigten Staaten gegenüberzustellen. Sie ergeben nach dem Censusnachtrag folgendes Bild. Es bezogen von je 1000 männlichen Arbeitern über 16 Jahre (andere Arbeiterkategorien sind nicht aufgeführt) einen Wochenlohn von

weniger als 31,50	Mk.	(7,50 Doll.)	63
31,50—42	„	(7,50—10 Doll.)	444
42—52,50	„	(10—12,50 „)	319
52,50—63	„	(12,50—15 „)	83
63—84	„	(15—20 „)	70
über 84	„		20

Der Verdienst der großen Masse (76,3 Proz.) bewegte sich also zwischen 31,50 und 52,50 Mk.

Endlich stelle ich noch die Löhne der Arbeiter in den holzverarbeitenden Industrien einander gegenüber. Für diese Arbeiterkategorie besitzen wir für Deutschland in den

[1]) Jahresbericht der deutschen Fabrikinspektoren für das Jahr 1897.

Erhebungen des Holzarbeiterverbandes schätzbares Material,[1]) das freilich nur in ganz großen Zügen ein Bild von den Lohnverhältnissen gibt. Danach hatten — von 71054 Arbeitern — einen Wochenverdienst von

weniger als 20 Mk.	42,3 Proz.
20—25 „	34,6 „
25—30 „	19,0 „
über 30 „	4,1 „

Dagegen verdienten in den Vereinigten Staaten von 38387 Arbeitern — wöchentlich

unter 21 Mk.	(5 Doll.)	= 3,2 Proz.
21—30,50 „	(5—7½ Doll.)	= 11,4 „
30,5—50 „	(7½—12 „	= 46,5 „
50—100 „	(12—24 „	= 38,3 „
über 100 „		= 0,8 „

Aber ich denke, es kann bei diesen Beispielen sein Bewenden haben. So anfechtbar auch jede einzelne Ziffer und namentlich jeder Vergleich zwischen deutschen und amerikanischen Ziffern vom Standpunkt einer strengen statistischen Methode sein mag: in ihrer Gesamtheit geben sie meines Erachtens doch ein völlig zutreffendes Bild: dafür spricht die Übereinstimmung der aus verschiedensten Quellen stammenden Zahlen. Ich glaube, daß man auf Grund des vorliegenden Ziffermaterials mit ziemlicher Bestimmtheit dieses aussagen kann: *die Geld-Arbeislöhne sind in den Vereinigten Staaten zwei- bis dreimal so hoch wie in Deutschland.* Mindestens doppelt so hoch: denn kaum eine einzige Gegenüberstellung ergab eine geringere Spannung; dagegen sind die Fälle zahlreich, in denen der amerikanische Lohn den dreifachen Betrag des deutschen ausmacht, während er in vereinzelten (wohl nicht typischen) Fällen den vierfachen Betrag erreicht: Zuckerindustrie, Zigarrenindustrie, wenn wir Baden zum Vergleich heranziehen: vgl. dagegen den Durchschnittslohn der Tabakberufsgenossenschaft, der ein Drittel bis ein Halb des

[1]) Die Lage der Arbeiter in der Holzindustrie. Nach statistischen Erhebungen des deutschen Holzarbeiterverbandes für das Jahr 1902 im Auftrage des deutschen Halzarbeiterverbandes bearbeitet und herausgegeben von *Theodor Leipart*. Stuttgart 1904.

amerikanischen beträgt. Man kann vielleicht das Urteil auch so formulieren: die amerikanischen Löhne (etwa vom Süden abgesehen) sind 100 Proz. höher als die Löhne in den bestzahlenden Gegenden Deutschlands (Westen), sicher 150—200 Proz. höher als in den Gegenden Deutschlands mit niedrigen Löhnen (Osten, Teile des Südens). Dafür bieten die Bergarbeiterlöhne die besten Belege.

Aber wir wollten ja nicht die Löhne der amerikanischen Arbeiter ermitteln, sondern die Höhe ihrer Lebenshaltung. Es ergibt sich somit jetzt die Aufgabe: festzustellen, welche Gütermenge der Arbeiter mit seinen so viel höheren Geldlöhnen erwerben kann und ob sich auch hier der Abstand zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Arbeiter so groß erweist wie beim Geldlohn. Das ist also die Frage nach der Höhe des Reallohns, die wir zunächst zu beantworten suchen wollten unter Berücksichtigung der allgemeinen Preisverhältnisse.

III. Die Kosten des Lebensunterhalts drüben und hüben.

Den Ermittlungen der Einzelpreise schicke ich einige Bemerkungen allgemeinen Inhalts über die Eigentümlichkeit der Preisbildung in Amerika voraus, die den Laien so oft in Erstaunen setzt.

Wie das gesamte Wirtschaftsleben, so wird auch die Preisbildung in den Vereinigten Staaten durch zwei Momente vornehmlich beeinflußt: den immer noch kolonialen Charakter des Landes und die hohe Entwicklung des Kapitalismus, die sich vor allem auch in der hohen Entwicklung der Produktions- und Verkehrstechnik äußert.

Dem kolonialen Charakter des Landes ist in erster Linie der hohe Preis der Arbeitskraft (wie wir ihn eben festgestellt haben) zu danken. Ihm aber wiederum ist es zuzuschreiben, daß alle Waren und alle Darbietungen teuer sind, in denen sehr viel lebendige Arbeit steckt: also vor allem jede persönliche Dienstleistung selbst (Dienstbotenlöhne!); sodann alle Darbietungen, die zum großen Teil auf persönlichen Dienstleistungen beruhen (Droschken! Theater!, aber auch elegante Restaurants, erstklassige Hotels, in denen viel Personal verwendet wird);

ferner alle Waren, bei deren Manipulation (Absatz) viel lebendige Arbeit erheischt wird (in kleinen Quantitäten feilgebotene Waren wie Milch, Früchte usw.); alle Waren, bei deren Herstellung schon viele, namentlich qualifizierte Arbeit aufgewendet ist (also alle auf Kunstfertigkeit beruhenden Luxusgegenstände).

Dem kolonialen Charakter des Landes entspricht auf der andern Seite ein billiger Bodenpreis: also sind verhältnismäßig billig alle Waren, in deren Preis die Grundrente einen erheblichen Bestandteil ausmacht. Agrarische Massenprodukte und zwar um so mehr, je weniger sie zu ihrer Gewinnung und ihrem Vertriebe menschlicher Arbeit benötigen. Der Preis der Bodenerzeugnisse ist aber des weiteren auch niedrig wegen der relativ hohen Fruchtbarkeit des kultivierten Landes. Der billige Bodenpreis wird sich (wenn auch in geringerem Maße) auch in einer niedrigen städtischen Grundrente äußern (wenn nicht exzeptionelle Fälle, wie bei der Inselstadt New York, vorliegen): also niedrige Wohnungspreise, sofern nicht etwa in den Preis der Wohnung viel teure Arbeitskraft eingeht, wie bei allen eleganten Bauten.

Die hochentwickelte Technik dagegen bewirkt, daß alle ndustriellen Massenerzeugnisse billig sind, zumal wenn auch ihr Absatz schon großbetrieblich organisiert ist.

Aus diesen wenigen Feststellungen geht folgende Tatsache mit Evidenz hervor: das „Leben“ in Amerika ist um so teurer, je mehr persönliche Dienstleistungen beansprucht werden, je höher die Anforderungen an den Luxus sind, also (natürlich verhältnismäßig!) um so teurer, je höher die Wirtschaft auf der Staffel der Einkommen steht. Es ist durchaus unstatthaft, im allgemeinen den „Wert“ des Dollars mit dem der Mark zu vergleichen. Er variiert vielmehr ganz je nach der Höhe des Lebensstandards. Eine Familie mit 20000 Doll. Einkommen in New York wird vielleicht nicht mehr Luxus treiben können als eine Familie mit 20000 Mk. Einkommen in Berlin; eine mit 10000 Doll. entspricht vielleicht einer Berliner Familie mit 15000 Mk. und so weiter hinunter, bis zu einem Punkte, wo der Dollar die Kaufkraft von 3 und selbst 4 Mk. hat. Das ist, wie ich vorwegnehmend bemerken will, der Fall bei

der arbeitenden Bevölkerung. Die folgenden Untersuchungen sollen es erweisen.

Ich beginne mit dem wichtigsten Bedarfsartikel, der

Wohnung.

Hier wäre zunächst darauf hinzuweisen, daß die Art, wie der amerikanische Arbeiter sein Wohnbedürfnis befriedigt, bekanntermaßen von der kontinental-europäischen, namentlich der deutschen, in Großstädten und Industriebezirken wesentlich abweicht. Während der deutsche Arbeiter an diesen Plätzen der Regel nach in Mietkasernen wohnt, lebt sein amerikanischer Kollege ebenso der Regel nach in Ein- oder Zweifamilienhäusern. Abgesehen von New York, Boston und Cincinnati ist die Mietkaserne selbst in den amerikanischen Großstädten so gut wie unbekannt, also selbst die Millionenstädte Chicago und Philadelphia behausen ihre Bevölkerung in ein- oder zweistöckigen, meist von nicht mehr als 2, in Ausnahmefällen von 3 und 4 Familien bewohnten Cottages, die ihren Ursprung direkt vom alten Blockhause ableiten und auch heute noch in der großen Mehrzahl der amerikanischen Städte aus Holz erbaut sind. Diese Isoliermethode hat zweifellos ihre große Bedeutung für die Herausbildung des Volkscharakters und es wird nicht von der Hand zu weisen sein, daß man die langsame Entwicklung kollektivistischer Strebungen in Amerika (und England!) mit dem Zellensystem bei der Befriedigung des Wohnbedürfnisses in Zusammenhang bringt.

Fragt sich nun: was kostet dem amerikanischen Arbeiter seine Wohnung? Beim ersten Blick in das Budget einer beliebigen Arbeiterfamilie ist man versucht, zu antworten: viel; mehr als dem europäischen. Und so ist es denn auch durchgängig die Meinung aller Teilnehmer an der Moselyexpedition (Nr. 145 meiner „Übersicht"), daß der amerikanische Arbeiter zur Deckung des Wohnbedarfs — übereinstimmend wird hinzugefügt: nur des Wohnbedarfs — mehr aufwenden müsse als der englische. Ich vermag nicht zu entscheiden, ob das zutrifft; ich bezweifele es. Bei einem Vergleich des amerikanischen mit dem deutschen Arbeiter muß jedoch das Urteil zweifellos anders lauten: die Wohnung kostet dem Amerikaner nicht

mehr, sondern eher weniger als dem Deutschen. Wenn ich sagte, daß beim ersten Blick die Sache umgekehrt zu liegen scheine (also so wie die Moselymänner behaupten), so hängt das damit zusammen, daß man die viel ausgiebigere Befriedigung des Wohnbedarfs in Amerika nicht genügend in Rücksicht zieht.

Allerdings gibt der amerikanische Arbeiter viel mehr, häufig das Doppelte und Dreifache für seine Wohnung aus, als etwa der deutsche, diese ist dafür aber auch entsprechend größer und komfortabler.[1]) Berechnet man hingegen, was die Deckung annähernd desselben Wohnbedarfs — also sage ein Zimmer — kostet, so findet man, daß die Preise in Amerika durchschnittlich eher niedriger sind als bei uns. Ich will das mit einigen Ziffern belegen, die ich, soweit sie sich auf amerikanische Groß- und Mittelstädte beziehen, dem unter Nr. 159 meiner „Übersicht" genannten Werke entnehme:

B a l t i m o r e (508 957 Einw.). Regel: das Einfamilienhaus mit 4—6 Räumen. Mietpreis 7—8 Doll. pro Monat; also 332—408 Mk. pro Jahr, so daß ein Zimmer 75,6 Mk. im Jahr Miete kostet.

B o s t o n (560 892). Ein 4-Zimmerhaus kostete (1902) monatlich 12,14 Doll., ein 6-Zimmerhaus 19,30 Doll. Miete. Das würde einem Jahreszimmerpreis von rund 150 und 160 Mk. entsprechen.[2])

B u f f a l o (352 387). Genaue Angaben liegen für die Mietskasernen vor, in denen die Italiener und Polen wohnen. Jene bezahlten für eine Wohnung von durchschnittlich 2,3 Zimmern durchschnittlich 5,3 Doll. Miete im Monat, also 120,5 Mk. pro Zimmer und Jahr; diese für eine Wohnung von 2,5 Zimmern 3,11 Doll., also 52 Mk. pro Zimmer und Jahr.

---

[1]) Vielfach ist der Arbeiter Eigentümer seines Hauses. Doch bildet das jetzt doch schon die Ausnahme. Von den Elitearbeitern, deren Budgets das arbeitsstatistische Amt untersucht hat (Nr. 7 meiner „Übersicht"), waren 18,97 Proz. Eigentümer der Häuser, die sie bewohnten. Von a l l e n amerikanischen Familien bewohnten (1900) — die Farmer nicht gerechnet — 36,3 Proz. eigene Häuser. XII. Census. Vol. II. p. CLVIII und CLXXXI.

[2]) 32. Annual Report of the Massachusetts Bureau of Stat. p. 143.

Cincinnati (325 902). Das 3- und 4-Familienhaus wiegt vor. Monatsmiete in den armseligsten Häusern beträgt 5—6 Doll., also 250—300 Mk. im Jahr. Zahl der Zimmer ist nicht angegeben. Nehmen wir auch nur 2 an, so kommt der Jahresmietpreis des Zimmers auf 125—150 Mk. zu stehen

Cleveland (381 768). Regel: das Einfamilienhaus, kaum 5 Proz. aller Häuser beherbergt mehr als 1 Familie. In bessern 2-Familienhäusern kostet jede Wohnung 10—15 Doll. monatlich. Wir dürfen hier 4 Räume pro Wohnung annehmen, so daß der Preis für jedes Zimmer im Jahre 125—190 Mk. betragen würde.

Denver (133 859). Bevölkerung lebt in einstöckigen Häusern von je 3—6 Räumen, die 4—12 Doll. Monatsmiete erheischen. Bei einem Durchschnitt von 4 Zimmern ergäbe das einen Preis von 50—150 Mk. pro Zimmer und Jahr.

Detroit (285 704). Regel: Einfamilienhaus. Die durchschnittliche Miete des „ordinary working man“ beträgt für 6 gut gelegene Räume mit Wasser in der Küche 8—10 Doll. monatlich, also 400—500 Mk. jährlich, sodaß ein Zimmer pro Jahr auf 66⅔ bis 83⅓ Mk. zu stehen käme.

Nashville (80 865). Regel: Einfamilienhaus. Monatsmiete 2 bis 6 Doll. Durchschnitt von 3 Räumen angenommen: 35—100 Mk. pro Zimmer und Jahr.

New York. Es finden sich alle Wohnformen; doch nimmt die große Mietkaserne immer mehr überhand. Zu bedenken ist, daß die Schwierigkeit, die Riesenmenge (annähernd 5 Millionen!) auf dem gegebenen Terrain zu siedeln, auf der Erde kaum ihresgleichen findet. Man sollte also auf enorme Wohnungspreise schließen dürfen. Es ist aber gar nicht so arg: eine Wohnung von 4 Zimmern kostet in den dichtbevölkerten Stadtteilen 12—18 Doll. monatlich. In den Häusern der City and Suburban Homes Company, die z. B. an der 64. Straße im Osten Häuser hat, und die die Mietpreise tunlichst den in der Nachbarschaft gezahlten anpaßt, kostet

eine	Wohnung	von	2	Räumen	6,80	Doll.	im	Monat
„	„	„	3	„	11,40	„	„	„
„	„	„	4	„	14,60	„	„	„

Man wird also den monatlichen Zimmerpreis in den Arbeiterquartieren New Yorks auf $3^1/_2$ Doll. ansetzen dürfen und würde somit auf einen durchschnittlichen Jahresmietzins pro Zimmer von 176 Mk. kommen.

Philadelphia (1293697). Man denke: eine Million Menschen in Einfamilienhäusern untergebracht! Man zahlt in 30 Minuten Entfernung vom Zentrum für eine Wohnung von 4—6 Zimmern 8—10 Doll. im Monat. In einer Entfernung von nicht mehr als 25 Minuten vom Zentrum kostet: ein neues 4-Zimmerhaus 14 mal 28′ mit „Zentralheizung“ (heater in the cellar) und Badezimmer 12 Doll., ein ebensolches 6-Zimmerhaus (16 mal 40′) 16 Doll. im Monat. Jahreszimmerpreis also 100—150 Mk.

Rochester (162608). Größte Teil der arbeitenden Bevölkerung lebt in freistehenden Cottages von je 5—7 Räumen, die 1,50 bis 3 Doll. wöchentliche Miete kosten. Jahreszimmerpreis also etwa 50—100 Mk.

S. Francisco (342782). Kleine Häuser für eine oder zwei Familien. Monatsmiete für 4—5 Räume 13—15 Doll. 1 Zimmer kostet jährlich 150—160 Mk.

S. Paul (163065). Meist Einfamilienhäuser. Das „normale“ Arbeiterhaus kostet 3—4 Doll. Monatsmiete, das Haus nur zu 3 Räumen angenommen, der Raum also jährlich 50—100 Mk.

Es wird nun, denke ich, genügen, wenn ich diesen Ziffern die Statistik gegenüberstelle, die wir über die Wohnungsverhältnisse in den deutschen Großstädten besitzen. Sie verdankt ihre Entstehung im wesentlichen den mit der Volkszählung (also zuletzt am 1. Dezember 1900) verbundenen Erhebungen der größeren deutschen Städte, deren Ergebnisse im „Statistischen Jahrbuch deutscher Städte“ zusammengefaßt zu werden pflegen: zuletzt im 11. Jahrgang (1903), S. 69 ff.

Danach betrug der jährliche Durchschnittspreis eines heizbaren Zimmers in Mark am 1. Dezember 1900 in Mietwohnungen ohne gewerbliche Nebenbenutzung mit .... heizbaren Zimmern (a. a. O. S. 89):

Städte	1 ohne mit Zubehör	2	3	4
Altona	154 233	199	134	138
Breslau	152	126	174	195
Charlottenburg	216	174	208	231
Dresden	221	179	176	193
Düsseldorf (3. Dez. 01)	122	112	103	103
Essen	90	83	84	96
Frankfurt a/O.	79 89	92	105	115
Hamburg	214	152	141	158
Hannover	211	177	179	195
Leipzig	92 191	144	143	162
Lübeck	82 146	119	120	125
Magdeburg	154	126	138	145
Mannheim	113 186	118	142	159
München	231 340	149	172	190
Plauen i. V. (12. Okt. 01)	79 179	158	158	155
Posen in Vorderhäus.	112 152	139	182	168
„ „ Hinterhäus.	108 159	129	147	162
Straßburg i. E.	63 103	81	94	116

Man mag nun einwenden: die deutschen Zimmer seien größer als die amerikanischen (richtig! dafür haben diese den unvergleichlichen Vorzug freierer, luftigerer Lage); von den in den amerikanischen Wohnungen gezählten Zimmern seien nicht alle heizbar (was auch zutreffen mag, obwohl wir keinen Anhaltepunkt dafür besitzen); alles dies wird an dem vorsichtig gefaßten Urteile nichts ändern können, das ich dahin formuliert hatte: *die Deckung eines gleich großen Wohnungsbedarfs in den Städten kostet dem amerikanischen Arbeiter in Geld ausgedrückt jedenfalls nicht mehr als dem deutschen*; während man mit einiger Gewißheit hinzufügen kann: *meist sogar weniger*.

Um meine Feststellungen nicht auf größere Städte zu beschränken, teile ich noch einiges über die Mietspreise in *Kohlenrevieren* mit, in denen keine Großstädte liegen. Ich bin dazu imstande dank den gründlichen Untersuchungen P. *Roberts* über die Lage der Arbeiter in den Anthrazitkohlenbezirken Pennsylvaniens (vgl. Nr. 146 der „Übersicht“). Hier liegen die Wohnungsverhältnisse besonders schlecht und die Arbeiter

sind zum Teil[1]) auf die von den Gruben ihnen zur Verfügung gestellten Wohnungen angewiesen. Folgende Übersichten geben über die dort gezahlten Mieten Aufschluß:

Von der Philadelphia and Reading Coal and Iron Company wurden vermietet:

Zahl der Häuser	Zahl der Zimmer in jedem Haus	Durchschnittlicher Mietsertrag
6	2	2,08 Doll.
469	3	2,81 „
1115	4	3,78 „
269	5	4,58 „
85	6	5,07 „
89	über 6—12	8,11 „

Von Coxe Bros. u. Co. wurden vermietet (leider fehlt die Angabe der Zimmerzahl):

4	Häuser	für	monatlich	1	Doll.	
29	„	„	„	1,50	„	
44	„	„	„	2	„	
25	„	„	„	2,75	„	
10	„	„	„	3	„	
13	„	„	„	3,25	„	
10	„	„	„	3,60	„	
20	„	„	„	3,75	„	
348	„	„	„	4	„	(das sind wahrscheinlich die typisch 4 zimmerigen)
24	„	„	„	4,50	„	
28	„	„	„	4,50	„	
45	„	„	„	4,75	„	
131	„	„	„	5	„	
119	„	„	„	5,50	„	

Von noch einigen anderen Gesellschaften liegen folgende Angaben vor:

Gesellschft	Anzahl der Zimmer in jeder Wohnung	Monatlicher Mietspreis
A	4—5	4—5 Doll.
B	5—6	7—8 „
C	4	5 „
C	2	2—3 „
D	5,8 im Durchschn.	5,4 „ im Durchschn.
E	5	4—8 „

[1]) Der **Report** of the Anthracite Coal Strike Commission (Nr. 8c der „Übersicht"), p. 43 hatte den Prozentsatz der in Grubenhäusern

Ergebnis: Der Wohnraum kostet im Durchschnitt $^3/_4$ bis $1^1/_4$ Doll., also rund 3—5 Mk. im Monat.

Damit kann man in Vergleich ziehen eine Wohnungsstatistik, die wir für den oberschlesischen Industriebezirk besitzen.[1]) Sicherlich werden ihre Ziffern Minima für deutsche Industriereviere darstellen, die sich außerdem noch auf die Zeit zu Anfang der 1890er Jahre beziehen; seitdem sind die Mieten sicher nicht zurückgegangen.

Aus dem umfangreichen Material dieser Enquete stelle ich folgende Tabelle zusammen.

Bezirk	Eine Arbeiterfamilienwohnung enthält durchschnittlich Wohnräume	Die monatliche Miete für eine Arbeiterfamilienwohnung beträgt im Mittel in gewerkschaftl. Häusern	in anderen Häusern
Landkreis Beuthen	1—2	3,60—7,50 Mk.	3—8 Mk.
Kreis Gleiwitz	1—2	3—7,50 „	2—8 „
„ Zabrze	1—2	5,25—7,25 „	2,50—7,25 „
„ Kattowitz	1—2	2—7,50 „	2—9,50 „
Stadt Gleiwitz	2	7,25 „	7,50 „
„ Königshütte	2	7,50 „	6,50 „
„ Kattowitz	2	5,50 „	9,50 „
„ Myslowitz	2	6,25 „	5,75 „
„ Beuthen	—	8 „	8 „

Die niedrigsten Sätze von 2—3 Mk. pro Zimmer stammen aus entfernt gelegenen Dörfern. Sieht man davon ab, so wird man zu dem Ergebnis kommen, daß der durchschnittliche Betrag der monatlichen Miete für einen Wohnraum sich ungefähr in derselben Höhe wie der amerikanische bewegt. Will man das Urteil wieder ganz vorsichtig formulieren, so wird man sagen: der Bergarbeiter Pennsylvaniens zahlt 10—20 Proz. mehr für dasselbe Quantum Wohnung wie der oberschlesische (NB. vor 15 Jahren zahlte).

Zu den Ausgaben für die Wohnung müssen wir aber

wohnenden Arbeiter für die nördlichen und südlichen Distrikte auf 10 Proz., für die mittleren auf 35 Proz. angegeben. Roberts (a. a. O. S. 122) nimmt 16 Proz. für den ganzen Bezirk an.

[1]) Bergrat Dr. Sattig, Über die Arbeiterwohnungsverhältnisse im oberschlesischen Industriebezirk in der Zeitschrift des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins. Januar-Februar 1892.

auch diejenigen für Beleuchtung, Beheizung und Ausstattung rechnen. Fragt sich, wie es mit den Preisen hierfür in den Vereinigten Staaten bestellt ist?

Das Hauptbeleuchtungsmittel — Petroleum — ist natürlich im Lande der Petroleumquellen erheblich billiger als bei uns. Der Exportpreis in New York ist etwa halb so hoch als der Preis in Mannheim oder Breslau.

Steinkohle kostet hüben wie drüben beiläufig gleich viel, wie sich aus folgender Gegenüberstellung ergibt:

Vereinigte Staaten: Stat. Abstr. of the U. S. 1904.
Jahresdurchschnittspreis für die Tonne in Mk.

	Anthrazitkohle zu Philadelphia	Bituminöse Kohle zu Baltimore
1900	14,6	10,6
1901	16,0	10,6
1902	18,9	10,6
1903	18,9	15,8
1904	18,9	9,5

Deutschland: Stat. Jahrb. f. d. D. R. 1905.

	Niederschles. Gas-, Stück- u. Klein-	Oberschles. Gas-, Stück-	Gestürzte Stück- Ausfuhr-	Puddel- gute, fette Förder-	Flamm-	Fett-
	Grubenpreis Breslau		ab Werk Dortmund		Förderkohlen ab Grube, frei Wagen Saarbrücken	
1900	17,1	11,0	13,6	9,9	11,9	11,4
1901	17,8	11,8	14,0	10,0	12,8	12,5
1902	16,5	11,7	13,3	9,3	12,0	11,4
1903	15,0	11,5	12,1	9,0	11,8	11,0
1904	15,0	11,3	11,8	9,0	12,1	11,2

Nach allem, was ich habe ermitteln können, ist die Zimmereinrichtung in den Vereinigten Staaten eher billiger als bei uns. Natürlich spielt die verschiedene Qualität der Möbel hier eine besonders große Rolle. Aber an einigen Standardstücken läßt sich doch mit einiger Sicherheit nachweisen, daß die Möbel drüben weniger kosten als in Deutschland. Von allen deutschen Möbellieferanten, mit denen ich mich ins Einvernehmen gesetzt habe, ist mir übereinstimmend zugegeben worden, daß es ganz undenkbar sei, z. B. eine Polstermöbel-„Garnitur“ von 5 Stück für 100 oder auch nur 160 Mk. zu liefern, wie es die amerikanischen Magazine tun.

Ich teile im folgenden die wichtigsten Ergebnisse meiner Nachfragen mit und spreche gleichzeitig denjenigen Personen, die mich bei der Beschaffung der Daten freundlichst unterstützt haben, auch an dieser Stelle meinen Dank aus.

Für Amerika habe ich aus drei der größten New-Yorker Möbelgeschäften — zwei Warenhäusern (department stores) und einem Möbelspezialgeschäft —, in denen die Arbeiter ihren Bedarf an Möbeln usw. zu decken pflegen, die niedrigsten Preise für die gangbarsten Einrichtungsgegenstände zusammengestellt.

Die amerikanischen Arbeiter kaufen ihre Möbel ebenso wie bei uns der Regel nach auf Abzahlung, die in monatlichen Raten erfolgt.

Zum Vergleich stelle ich für Deutschland gegenüber:

1. Angaben, die mir Herr Arbeitersekretär Neukirch in Breslau auf Grund seiner persönlichen Erfahrungen gemacht hat (A.);
2. die niedrigsten Preise der zwei bedeutendsten Breslauer Abzahlungsgeschäfte (mit Arbeiterkundschaft) B. und C., die ich in persönlicher Rücksprache mit den Vertretern dieser Geschäfte tunlichst unter Berücksichtigung der konkreten Verhältnisse zusammengetragen habe.

Ein Vergleich der amerikanischen mit den deutschen Ziffern wird die Richtigkeit meines oben geäußerten Urteils bestätigen.

Vereinigte Staaten.

	I.		II.		III.	
Eisernes Klappbett	2,90	Doll.	2,75	Doll.	10,00	Doll.
Hölzernes Klappbett	13,98	„	13,50, 15,00	„	15,00	„
Matratzen	1,98	„	1,95, 2,70	„	5,00	„
Stuhl	0,65	„	0,98	„	0,65	„
Küchentisch	1,10	„	1,50, 1,98	„	1,50	„
Eßtisch	—	„	4,98	„	7,50	„
„Garnitur" 5 Stück (Polstermöbel)	17,50	„	24,00	„	40,00	„
„Garnitur" 3 Stück (Polstermöbel)	—	„	13,48	„	30,00	„
upholstered couch (Sofa)	6,98	„	9,98	„	12,00	„
iron couch	4,50	„	6,50	„	4,50	„

	I.	II.	III.
Eisernes Bett	2,48 Doll.	2,25, 2,98 Doll.	4,00 Doll.
Nähmaschine	12,98 „	12,98 „	— „
Eisschrank	4,98, 7,45 „	4,98, 7,35 „	7,75 „
Lampe	1,25, 1,65 „	1,35, 0,69 „	— „
Salonlampe	2,49 „	3,25 „	3,50 „
Sofateppich	1,74, 2,15 „	0,59, 0,98 „	— „
Teppich (per yard)	0,57, 0,69 „	0,59 „	— „
Gemälde	— „	0,59, 1,00 „	1,00 2,00 „

Die Preise sind in Dollar angegeben, also mit 4,2 zu multiplizieren, um sie den Markpreisen vergleichbar zu machen.

Deutschland.

A.	1 Kleiderschrank	70 Mk.
	1 Vertikow	60 „
	1 Tisch	20 „
	1 Sofa	60 „
	6 Stühle	40 „
	1 Küchenschrank	30 „
	1 Spiegel	50 „
	2 Betten	90 „
B.	Holzbett mit Matratze	54 M..
	„ ohne „	24 „
	Stuhl	5 „
	Küchentisch	6 „
	Eßtisch zum Ausziehen	35 „
	Gewöhnlicher Tisch, gestrichen	14 „
	„Garnitur“ 3 Stück	225 „
	„ 5 „	300 „
	Nähmaschine	120 „
	Sofateppich	12 „
	Läuferstoff pro m	2 „
	Bilder	6—12 „
C.	Eisernes Klappbett	7,50—8 Mk.
	Matratze: Seegras	6 „
	„ Faser	10 „
	„ Halbfaser	35 „
	Schlafsofa	60—70 „
	Stuhl mit Rohrsitz (Wiener)	3,50 „
	Küchentisch	6,50 „
	Eßtisch (mit Wachstuchbezug, Schublade)	8 „
	Ausziehtisch	18 „
	„Garnitur“ 3 Stück	180—200 „
	„ 5 „	260 „
	Eisernes Bett mit Gurten	7,50 „
	Sofateppich	15 „

Ernährung.

Hier beginnen die Schwierigkeiten sich zu häufen, insbesondere wenn man die Lebenshaltung verschiedener Kreise miteinander vergleichen will. Denn die Umrechnung in reine Quantitäten ist noch erheblich schwieriger als bei der Deckung des Wohnungsbedarfs.

Zunächst weichen die Gewohnheiten des amerikanischen und des kontinental-europäischen, speziell des deutschen Arbeiters, wiederum außerordentlich voneinander ab, was die Art der Ernährung anbetrifft: der Amerikaner nährt sich vorwiegend von Fleisch, Obst, Mehlspeisen, feinem Weizenbrot; der Deutsche von Kartoffeln, Wurst, groben (Roggen-) Brot. Stellt man also die Preise in den beiden Ländern gegenüber, so muß man sich bewußt bleiben, daß Preisdifferenzen ganz verschiedene Bedeutung für die verschiedenen Länder haben, je nachdem sie diesen oder jenen Artikel betreffen. Bei der starken Fleischkost des Amerikaners und der geringeren Menge Kartoffeln, die er ißt, ist es für ihn nicht so wichtig, ob die Kartoffeln etwas höher oder niedriger im Preise stehen, während ihm der Fleischpreis viel mehr am Herzen liegen muß. Bei dem Deutschen ist es umgekehrt. Wobei freilich für die Gesamtwertung in Rücksicht zu ziehen ist, daß die Nahrungsmittel doch über alle nationalen Eigenarten der Ernährungsweise hinweg ihren absoluten, physiologischen Wert bewahren und man sonach eine die Fleischkost gestaltende oder begünstigende Preisbildung als vorteilhafter für die Volkswohlfahrt anzusehen hat als umgekehrt eine die Kartoffelnahrung erzwingende.

Sodann aber ist es ungemein schwer, auch nur für dasselbe Ernährungsmittel eine annähernd zuverlässige Preisangabe zu machen, somit doppelt schwierig, die Preise in verschiedenen Ländern miteinander zu vergleichen. Vor allem wegen der großen Unterschiede in der Qualität, die zudem noch von Ort zu Ort, von Land zu Land verschieden bestimmt wird. Man denke an die Fleischpreise, die je nach der Qualität des Stückes im Verhältnis von 1 : 3 variieren. Und zwar sind (was für die meisten Nahrungsmittel gilt) gerade in Amerika besonders starke Spannungen vorhanden zwischen der Mindest-

und der Höchstqualität, und dementsprechend zwischen den Mindest- und Höchstpreisen z. B. gerade von Fleisch. Was freilich den minder wohlhabenden Bevölkerungskreisen zugute kommt. Dann schwanken die Preise nach den Jahreszeiten (Eier!) und endlich sind die Methoden der Preisvermittelung, Preisnotierungen und Preisveröffentlichungen so grundverschieden, daß man alle Lust verliert, große preisvergleichende Studien zu machen. Man wird sich vielmehr bescheiden und mit Annäherungswerten begnügen müssen, die ganz von fern, ganz ungefähr ein Bild der tatsächlichen Zustände uns vor Augen führen. Dazu reichen die Quellen, die wir haben aber auch aus. Ich benutze:

1. für die Vereinigten Staaten den zitierten 18. Jahresbericht des arbeitsstatistischen Amts (Nr. 7 der „Übersicht"), der, wie ich ausgeführt habe, eine der bedeutsamsten (vielleicht die bedeutsamste) Sammlung von Detailpreisen enthält;

2. für Deutschland (natürlich kommen nur Detailpreisstatistiken in Frage):

A. die Mittelpreise animalischer Lebensmittel, die für das Königreich Preußen in der Zeitschrift des Kgl. statistischen Bureaus publiziert zu werden pflegen (abgedruckt im Statistischen Handbuch für den preuß. Staat, z. B. 4, 224);

B. die Kleinhandelspreise aus 19 deutschen Städten, die im Statistischen Jahrbuch deutscher Städte regelmäßig zusammengestellt werden;

C. die Preisliste des Breslauer Konsumvereins.

Da es sich nur um große Durchschnittspreise handeln kann und die deutschen Quellen A und B auch nur diese enthalten, so habe ich auch aus dem amerikanischen Bericht die aus den Abertausenden von Einzelziffern destillierte Generaltabelle, die den „average price" für jeden Artikel (wie er aus den Preisfeststellungen in 2567 Budgets ermittelt ist) notiert, zum Vergleich herangezogen. Das Ergebnis, zu dem ich selbst auf Grund des Quellenstudiums sowie auf Grund persönlicher Erfahrung gekommen bin, ist dieses: daß die Preise der wichtigsten Lebensmittel in den Vereinigten Staaten und Deutschland im großen ganzen dieselben sind. Fleisch ist annähernd gleich teuer, manche Gegenstände (Kartoffeln, Reis)

sind drüben teurer als bei uns, dafür sind wieder andere (Mehl, Speck) erheblich billiger. So daß die Arbeiterfamilie mit demselben Geldbetrage in Amerika annähernd dieselbe Menge Nahrungsmittel wird kaufen können wie in Deutschland. Es sei denn etwa, daß sie sich gerade auf reine oder vorwiegende Kartoffelkost kaprizionierte; aber das tut sie ja nicht, weil sie's nicht nötig hat.

Die Ziffern der Tabelle, die ich im folgenden mitteile, werden wie ich denke die Richtigkeit meines Urteils bestätigen. Ich bemerke dazu noch, daß die Ziffern für Amerika und die deutschen Quellen A und B für 1901 gelten, daß ich aber zum Vergleich absichtlich für die Quelle C ein anderes Jahr (Februar 1904) genommen habe. Die Angaben der amerikanischen Statistik, die in Pfund (das Avoir du pois-Pfund zu 0. 45359 kg) und Cts. gemacht sind, habe ich in kg und Pf. umgerechnet.[1]) Die Ziffern der Tabelle geben (soweit nichts anderes bemerkt ist) die Preise in Pfennigen für ein Kilogramm an:

Gegenstand	Vereinigte Staaten	Deutschland		
		A.	B.	C.
Butter (Eß-)	229	227	179—255	272
Eier (das Schock)	414	388	300—582	—
Fleisch (frisch) vom Rind	135	127	127—163 (Keule)	—
„ „ „ Schwein	115	138	133—200 (Schlegel, Rücken)	—
Kaffee	214	—	250—372 (Javak., gelb, gebr.)	176—400
Kartoffeln 1 l	10	—	$4^1/_2$—5	—
Mehl (Weizen-)	23	—	25—46	36
Milch 1 l.[2])	$26^3/_4$	—	--	—
Reis	76	—	—	40—56
Speck, geräuchert	104	164	140—203	168—190
Tee	467	—	—	400—600
Zucker	55	—	—	42—72

[1]) In einer Studie „Wie der amerikanische Arbeiter lebt", die ich in der Zeitschrift „Das Leben" veröffentlicht habe, sind einige Fehler bei der Umrechnung untergelaufen. Die dort mitgeteilten Ziffern sind also falsch und nach den hier gemachten Angaben richtig zu stellen.

[2]) In Breslau z. B. 18—20 Pf., in anderen Großstädten mehr.

Eine gute Kontrolle für die Richtigkeit der hier auf Umwegen gemachten Feststellung: daß die Ernährung für den Arbeiter in den Vereinigten Staaten nicht wesentlich kostspieliger ist als bei uns, liefert ein Blick in die Preislisten der billigen Restaurants, in denen Arbeiter verkehren. Auf der niedrigsten Stufe in den sog. Rashhouses, Sudelküchen, begegnet man Speisekarten, deren Preise sich kaum über diejenigen unserer Volksküchen erheben. Es sind die 10 Cents-Restaurants. Hier bekommt man Steak mit Kartoffeln, Brot, Butter, sowie Kaffee, Tee oder Milch, Schweins-, Kalbs-, Hammelrippchen, Pökelfleisch, Bratwurst mit denselben Zutaten, drei Eier usw. je für 10 Cts. also 42 Pf.[1]) Ganz gut sind schon die 15 Cts-Restaurants, in denen die besser gestellten unverheirateten Arbeiter essen. Ich selbst habe in New York oft in Kneipen „gespeist“, in denen das „regular dinner“ (bestehend aus Suppe, Fleisch, Gemüse, Kartoffeln, Dessert und einer Tasse Tee, Kaffee, Milch oder Kakao) 25 Cts. also etwas mehr als 1 Mk. kostete.

Kleidung.

Hier verlassen uns alle guten Geister. Kein Budgettheoriker hat sich je mit diesem heiklen Thema eingehend befaßt. In keiner amtlichen oder halbamtlichen Preisstatistik figurieren Unterhosen und Nachthemden. Was natürlich seinen guten Grund hat. Denn nirgends besagt ein Preis weniger wie bei der Kleidung. „Ein Anzug“, meinetwegen noch genauer bezeichnet „aus blauen Cheviot“ kostet 30, aber auch 300 Mk., ein „Paar Damenknopfstiefeln aus Kalbleder“ kosten 8, aber auch 40 Mk. usw. Deshalb hat auch die Mitteilung von Preiskuranten hier wenig Wert. Wollte man die billigsten Preise z. B. aus deutschen Warenhäusern anführen, so käme man allerdings zu so niedrigen Sätzen, daß sie in Amerika kaum ihresgleichen finden würden. So bietet ein durch seine Billigkeit besonders bekanntes Geschäft, das jetzt in mehreren europäischen Großstädten vertreten ist: Jackettanzüge für Herren „aus Phantasiestoff, sowie schwarz oder blau Cheviot“ für

[1]) Siehe die Speisekarte eines solchen Restaurants bei Kolb (Nr. 144 meiner „Übersicht“) S. 9.

13,50 Mk., Sommerpaletots für Herren für 15 Mk., fertige Damenkostüme „gefüttert in Phantasiestoffen" ebenfalls für 13,50 Mk. an. Dasselbe Geschäft verkauft Herrenzugstiefel „in Spaltleder" bereits für 5,50 Mk., ebenso Damenschnürstiefel in Roßleder für 5,50 Mk.; ferner Herrenhüte in schwarzem oder farbigem Wollfilz für 1,90 Mk., Herrentaghemden für 1,90 Mk. usw.

Wenn aber selbst die billigsten Kleidungsstücke in den Vereinigten Staaten mehr kosten, so wesentlich wohl deshalb, weil kein Mensch in Amerika, auch der Arbeiter nicht, solchen notorischen Schund kaufen mag.

Vergleicht man Gegenstände von annähernd gleicher Qualität, so wird man finden, daß das Schuhwerk drüben eher billiger ist als bei uns. Ich wüßte kein deutsches Schuhgeschäft, wo man beispielsweise ein Paar Herrenschnürstiefeln, die drüben 2 1/2 oder 3 Doll. (11—13 Mk.) kosten, gleich dauerhaft fände. Dagegen scheinen Wäschestücke, Anzüge usw. etwas teurer drüben als hüben zu sein. Jedenfalls gibt die Arbeiterfamilie mehr für das einzelne Stück aus.

Das beste vergleichbare Material, gerade für Kleidung, wird immer noch das sein, was kundige Personen, auf Grund eigener Erfahrungen, im Umgang mit Arbeitern gesammelt haben. Für Amerika besitze ich, durch liebenswürdige, persönliche Vermittlung, die von Mrs. Charles Husted More zusammengestellten Ziffern. Mrs. H. M. ist eine Dame, die in der Umgegend von Greenwich House (einem Settlement in New York, dessen Headworker die treffliche Mrs. Simkovich ist) den Standard of living von etwa 200 Arbeiterfamilien methodisch einwandsfrei erforscht hat. Die Ziffern sind folgende:

Männerkleidung:

- Hüte 1—1,25—2 Doll.
- Unterzeug 0,25—0,50 Doll. das Stück; 0,50—1 Doll. eine Garnitur (Unterhose und Jacke).
- Flanell-Arbeitshemden 1,25—3 Doll.
- Farbige Waschhemden 0,49—1 Doll.
- Socken 0,05—0,16—0,25; gewöhnlich 2 für 0,25 Doll.
- Taschentücher 0,05 Doll.
- Halstücher 0,10—0,25 Doll.
- Anzüge 7,50, 9, 12 Doll.
- Überzieher 11—13 Doll.

Schuhe 1,25—5 Doll.
Hosen 1—2 Doll.
Rubberboots (große Wasserstiefel) 3,75 Doll.
Hosen 0,25—0,50 Doll.
Sweater 0,75 Doll.

Frauenkleidung:
Schlafröcke (bei der Hausarbeit getragen) 0,49, 0,90, 1,50 Doll.
Unterzeug 0,25—0,50 das Stück.
Strümpfe 0,07, 0,08—0,25 das Paar.
Schuhe 1—2 Doll.
Hausschuhe 0,50 Doll.
Überjacke (Mantel) 2,98 Doll.
Rock (skirt) 2—2,98 Doll.
Unterrock 0,25 Doll.
Handschuhe 0,10, 0,15, 0,50 Doll.
Hüte 0,29—2 Doll.
Hemdblusen 0,49—1,98 Doll.
Schwarzes Kostüm 15 Doll.
Korsetts 0,50—1,25 Doll.

Kindergarderobe:
1—5 Jahre: Schuhe 0,50—0,75 Doll.
Hemden 0,05 Doll.
Anzüge 0,15, 0,18, 0,20 Doll.
Kappen 0,25 Doll.
Unterjackerln 0,10 Doll.
5—10 Jahre: Mädchenmantel (oder Jacke) 1—1,69 Doll.
" hüte 0,25 Doll.
" strümpfe 0,06—0,10 Doll.
" kleider 0,98 Doll.
" schuhe 0,75, 1, 1,50 Doll.
Knabenhosen 0,25—0,50 Doll.
" hemden 0,25 Doll.
" überzieher 2,50 Doll.
" sweaters 0,39 Doll.
" hemdblusen 0,25—0,50 Doll.
" anzüge 1,50—3 Doll.
10—15 Jahre: Knabenanzüge 5—6 Doll.
" hosen 0,50—1,50 Doll.
" hüte 1 Doll.
" mantel 3,50 Doll.
" kappen 0,25 Doll.
" hemdblusen 0,49—1,25 Doll.
" schuhe 1 Doll.
Mädchenrock 1,25 Doll.
" unterzeug 0,10—0,25 Doll.

Dagegen verdanke ich für Deutschland wiederum einige Angaben über die Preise typischer Kleidungsstücke, wie sie der Arbeiter trägt, der freundlichen Mitteilung des Herrn Arbeitersekretär Neukirch in Breslau.

Männerkleidung:

Anzug auf Abzahlung 50—60 Mk.
„ bar 30 Mk.
Arbeitsanzug 20 Mk.
Stiefeln 9 Mk.
Hut 4 Mk.
Unterkleider (2 Stück) 3,50 Mk.
Flanellarbeitshemd 2,50 Mk.
Buntes Hemd 2 Mk.
Strümpfe, das Paar 0,50—0,60 Mk.
Taschentücher (bunte) 0,10 Mk.
Überzieher auf Abzahlung 50 Mk.
„ bar 30 Mk.
Sweater 2,50—3 Mk.

Frauenkleidung:

Kleid 25 Mk.
Unterrock aus Flanell 2—3 Mk.
Strümpfe, das Paar 1 Mk.
Hüte 4—5 Mk.
Stiefel 7 Mk.
Bluse 3, 6, 8 Mk.

Will man diese Angaben als typisch gelten lassen und sie für Amerika und Deutschland zum Vergleich gegenüberstellen, so würde sich ergeben, daß auch die Kleidung dem amerikanischen Arbeiter nicht oder nur unwesentlich teurer zu stehen kommt wie dem deutschen.

IV. Wie der Arbeiter lebt.

Wenn nun der amerikanische Arbeiter einen zwei- bis dreimal so hohen Geldlohn wie der deutsche bezieht, die Beschaffung der gleichen Menge notwendiger Unterhaltsmittel aber nicht wesentlich kostspieliger ist, als bei uns: wie gestaltet sich nun in Wirklichkeit die Lebenshaltung des Amerikaners, d. h. welchen Gebrauch macht er von seinen überschießenden Einnahmen: spart er mehr? oder befriedigt er seine „notwendigen“ Bedürfnisse (Nahrung, Wohnung, Kleidung) ausgiebiger? oder verwendet er mehr auf „Luxus“ausgaben?

Denn das sind ja wohl die drei Möglichkeiten, die ihm offen stehen.

Soviel ich sehe und das vorliegende Material erkennen läßt, macht er von allen drei Möglichkeiten, am ausgiebigsten vielleicht von der zweiten, Gebrauch.

Als wichtigste Quellen treten jetzt die Haushaltungsbudget 5 in ihr Recht. Worauf es ankommt, ist, leidlich vergleichbare Budgets gegenüberzustellen. Für Amerika besitzen wir die oft angeführte Enquete des Washingtoner Amts, die aus 25440 Arbeiterbudgets ihre Ziffern zusammengetragen hat. Ergänzend ihr zur Seite und um die Ergebnisse jener Enquete kontrollieren zu können, mögen die Untersuchungen des Arbeitsbureaus von Massachusetts vom Jahre 1902 treten, die sich auf 152 Arbeiterfamilien beziehen (Nr. 16 a meiner „Übersicht"). Das Durchschnittseinkommen der vom Washingtoner Amt untersuchten Familien betrug 749,50 Doll., dasjenige von 2567 Familien, für die besonders detaillierte Angaben vorliegen 827,19 Doll., dasjenige endlich der 152 Familien aus Massachusetts 863,37 Doll.

Wir erinnern uns nun, daß unsere lohnstatistischen Vergleiche uns zu dem Ergebnis geführt hatten: die Geldlöhne in den Vereinigten Staaten seien zwei- bis dreimal so hoch wie in Deutschland. Jenen amerikanischen Familien, deren Budgets wir kennen, würden also deutsche Arbeiterfamilien mit einem Einkommen von 1574, 1737, 1813 Mk. entsprechen, wenn wir das Einkommen des amerikanischen Arbeiters nur doppelt so hoch, dagegen von 1050, 1158, 1209 Mk., wenn wir es dreimal so hoch veranschlagen.[1]) Danach ist es ausgeschlossen, daß die Sammlungen deutscher Arbeiterbudgets, die ich zum Vergleich herangezogen habe, einer verhältnismäßig niedrigeren Sphäre als die amerikanischen angehören, bei der zweiten und dritten ist eher das Gegenteil der Fall. Es sind dies aber folgende, die ich unter den neueren Zusammenstellungen für die wertvollsten und für die Zwecke dieser Untersuchung brauch-

[1]) Aus dem Lohnunterschied auf den Einkommensunterschied zu schließen, ist statthaft, da der Anteil des Verdienstes des Familienoberhauptes am Familieneinkommen in den Vereinigten Staaten eher größer als in Deutschland ist.

barsten halte und deren ich im Vorbeigehen z. T. schon Erwähnung getan habe:

1. Wie der Arbeiter lebt. (20) Arbeiterhaushaltungsrechnungen aus Stadt und Land. Gesammelt, im Auszug mitgeteilt und besprochen von Max May. Berlin 1897 (zit.: May). Die Einkommen variieren zwischen 647 und 1957 Mk., das Durchschnittseinkommen beträgt 1222 Mk., das der großstädtischen Arbeiter schwankt zwischen 1445 und 1957 Mk.

2. Haushaltungsrechnungen Nürnberger Arbeiter. Ein Beitrag zur Aufhellung der Lebensverhältnisse des Nürnberger Proletariats. Bearbeitet im Arbeitersekretariat Nürnberg. (Bearbeiter Adolf Braun) Nürnberg 1901 (zit.: Nürnberg). Die Untersuchung bezieht sich auf 44 Arbeiterbudgets, denen folgende Einnahmen zu grunde liegen:

in	2	Fällen	weniger als 1000	Mk.
„	20	„	von 1000—1500	„
„	12	„	„ 1500—1750	„
„	7	„	„ 1750—2000	„
„	3	„	über 2000	„

3. Die Verhältnisse der Industriearbeiter in 17 Landgemeinden bei Karlsruhe. Dargestellt von dem Ghz. Fabrikinspektor Dr. Fuchs. Karlsruhe 1904 (zit.: Karlsruhe). Die Geldeinkommen der (14) untersuchten Arbeiterhaushaltungen schwanken zwischen 1060 und 2285 Mk. Der Durchschnitt beträgt 1762 Mk.

4. Lohnermittelungen und Haushaltsrechnungen der minder bemittelten Bevölkerung (sc. Berlins im Jahre 1903. Berliner Statistik herausgegeben vom Statistischen Amt der Stadt Berlin. (Bearbeiter Prof. Dr. E. Hirschberg). 3. Heft. Berlin 1904 (zit.: Berlin). Bezieht sich auf 908 Haushaltungen, deren Gesamteinnahmen sich im Durchschnitt auf 1751 Mk. bezifferten; bei 221 lag das Einkommen zwischen 1200 und 1500 Mk., bei 303 zwischen 1500 und 1800 Mk., bei 169 zwischen 1800 und 2100 Mk., also bei 693 zwischen 1200 und 2100 Mk.

Betrachten wir zunächst, wie die Einnahme und Ausgabe in den Budgets, die hier zum Vergleiche stehen, sich zueinander

verhalten und wie sich die Chance des Sparens im einen und im andern Falle stellt:

May: von 20 Familien machen 5 Ersparnisse im Durchschnitt von je 92 Mk.;

Nürnberg: 32 Familien haben einen Überschuß von durchschnittlich je 125 Mk., 12 ein Defizit von je 82 Mk.;

Berlin: 399 Haushaltungen haben einen Überschuß von durchschnittlich je 53 Mk., 464 einen Fehlbetrag von je 79 Mk.

Massachusetts: bei 96 Familien überwiegen die Einnahmen die Ausgaben und zwar um durchschnittlich je 85 Doll. (357 Mk.), bei 9 halten sie sich das Gleichgewicht, 47 schließen also auch hier mit einem Defizit von durchschnittlich je 77 Doll. (323 Mk.) ab, wobei allerdings zu bemerken ist, daß zwei Fehlbeträge allein zusammen 710,85 Doll. betragen.

Washington: 12816 Familien haben einen Überschuß von durchschnittlich je 120,84 Doll. (508 Mk.), 4117 ein Defizit (im Durchschnitt 65,58 Doll. = 275 Mk.), die übrigen 8507 Familien bilanzieren Einnahme und Ausgabe.

Die Amerikaner sind also etwas günstiger gestellt; aber doch längst nicht in dem Maße, wie man es erwarten sollte. Die Zahl der Familien, die etwas von ihrem Jahreseinkommen erübrigt, ist nicht wesentlich größer als bei uns (die Hälfte gegen vier Neuntel in Berlin, wenn man die andern Verhältniszahlen der geringeren Zahl der Fälle wegen als eher zufällige betrachten will). Also gibt auch der amerikanische Arbeiter ebenso häufig alles (und mehr als das), was er einnimmt, aus. Er muß demnach erheblich besser leben als der deutsche Arbeiter. Und daß er das tut, kann nicht bezweifelt werden.

Ich sagte schon: sein so viel höheres Einkommen verwendet er vor allem dazu, um die „notwendigen" Lebensbedürfnisse in reichlicherem Maße zu befriedigen; d. h. er wohnt besser, kleidet sich besser, nährt sich besser als sein deutscher Kollege.

Über die unterschiedliche Gestaltung der Wohnverhältnisse in Amerika und Deutschland habe ich schon das Nötige bemerkt. Man darf annehmen, daß die Wohnung des amerikanischen Arbeiters im Durchschnitt dort 4 Räume hat, wo die

des deutschen noch nicht 2 hat. Entfiel doch auf die 908 Berliner Haushaltungen, die doch gewiß eher einen übernormalen Typ darstellten, im Durchschnitt eine Wohnung von rund 1,4 Zimmern, während die Zahl der Räume, die die 25440 amerikanischen Familien bewohnten, soweit sie in Miethäusern lebten 4,67, soweit sie eigene Häuser hatten, sogar 5,12 im Durchschnitt betrug. Aber auch die innere Ausstattung der Wohnung ist in Amerika unvergleichlich viel komfortabler als bei uns. Die besseren Arbeiterwohnungen drüben machen durchaus den Eindruck der Wohnung eines deutschen Mittelbürgers: sie sind mit guten Betten, bequemen Stühlen, Teppichen usw. reichlich ausgestattet. Der Unterschied tritt noch nicht so deutlich in die Erscheinung, wenn wir die Anschaffungskosten des Mobiliars in Betracht ziehen. Nach zuverlässigen Angaben verausgabt der städtische Arbeiter in Amerika für die erste Einrichtung etwa 100—150 Doll. (420—650 Mk.), in Deutschland 3—400 Mk. Dagegen differieren sehr stark voneinander die Beträge in den Haushaltungsbudgets, die für Erneuerung, Reparatur usw. des Mobiliars ausgesetzt sind. Diese sind in den deutschen Haushaltungen meist lächerlich niedrig im Vergleich zu den entsprechenden Summen in den amerikanischen Budgets. Es scheint also, als ob der amerikanische Arbeiter (wie bei uns der Mittelstand) sich erst nach und nach seine Einrichtung komplettiert, während der deutsche sich mit der ersten Anschaffung und den allernotwendigsten Reparaturen begnügen muß.

So verausgabten die 44 Nürnberger Familien für Möbel- und Zimmereinrichtung insgesamt nur 635,36 Mk. (= 1,05 Proz. der Gesamtausgaben), für Kücheneinrichtung 169,33 Mk. (= 0,28 Proz.), durchschnittlich also für Haus und Küche 18—19 Mk. Die 908 Berliner je etwa 20 Mk. für Möbel, Umzug usw. (1,2 Proz.), die Karlsruher 23 Mk. (1,5 Proz.), die Mayschen je 18 Mk.; dagegen die Arbeiter in Massachusetts 22,94 Doll. (2,71 Proz.), die 2567 Familien der großen Enquete je 26,31 Doll. (3,42 Proz.), sie verwenden also den 5—6fachen Geldbetrag für Erneuerung und Instandhaltung ihrer Hauseinrichtung, wofür sie sicher ein Mehrfaches an wirklichem Komfort erzielen.

Wie sich die Ernährungsweise unterschiedlich hüben und drüben gestaltet, vermögen wir am besten zu ermessen, wenn wir die verzehrten Nahrungsmittel ihren Mengen nach kennen und somit die Naturalkonsumtion vergleichend gegenüberstellen können. Die große amerikanische Enquete enthält in diesem Sinne brauchbare Angaben und von den deutschen bringen wenigstens teilweise zwei — die Karlsruher und die Nürnberger [1]) — vergleichbare Ziffern.

Zu bemerken ist, daß der Umfang der Familien in allen Fällen fast genau der gleiche ist: 5,31 in Amerika 5,36 in Karlsruhe, 5 in Nürnberg. Die amerikanischen Maße (Bushels, Quarts, Avoir du pois-Pfund, Loaf) habe ich — um sie den deutschen Ziffern vergleichbar zu machen — in kg umgerechnet. Für die fehlenden Lebensmittel waren keine vergleichbaren Ziffern aufzutreiben:

Die Arbeiterfamilie verbraucht im Jahre durchschnittlich

		in den Verein. Staaten	bei Karlsruhe	in Nürnberg
Schwarzbrot	kg	113,7 (zusammen mit Weißbrot)	582	?
Weißbrot	„		132	?
Fleisch (für Deutschland Fleisch und Wurst zusammen; für U. St. frisches und gesalzenes Fleisch, Fisch und Geflügel zusammen)	„	381,7	112	95 (ohne Wurst)
Kartoffeln	„	376,1	647	267
Mehl	„	306,4	91	55
Butter	„	52,7	20	5,3
Fette anderer Art (für Deutschland einschließl. Schmalz, Speiseöle, in U. S. einschließl. Speck — lard —)	„	38,0	32	22,6
Käse	„	7,2	12	?
Milch	Liter	333,2	737	?
Eier	Stück	1022	612	?
Zucker	kg	120,6	31	?
Reis	„	11,3	?	5,5

[1]) Beide nur für einen Teil der Lebensmittel gesondert, die Nürnberger auch nicht für alle 44 Haushalte, sondern nur für bezugsweise 21, 22, 24.

Danach ißt der amerikanische Arbeiter fast dreimal so viel Fleisch, dreimal so viel Mehl, viermal so viel Zucker als der deutsche (der hohe Konsum von Mehl, Eiern und Zucker deutet auf reichlichen Genuß von Mehlspeisen — Pies und Puddings — hin).

Nun zeigt aber unsere Tabelle, weil eine Reihe wichtiger Nahrungsmittel in ihr fehlen, noch gar nicht den ganzen Abstand zwischen den beiden Ernährungsweisen. Betrug doch die Ausgabe für Gemüse bei den amerikanischen Familien 18,85 Doll., also etwa 79 Mk.; dagegen bei den Berlinern 23, den Nürnbergern 14, den Karlsruhern 9 Mk., diejenige für Früchte (die im Haushalt des Amerikaners eine bei uns ungekannte Bedeutung haben) 16,52 Doll., also etwa 70 Mk., dagegen bei den Berlinern 13, den Karlsruhern 7, den Nürnbergern 8—9 Mk.

Zur Kontrolle stelle ich noch die Geldbeträge zusammen, die für die wichtigsten Lebensmittel nach den verschiedenen Enqueten aufgewandt werden und die mit den Preisangaben auf S. 108 zu vergleichen sind, um richtig gewertet zu werden. Es gaben im Jahre aus in Mk.:

	für Fleisch (einschl. Wurst, gesalzenes Fleisch, Fisch also auch Häringe usw.)	Brot	Milch	Eier
die Washingtoner 2567	462	52	90	70
„ Massachusettser	605	?	131	?
„ Mayschen	161	128	78	?
„ Nürnberger	213	129	67	24
„ Karlsruher	145	134	34	13
„ Berliner	270	137	72	37

In Summa: auch in der Gestaltung seiner Nahrungsverhältnisse steht der amerikanische Arbeiter unseren besseren Mittelstandskreisen viel näher als unserer Lohnarbeiterklasse: er speist schon, er ißt nicht mehr bloß.

Und daß er viel eher mit unserm bürgerlichen Mittelstande als mit unserer Arbeiterschaft rangiert, was Gestaltung seiner Lebenshaltung anbetrifft, zeigt sich am deutlichsten vielleicht an seiner Kleidung. Diese fällt jedem auf, der zum ersten Male nach Amerika kommt. Ein Stimmungsbild aus Kolb (Nr. 144 der „Übersicht"): „Dort (in der Fahrradfabrik)

trugen viele sogar gestärkte Hemden; die Kragen wurden während der Arbeit abgeknöpft und die — übrigens durchweg festgenähten — Manschetten bis zum Ellbogen zurückgeklappt. Wenn es dann wißelte (pfiff!) und die Leute sich aus den Overalls schälten, sah man ihnen den Arbeiter kaum an. Viele benutzten zur Heimfahrt ihr Rad. Und mancher fuhr ab in elegantem Hut, gelben Schnürstiefeln und modefarbenen Handschuhen, patent wie einer. Ungelernte Handarbeiter mit 1 1/4 Doll. Tagelohn." Und gar erst die Arbeiterinnen! Die „ladies", wie sie allgemein genannt werden. Hier ist die Kleidung, namentlich bei den jungen Mädchen, oft schlechthin elegant: in mehr wie einer Fabrik habe ich Arbeiterinnen in hellfarbiger, ja weißseidener Bluse gesehen; der Hut auf dem Wege zur Fabrik fehlt fast nie; „les gants blancs étaient de rigueur", berichtet M^e van Vorst (Nr. 143 der „Übersicht") von einem Arbeiterinnenballe und beschreibt den Aufzug der Damen in dem Restaurant, wo sie (NB. am Werktage, in der Mittagspause während der Fabrikarbeit!) lunchen, wie folgt: „elles arrivaient par groupes, élégantes dans un froufrou de jupes de soie (man denke!), sous des chapeaux chargés de plumes, de guirlandes de fleurs, de toute une montagne d'ornements; violettes de fantaisie, gants de peau, sacs de ceintures en argent, blousettes brodées, boucles ciselées complétaient des toilettes où tout était pour l'effet."

Es fragt sich, ob sich dieser Kleiderluxus ziffermäßig erfassen läßt, um ihn etwa mit andern Ländern in Vergleich stellen zu können. Peter Roberts, der allerdings mit den Augen des Sitten- und Splitterrichters den modernen „Luxus" der Arbeiterbevölkerung ansieht, macht in seinen Untersuchungen über die Lage der Kohlenarbeiter Pennsylvaniens (Nr. 146 der „Übersicht") ganz interessante Angaben gerade auch über die Aufwendungen für Toilette. Während die neu angekommene „Slavin" ihren Kleiderbedarf mit 25 Doll. pro Jahr decke, brauche das amerikanische Durchschnittsfrauenzimmer (average woman) 50 bis 60 Doll. und einige bis 100 und 150 Doll. Von den Männern berichtet er: Der „Hunne" zahlt für einen Anzug 5 Doll., der „Pole" 10, der „Lette" 15. Der Anglo-Sachse zahlt 15 bis 25 Doll. Manche tragen Maßanzüge.

Sie gehen nie ohne Kragen und Kravatte, Manschetten und weißes Hemd, Nadel, Knöpfe, goldene Uhr mit Kette, und selten ohne goldenen Ring. Sie bezahlen für ein Paar Schuhe 2 bis 3 Doll. und ungefähr den gleichen Preis für ihren Hut. Sie kaufen nie in einer Alt-Kleiderhandlung. Für kaltes Wetter hat jeder seinen komfortabeln Überzieher; viele von ihnen haben deren zwei: einen für Frühjahr und Herbst, den andern für den Winter. Im Gegensatz zu den frisch Eingewanderten, wohl auch der älteren Generation der Einheimischen, wechselt „young America" mächtig oft die Kleidung. Ist ein Anzug etwas abgetragen, wird er ausrangiert. Der Hut von vorigem Jahre wird heuer nicht mehr getragen. Kragen und Kravatte werden nach den Anforderungen der Mode gewechselt. Auch für Wäsche und Unterzeug wird viel ausgegeben. So daß der Durchschnitts-Junge-Mann — the average young man of native birth — verheiratet oder ledig 40—50 Doll. (also 168—210 Mk.) für Kleidung brauchen dürfte. Diese Angaben finden ihre Bestätigung in den Ziffern unserer Haushaltungsbudgets. Durchgehends sind die Ausgaben für Kleidung absolut und sogar relativ (im Verhältnis zum Einkommen) hoch und beträchtlich höher als bei uns.

Die Washingtoner 2567 haben folgenden Durchschnittsaufwand im Jahre:

für Kleidung	des Mannes	142 Mk.	=	4,39	Proz.	des Gesamteinkommens
„ „	der Frau	109 „	=	3,39	„	„ „
„ „	der Kinder	202 „	=	6,26	„	„ „
„ „	insgesamt	453 „	=	14,04	„	„ „

Die Massachusettser verwenden im Jahresdurchschnitt für Kleider insgesamt 456 Mk. = 12,81 Proz. des Gesamteinkommens.

Zu einem ähnlichen Ergebnis — daß nämlich in amerikanischen Arbeiterfamilien die Ausgaben für Kleidung durchschnittlich 12 Proz. des Einkommens ausmachen — ist die schon erwähnte Mrs. Charles Husted More gelangt.

Dagegen nun die Deutschen: es verwenden auf die Kleider durchschnittlich im Jahr:

die Mayschen	163 Mk.	=	13	Proz.	der Gesamtausgaben
„ Karlsruher	218 „	=	12,5	„	„ „
„ Nürnberger	117 „	=	8,5	„	„ „
„ Berliner	144 „	=	8	„	„ „

Man wird annehmen dürfen, daß die beiden letzten Ziffern der Wirklichkeit näher kommen als die beiden ersten. Im Fall der Karlsruher erklärt der Berichterstatter selbst den hohen Aufwand für Kleidung mit dem größeren Bedarf an Schuhwerk (wegen der längeren Wege zum und vom Arbeitsort). Warum die Mayschen soviel mehr für die Kleidung als die Nürnberger und Berliner depensieren, ist nicht einzusehen. Angesichts der kleinen Anzahl untersuchter Fälle kann Zufall im Spiel sein. Jedenfalls kann man auf Grund der vorliegenden Ziffern sagen: Der amerikanische Arbeiter gibt absolut dreimal soviel für Kleidung aus wie der deutsche, relativ etwa einhalbmal mehr als dieser.

Die Gewohnheit des amerikanischen Arbeiters, seinen Wohnungs-, Nahrungs- und Kleidungsbedarf in so ausgiebiger Weise zu befriedigen, hat zur natürlichen Folge, daß sein „freies“ Einkommen, trotz des soviel höheren Gesamteinkommens, keinen höheren Prozentsatz bildet als bei seinen deutschen Kollegen. Es ergeben sich vielmehr für die deutschen Arbeiter eher günstigere Verhältnisziffern. Mögen immerhin Zufälligkeiten mitspielen, mag insbesondere sich gerade hier die verschiedene Methode der Etatsaufstellung bemerkbar machen: ganz von der Hand weisen lassen sich die Ergebnisse unserer Enqueten wohl auch was die Teilung der Ausgaben in die Hauptkategorien anbetrifft nicht. Danach würde aber für den Amerikaner nach Deckung seines Wohnungs-, Nahrungs- und Kleidungsbedarfs nur ein Teil des Einkommens übrig bleiben, der näher an einem Fünftel (in 2 Fällen) als einem Viertel liegt (das in einem Falle nicht ganz erreicht wird), während dem Deutschen eher mehr als weniger denn ein Viertel (nahe an drei Zehntel) für „Diverses“ verbliebe. Hier sind die Ziffern:

(Siehe die Tabelle auf S. 122.)

Was fängt der deutsche Arbeiter mit dem (verhältnismäßig) so viel größeren Überschuß über die „notwendigen“ Ausgaben an? Gibt er mehr aus für Bildungszwecke? für Vergnügungen? für Vereine? für Steuern? für den Arzt? Nichts von alledem. Was er an den Ausgaben für Wohnung, Kleidung, Nahrung „erspart“, das ver—trinkt er. Die ganze Differenz zwischen dem „freien“ Einkommen des ameri-

Untersuchte Haushaltungen	Der Anteil der Ausgaben an den Gesamtausgaben betrug (in Proz.) für			Es verblieben somit für alle übrigen Ausgaben
	Nahrung	Wohnung (einschl. Heizung u. Beleuchtung)	Kleidung	
Amerikaner: 11156 „Normalfamilien"	43,13	24,81	12,95	20,11
„ 2567 speziell untersuchte Familien	42,54	19,98	14,04	23,44
„ Massachusettser	49,01	18,11	12,81	20,07
Deutsche: Karlsruher	47,1	11,0 [1])	12,5	29,4
„ Berliner	47,34 [2])	20,31	8,11	23,95
„ May [3])	48,44	14,50	13,00	24,06
„ Nürnberger	42,82 [4])	18,73	8,50	29,95

kanischen und deutschen Arbeiters — und mehr als sie — wird von den Ausgaben für alkoholische Getränke absorbiert.

Es ist in letzter Zeit öfters darauf hingewiesen worden,[5]) daß der amerikanische Arbeiter allem Anschein nach weniger dem Alkohol ergeben sei als sein deutscher Kollege. Ich bin in der Lage, diese Beobachtung in ihrer Richtigkeit ziffernmäßig zu bestätigen.

Von den speziell untersuchten 2567 amerikanischen Arbeiterfamilien war genau die Hälfte ganz abstinent: nur bei 50,72 Proz. fanden sich überhaupt Ausgaben für alkoholische Getränke. Und auch bei denen, die dem Alkoholgenuß frönten, bewegten sich die Ausgaben für die „berauschende Flüssigkeit" („intoxicating liquors" ist der technische Ausdruck der Statistik für „alkoholische Getränke") in mäßigen Grenzen. Diese Familien verausgabten im Jahresdurchschnitt 24,35 Doll. (103 Mk.),

[1]) Der niedrige Betrag erklärt sich daraus, daß es sich um Arbeiter vom Lande handelt.

[2]) Ausschließlich der zuhause genossenen alkoholischen Getränke.

[3]) Prozentsatz vom Gesamteinkommen, das bei sämtlichen Familien um eine Kleinigkeit größer ist als die Gesamtausgabe.

[4]) Ausschließlich aller alkoholischen Getränke.

[5]) Vgl. z. B. die lesenswerte Schrift von Dr. med. Laquer, Trunksucht und Temperenz in den Vereinigten Staaten in den „Grenzfragen des Nerven- und Seelenlebens", herausgeg. von Dr. L. Loewenfeld und Dr. H. Kurella. Wiesbaden 1905.

(die drüben Geborenen weisen einen Durchschnitt von 22,28 Doll. auf, die Fremdgebürtigen von 27,39 Doll., das Maximum erreichten die Schotten mit 33,63 Doll. und — die Deutschen mit 33,50 Doll.). Das sind 3,19 Proz. der Gesamtausgabe. Berechnet man aber die Ausgabe für alkoholische Getränke, wie sie die Trinkerfamilien machten, auf die Gesamtausgabe aller Familien, so ergibt sich eine durchschnittliche Belastung des Budgets durch diesen Posten mit 12,44 Doll. (52 Mk.) oder 1,62 Proz. (Die Budgets der Massachusettser enthalten leider keine gesonderten Angaben über diesen Aufwand.)

Um dem gegenüber die deutschen Ziffern richtig zu würdigen, muß bedacht werden, daß die Alkoholika — namentlich das Bier — in den Vereinigten Staaten erheblich teurer sind als bei uns. Das übliche Schenkmaß einheimischen Bieres wird etwa $^{2}/_{10}$ bis höchstens $^{3}/_{10}$ l fassen und kostet durchgängig 5 Cents, also etwa 20 Pfennige. Der Deutsche erhält also für den gleichen Geldbetrag mindestens das doppelte Quantum „Stoff", in Süddeutschland wahrscheinlich dreimal soviel. Allerdings dürfte das amerikanische Bier etwas stärker eingebraut sein als namentlich das süddeutsche. Dies vorausgeschickt, lasse ich die Ziffern der deutschen Haushaltungsenqueten folgen. (May enthält keine getrennten Angaben für alkoholische Getränke.)

Verhältnismäßig nüchtern sind die Berliner Familien. Sie verausgaben im Durchschnitt für Bier und Branntwein im Jahre 111 Mk., was 6,64 Proz. der Gesamtausgaben ausmacht. Immerhin trinken sie vier- bis fünfmal soviel wie die Amerikaner.

Unheimlich große Dimensionen nimmt aber der Alkoholgenuß in den süddeutschen Familien an. Die Karlsruher verausgaben im Durchschnitt 219 Mk. für Alkoholika, was mehr als $^{1}/_{5}$ der Haushaltungskosten und 12,6 Proz. der Gesamtausgaben ist. Und wir erfahren auch, in welchen Quantitäten sich dieser Geldbetrag verkörpert: die Familie verbraucht durchschnittlich im Jahre 769 l Bier, 138 l Wein, 6 l Branntwein. Wohl bekomm's!

Etwas geringer ist die Belastung des Budgets mit Ausgaben für alkoholische Getränke bei den Nürnberger Familien.

Immerhin werden auch von diesen im Durchschnitt 143 Mk. dafür verausgabt, gleich 9,61 Proz. der Gesamtausgaben, wovon auf Bier allein 9,21 Proz. entfallen. Angesichts der billigen Bierpreise in der Bierstadt Nürnberg wird das verzehrte Quantum hinter dem Karlsruher nicht weit zurückstehen. Also: die deutsche Arbeiterfamilie gibt drei- bis viermal soviel für Alkoholika aus wie die amerikanische, trinkt also vielleicht sechs- bis zehnmal soviel wie diese und belastet ihr Budget mit diesem Posten mindestens um den Betrag, den die Amerikaner mehr für Wohnung, Nahrung und Kleidung ausgaben. Wahrscheinlich ist, daß nach Abzug der Ausgaben für geistige Getränke, das nunmehr dem Arbeiter zur freien Verfügung verbleibende Einkommen in Amerika einen größeren Prozentsatz als in Deutschland ausmacht. Es würde nämlich für unsere Familien betragen

in den Vereinigten Staaten	21,82	Proz.
„ Karlsruhe	16,8	„
„ Berlin	17,34	„
„ Nürnberg	20,34	„

Das Mehr, das dadurch der Amerikaner gewinnt, verwendet er teils für kirchliche und wohltätige Zwecke (1,30 Proz.), teils für Anschaffungen für die Wohnung (3,42 Proz.), während sich der gleiche verbleibende Rest der „Sundries“ ziemlich gleichmäßig hüben wie drüben auf dieselben Ausgabeposten verteilt. Ziemlich gleich sind die Ausgaben für Vergnügungen, Steuern, Bücher und Zeitschriften, Arzt und Apotheker, Versicherung (drüben privat, hüben staatlich), Organisationszwecke usw.

V. Lebenshaltung und Weltanschauung

Im einzelnen die Wirkung nachweisen zu wollen, die eine so anders geartete Lebenshaltung wie die des amerikanischen Arbeiters auf das soziale Empfinden ausübt, wäre gewagt. Spezialisten der Ernährungsphilosophie insbesondere muß ich es überlassen, die Zusammenhänge aufzudecken, die zwischen der antisozialistischen Gesinnung des amerikanischen Arbeiters und seiner vorwiegenden Fleisch- und Puddingnahrung oder seiner Enthaltsamkeit gegenüber dem Alkohol obwalten. Dem Kapitalismus holde Abstinenzfanatiker werden bereit sein, zwischen

dem Gift des Alkohols und dem Gift des Sozialismus enge Beziehungen zu entdecken. Aber lassen wir das.

Soviel ist sicher: der amerikanische Arbeiter lebt in behaglichen Verhältnissen. Er kennt im großen ganzen nicht das drückende Wohnungselend, er wird aus seinem Heim nicht, weil es kein Heim ist wie die „Stube" des großstädtischen Arbeiters im kontinentalen Europa, hinaus in die Wirtschaft getrieben, er kann vielmehr in reichlichem Maße den Empfindungen des feinsten Egoismus, wie ihn die behagliche Häuslichkeit entwickelt, Raum geben. Er ist gut genährt und kennt nicht die Unbehaglichkeiten, die aus der Kreuzung von Kartoffeln mit Alkohol auf die Dauer mit Notwendigkeit sich einstellen müssen. Er kleidet sich gentlemanlike und sie ladylike und er wird so auch äußerlich nicht den Abstand gewahr, der ihn von der herrschenden Klasse trennt. Was Wunder, wenn in einer solchen Lage die Unzufriedenheit mit der „bestehenden Gesellschaftsordnung" nur schwer sich im Herzen des Arbeiters einnistet. Zumal wenn ihm sein erträglicher, ja behaglicher Lebensstandard auf die Dauer gesichert erscheint. Und das konnte er bisher ganz gewiß. Denn wir dürfen nie vergessen, welchen stetigen Gang der „wirtschaftliche Aufschwung" in den Vereinigten Staaten — von kurzen Unterbrechungen abgesehen — während der letzten beiden Menschenalters, in denen doch der Sozialismus recht eigentlich hätte Wurzel fassen müssen, genommen hat. Und offenbar nicht trotz des Kapitalismus, sondern durch diesen.

Ein Blick auf die ganz allgemeinen Ziffern der Statistik genügt, um jeden Zweifel an der Tatsächlichkeit dieses „Aufschwungs" (den ja die Spatzen und jeder Kommerzienrat von den Dächern pfeifen) zu zerstreuen. Betrug doch in Industrie und Handel und Verkehr:

im Jahre	die Zahl der Lohnarbeiter	die Höhe der gezahlten Löhne	der Durchschnittslohn
1850	957 059	236 755 464 Doll.	247 Doll.
1870	2 053 996	775 584 343 „	387 „
1890	4 251 535	1 891 209 696 „	445 „

In dem Maße, wie die materielle Lage des Lohnarbeiters sich verbesserte, in dem Maße, wie die zunehmende Wohlhäbig-

keit seiner Lebenshaltung ihn die Versuchungen der materialistischen Versumpfung erleben ließ, mußte er das Wirtschaftssystem lieben lernen, das ihm sein Los gestaltete, mußte er langsam seinen Geist einfügen lernen in den eigentümlichen Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft, mußte er endlich selbst dem Zauber anheimfallen, den die Raschheit des Wechsels und die zunehmende Wucht der meßbaren Größe in dieser wundersamen Zeit auf ja fast jedermann unwiderstehlich ausüben. Ein Einschlag von Patriotismus — dem stolzen Bewußtsein, daß die Vereinigten Staaten auf der Bahn des (kapitalistischen) „Fortschritts" allen anderen Völkern vorangingen — festigte das Gewebe seiner busineßhaften Gesinnung und machte ihn zu dem nüchternen, berechnenden, ideallosen Geschäftsmann, als den wir ihn heute kennen. An Roastbeef und Apple-Pie wurden alle sozialistischen Utopien zuschanden.

Aber, daß der Arbeiter dieser schönen Sachen von Herzen froh werden konnte, dazu mußten doch noch eine Reihe anderer Umstände sich zu seinen Gunsten vereinigen. Ich möchte sagen: auch seine ideelle Lebenshaltung mußte eine komfortable sein. Darüber sollen noch die folgenden Blätter unterrichten.

Dritter Abschnitt.

Die soziale Stellung des Arbeiters.

I. Der demokratische Zuschnitt des öffentlichen Lebens in Amerika.

Nicht nur die Stellung des amerikanischen Arbeiters zur Güterwelt — seine materielle Lebenshaltung — ist um vieles günstiger als die seines europäischen Genossen: auch seine Beziehungen zu den Menschen, zu den gesellschaftlichen Einrichtungen, seine Stellung in der Gesellschaft und zu der Gesellschaft, kurz: was ich seine soziale Stellung nenne, unterscheiden sich zu seinem Vorteile von den europäischen Verhältnissen. „Freiheit" und „Gleichheit" (nicht nur im formal-politischen, sondern auch im materiell-sozialen Verstande) sind für ihn nicht leere Begriffe, vage Träume wie für das Proletariat in Europa, sondern zum guten Teil Wirklichkeiten. Seine sozial bessere soziale Situation ist gleichsam die Resultante seiner politischen Stellung und seiner ökonomischen Lage: einer radikal-demokratischen Verfassung und einer wohlhäbigen Lebenshaltung, beides inmitten einer geschichtslosen Kolonialbevölkerung, die im Grunde ganz aus „Einwanderern" bestand und besteht, in der die Traditionen des Feudalismus (mit Ausnahme einiger südlicher Sklavenstaaten) fehlen.

Leider läßt sich diese Eigenart der sozialen Stellung des Arbeiters nicht ebenso exakt — sei es mit Hilfe von Gesetzes-

paragraphen, sei es mit Hilfe von Ziffern — bestimmen wie die seiner politischen oder ökonomischen Lage. Die Beweisführung muß zum Teil auf Sentiments beruhen, muß sich mit der Wertung von Symptomen begnügen, darf Kleinigkeiten nicht unterschätzen und wird dennoch im ganzen lückenhaft bleiben. Dann muß der Gesamteindruck, die Schau ersetzen, was die exakte Beweisführung zu leisten nicht vermocht hat.

Wer jemals amerikanische Arbeiter oder Arbeiterinnen in ihrer Lebensführung außerhalb der Fabrik oder der Werkstatt auch nur flüchtig beobachtet hat, hat auf den ersten Blick bemerkt, daß es sich um ein wesensanderes Geschlecht handelt als bei uns. Wir sahen schon, wie schick und oft elegant gekleidet die Arbeiter und namentlich die Arbeiterinnen ihren Weg zur Arbeitsstätte zurücklegen. Sie sind auf der Straße „Bürger", ihrem Auftreten nach: working-gentlemen und working-ladies. Rein äußerlich fehlt das Stigma der Sonderklasse wie es fast alle europäischen Arbeiter an sich tragen. Auch im Auftreten, im Blick, in der Art der Unterhaltung sticht der amerikanische Arbeiter grell vom europäischen ab. Er trägt den Kopf hoch, geht elastischen Schritts und ist frei und fröhlich in seinem Ausdruck wie nur irgend ein Bürgerlicher. Das Gedrückte, das Submisse fehlt ihm. Er verkehrt mit jedermann wirklich — nicht nur in der Theorie — wie mit „seinesgleichen". Der Gewerkschaftsführer, der an einem Festbankett teilnimmt, bewegt sich ebenso sicher auf dem Parkett wie in Deutschland irgend eine Exzellenz. Er trägt aber auch einen brillant sitzenden Frackanzug, Lackstiefeln, elegante Wäsche nach der neuesten Mode, so daß ihm auch äußerlich wiederum niemand vom Präsidenten der Republik zu unterscheiden vermag.

Das Katzbuckeln und Kriechen vor den „höheren Klassen", das in Europa so unangenehm berührt, ist ganz und gar unbekannt. Keinem Kellner, keinem Tramwaykondukteur, keinem Schutzmann wird es einfallen, sein Benehmen anders einzurichten wenn er einen „gewöhnlichen Arbeiter" als wenn er den Governor von Pennsylvanien vor sich hat. Das bedeutet für den, der sich so benimmt ebenso wie für den, dem das Benehmen gilt, wenn er der ärmeren Bevölkerung angehört, gleicherweise eine Rückgratstärkung.

Das ganze öffentliche Leben trägt einen mehr demokratischen Zuschnitt. Dem Arbeiter wird nicht auf Schritt und Tritt vor Augen geführt, daß er einer „niederen“ Klasse angehört. Bezeichnend dafür ist die Eine Wagenklasse auf sämtlichen Eisenbahnen (die erst neuerdings durch die Pullman Cars geteilt zu werden anfängt).

Auch ist wohl der Standesdünkel weniger in den Vereinigten Staaten verbreitet als namentlich bei uns. Weil aber nicht das, was man *ist*, noch viel weniger das, was die Eltern *waren*, für die Wertung des einzelnen entscheidet, sondern das, was man *leistet*, so liegt es nahe, die „Arbeit“ in ihrer abstrakten Form, als „Arbeit“ schlechthin zu einem Ehrentitel zu machen und somit auch dem „Arbeiter“ respektvoll zu begegnen, „obwohl“ oder vielmehr weil er nur Arbeiter ist. Der *fühlt* sich dadurch natürlich anders als sein Kollege in einem Land, wo der Mensch wenn nicht beim Baron, so doch beim Reserveoffizier, beim Doktor, beim Assessor überhaupt erst anfängt.

Der infolge der demokratischen Verfassung, der allgemeinen Bildung, der höheren Lebenshaltung des Arbeiters tatsächlich geringere gesellschaftliche Abstand der einzelnen Bevölkerungsschichten voneinander, wird also durch die geschilderten Sitten und Anschauungen im Bewußtsein der verschiedenen Klassen noch geringer als er in Wirklichkeit ist.

II. Unternehmer und Arbeiter.

Dieser Ton der „Gleichberechtigung“, auf den das gesellschaftliche und öffentliche Leben in den Vereinigten Staaten abgestimmt ist, herrscht nun aber auch innerhalb der kapitalistischen Unternehmung. Auch hier tritt — wie es im alten Europa mit seinen feudalen Traditionen der Regel nach der Fall war und ist — der Unternehmer dem Arbeiter nicht als der „Herr“ entgegen, der Gehorsam heischt. Der rein geschäftliche Standpunkt bei der Behandlung des Lohnvertrages wurde von vornherein der herrschende. Die formelle „Gleichstellung“ von Unternehmer und Arbeiter brauchte nicht erst in langem Kampfe ertrotzt zu werden. Wie die amerikanische Frau, weil sie selten war, auf Händen getragen wurde, so be-

fleißigte sich auch der Unternehmer dem Arbeiter gegenüber, der ihm ursprünglich nicht in beliebiger Menge zur Verfügung stand, eines höflichen, zuvorkommenden Benehmens, das in der demokratischen Atmosphäre des Landes naturgemäß eine starke Stütze fand. Noch heute sind selbst englische Arbeiter erstaunt über den respektvollen Ton, den Unternehmer und Werkmeister in den Vereinigten Staaten dem Arbeiter gegenüber einschlagen, sind sie erstaunt über die Ungebundenheit des amerikanischen Arbeiters selbst in seiner Arbeitsstätte, der „delivré de ce qu'on peut appeler la surveillance vexatoire"; sie wundern sich, daß er ein, zwei Tage auf Urlaub gehen kann, daß er austreten darf, um eine Zigarre zu rauchen, ja daß er während der Arbeit raucht und sogar einen Zigarrenautomaten in der Fabrik zu seiner Verfügung hat.[1]) Es ist auch eine Eigenart der amerikanischen Fabrikanten, daß sie in ihren Betrieben zwar die einfachsten Schutzvorkehrungen anzubringen unterlassen, daß sie sich nicht im geringsten um die objektiv gute Einrichtung der Werkstätten kümmern (die vielmehr oft überfüllt sind u. dgl.), daß sie dagegen bereitwilligst alles tun, was vom Arbeiter subjektiv als Annehmlichkeit empfunden werden könnte, d. h. daß sie für „Komfort" sorgen: Badewannen, Douchen, verschließbare Schränke, Temperierung der Arbeitsräume, die im Sommer durch Ventilatoren gekühlt, im Winter angewärmt werden. Speziell über diese Einrichtung, die man ziemlich allgemein in den amerikanischen Fabriken findet, konnten die englischen Arbeiter der Mosely-Kommission sich gar nicht genug wundern. „Vous figurez-vous la réponse d'un industriel anglais, auquel on demanderait de prendre de telles mesures pour le bien-être de son personnel", sagt der Eisengießer Mr. Maddison (p. 18) und alle anderen sind „impressionés par l'organisation exceptionnelle faite pour assurer le confort et le bien-être du personnel."

Das sind gewiß alles Kleinigkeiten, aber „kleine Geschenke erhalten die Freundschaft" gilt auch hier. Ich werde später zu zeigen versuchen, daß in keinem Lande der Welt — objektiv

---

[1]) Siehe die Urteile der englischen Arbeiter, die an der Expedition der Moseley-Kommission teilnahmen (Nr. 145 der „Übersicht").

betrachtet — der Arbeiter vom Kapitalismus so ausgebeutet wird wie in den Vereinigten Staaten, daß der Arbeiter in keinem Lande der Welt sich in den Sielen des Kapitalismus so blutig reibt, sich so rasch zu Tode rackert wie dort: aber darauf kommt es nicht an, wenn es gilt, die Gefühlsinhalte des Proletariats zu erklären. Denn für deren Gestaltung wird nur von Bedeutung, was vom einzelnen als Lust oder Unlust empfunden, als Wert oder Unwert geschätzt wird. Und es ist eines der glänzendsten diplomatischen Kunststücke, daß der amerikanische Unternehmer (ebenso wie der Geschäftspolitiker in seiner Weise) den Arbeiter trotz aller tatsächlichen Ausbeutung bei guter Stimmung zu erhalten verstanden hat, also daß dieser gar nicht zum Bewußtsein seiner wirklichen Lage gekommen ist. Und dazu hat dies Generössein in kleinen Dingen wesentlich beigetragen.

Aber es ist noch ein anderer Umstand, der in der gleichen Richtung gewirkt, d. h. den Arbeiter psychologisch dahin beeinflußt hat, daß er nicht ein Gegner, sondern sogar ein Förderer der kapitalistischen Organisation wurde. Das amerikanische Unternehmertum hat es meisterhaft verstanden, den Arbeiter an dem Erfolge der Unternehmung zu interessieren, seine Interessen bis zu einem gewissen Grade mit denen des Kapitals zu identifizieren. Nicht sowohl durch Gewinnbeteiligung (obwohl auch diese in allen Spielarten in den Vereinigten Staaten vorkommt) als vielmehr durch ein System kleiner Maßnahmen, die eine in die andere sich fügen und im ganzen wundertätige Wirkungen erzielen. Zum ersten wird allen amerikanischen Unternehmern nachgerühmt (z. B. wieder von den Leuten der Mosely-Kommission), daß sie extrahohe Verdienste, die der Arbeiter gelegentlich auf Grund eines vereinbarten Akkordsatzes erzielt, nicht (wie es der europäische Unternehmer gewöhnlich tut) durch Herabsetzung der Einheitssätze zu beschneiden trachten. Der Arbeiter bleibt bei dieser liberalen Praxis beständig im Arbeits- und Verdienstfieber und wird durch die Möglichkeit *sehr* hoher Gewinnste bei guter Stimmung erhalten.

Eine zweite allgemein verbreitete Gepflogenheit des amerikanischen Unternehmers ist die, den Arbeiter am technischen Fortschritt dadurch unmittelbar zu interessieren, daß er jede

Anregung zu einer Verbesserung der Maschinerie usw. bereitwilligst entgegennimmt und — wenn sie eingeführt wird und sich bewährt — den Arbeiter direkt oder indirekt davon profitieren läßt. So wird das Getriebe, in das der Arbeiter eingegliedert ist, in dessen Empfindung viel eher sein Betrieb, an dessen Wohl und Wehe er Anteil hat. Diese Sitte, „suggestions" und „complaints" von den Arbeitern entgegenzunehmen und sie immer ernstlich zu prüfen, findet sich in allen Zweigen der amerikanischen Industrie: im Hochofenbetriebe wie im Schiffsbau, in der Messerfabrikation wie in der Spinnerei, in der Lederbranche wie in der Buchbinderei, in der Papierfabrikation wie in der chemischen oder optischen Industrie.[1]) In den meisten Fabriken findet sich ein sog. „suggestion box", ein Kasten, in den die Arbeiter ihre „Vorschläge" oder „Anregungen" hineinwerfen. Besonders ausgebildet wie alle derartige Einrichtungen ist das System in den bekannten Musterwerken der Cash Register Co. zu Dayton, O. Hier stehen in jeder Abteilung der Fabrik verschlossene Schreibpulte, und daneben ist eine Tafel mit den Worten „Complaints and suggestions" (Beschwerden und Vorschläge) angeschlagen. Jedem Arbeiter steht es frei, seine Beschwerden über mangelhafte Werkzeuge, Maschinen oder Arbeitsverfahren, sowie Vorschläge zu den Verbesserungen nebst seinem Namen auf den Papierstreifen zu schreiben, der die Fläche des Pultes bedeckt. Nachdem dies geschehen, kann er den oberen Papierstreifen — es sind zwei übereinander vorhanden — abreißen und an sich nehmen, die darunter befindliche Durchschrift aber mit Hilfe einer Kurbel in das Innere des Pultes hineinziehen, wo sich der Streifen auf einer Rolle aufwickelt. Von Zeit zu Zeit werden die beschriebenen Rollen gesammelt und die Vorschläge geprüft. Für beachtbare Anregungen werden alle halbe Jahre Ehrendiplome und Geldpreise verteilt. Die Höhe der Preise richtet sich nach dem Werte der Neuerung; jährlich gibt das Geschäft einige tausend Mark dafür aus. Zur Preisverteilung

[1]) Siehe die Berichte der Mosely-Kommission (deren Mitglieder von dem Veranstalter der Studienreise gerade auf diesen Punkt hingewiesen waren) S. XVII, 6, 122, 152, 168, 213, 275, 354, 359, 416 usw. ferner: N. P. Gilman, Methods of industrial peace (1904) p. 289.

werden alle Arbeiter und Arbeiterinnen — über 2000 Personen — zu einer Sitzung geladen, und unter Musik und Ansprachen geht die festliche Handlung vor sich. Im Jahre 1897 waren 4000 „Anregungen“ eingelaufen, von denen 1078 befolgt wurden, 1898 2500 mehr, 1901 zweitausend, von denen $^1/_3$ ganz oder teilweise in den Betrieb eingeführt wurden.

Endlich sucht das Kapital den Arbeiter dadurch zu ködern, daß es ihm Anteil an seinen Erträgnissen gewährt. Das Mittel hierzu ist das vorteilhafte Angebot von Aktien. Die Kapitalisten schlagen damit unter Umständen zwei Fliegen mit einer Klappe: erstens ziehen sie den Arbeiter in den Strom des Geschäftsgetriebes, wecken in ihm die niederen Instinkte des Gewinnstrebens, des Spekulationsfiebers und attachieren ihn dadurch an das von ihnen vertretene Produktionssystem; zweitens aber bringen sie ihre faulen Aktien unter, verhüten einen drohenden Kurssturz oder beinflussen damit vielleicht den Aktienmarkt momentan in einer Weise, der ihnen einen Extrarabbesch verschafft.

Dieses System ist im großen Stil von dem Stahltrust zur Anwendung gebracht worden. Die Gesellschaft verwandte zuerst im Jahre 1903 2 000 000 Doll. des Gewinnüberschusses aus dem Vorjahre, um 25 000 Vorzugsaktien (shares of the preferred stock) anzukaufen. Diese bot sie den 168 000 Angestellten zum Kurse von 82,50 an, zahlbar binnen drei Jahren. Damit die Arbeiter veranlaßt wurden, die Aktien zu behalten, wurde eine Extradividende von 5 Doll. pro Aktie und Jahr versprochen für den Fall, daß die Aktien länger als 5 Jahre im Besitze des ersten Erwerbers blieben. Das Angebot fand allgemeinen Anklang: 48 983 Aktien wurden von Angestellten der Gesellschaft erworben. Bald darauf erfolgte der Kurssturz (den man mit jener Wohlfahrtsaktion wohl aufzuhalten oder zu vermeiden versucht hatte). Die preferred shares der U. S. Steel Corperation fielen auf 50. Neuer Trick: um die Arbeiter zu beruhigen, gleichzeitig aber eine weitere Senkung des Kurses zu verhindern, (die entstanden wäre, wenn die Arbeiter ihren Aktienbesitz abgestoßen hätten) verpflichtete sich die Gesellschaft, die in den Händen der Arbeiter befindlichen Aktien zum Kurse von 82,50 zurückzukaufen, falls die Arbeiter die

Aktien bis — 1908 behielten! Schon im Dezember desselben Jahres (1903) machte die Korporation den Arbeitern ein neues Angebot, unter ähnlichen Bedingungen wie das erste, nur daß der Kurs der preferred shares auf 55 festgesetzt wurde. Wieder gingen 10248 Angestellte darauf ein, die zusammen 32519 Aktien erwarben. Da inzwischen die Aktien wieder auf 82 stiegen, so hatten diesmal die Arbeiter einen Vorteil von ihrem Ankauf.

Was durch eine derartige Politik — wenigstens vorübergehend — bewirkt wird, ist klar: „Partners of the great enterprise, the multitude of petty shareholders are led more and more to consider economic questions from the employers standpoint“.[1] „The chances of collision ... will disappear ... when their differences are merged in a sense of common ownership ...“[2] Vor allem: der Arbeiter wird kapitalistisch durchtränkt: „The present ambition of the higher wage-earner seems to incline more to the pecuniary rewards of his work then to the work itself. Doubtless this tendency is due in no slight degree to the fact that the wage-earner is brought into constant and immediate contact with the money-making class. He sees that the value of the industry is measured chiefly by its profits. Sometimes the profit is flaunted in his face. At all times the thing most in evidence to him is money.“[3]

III. Die Flucht des Arbeiters in die Freiheit.

So verlockend nun aber auch die Versuchungen sein mögen, mit denen der Kapitalismus an den Arbeiter herantritt, so sehr sie auf schwächere Gemüter wirken mögen, so darf man doch zweifelhaft sein, ob das, was der Kapitalismus dem Ar-

[1]) J. W. Ghent, Our benevolent feudalism („Übersicht“ Nr. 140), p. 163.

[2]) Abram S. Hewitt in Labor and Capital („Übersicht“ Nr. 52) p. XLII/III.

[3]) Präsident des Dartmouth-College in Hannover (New Hampshire) Lab. Bull. of Mass. 33, 241.

beiter zu bieten vermochte, für sich allein hingereicht hätte, diesen fast in allen Schichten zu dem friedsamen Bürger zu machen, der er ist, wenn nicht noch von einer anderen Seite her der Arbeiter bestimmt worden wäre, sich mit dem herrschenden Wirtschaftssystem auszusöhnen oder wenigstens keine feindselige Haltung dagegen einzunehmen. Denn auch der amerikanische Kapitalismus legt dem Menschen enge Fesseln an, auch der amerikanische Kapitalismus kann das Sklavenverhältnis nicht verläugnen, in dem er seine Arbeiter hält, auch der amerikanische Kapitalismus hat Zeiten der Stockung gehabt mit allen verderblichen Folgen für den Arbeiter: Arbeitslosigkeit, Lohndruck usw. Da wäre wohl sicher mit der Zeit ein oppositioneller Geist wenigstens in die Besten eingezogen, hätte nicht gerade den Starken, denjenigen, die die Ketten zu drücken begannen, den Aufsässigen, den Unternehmenden unter den Arbeitern, den Weiterblickenden, den Unbequemen, den Trotzigen die Flucht aus dem Bannkreise kapitalistischer Wirtschaft oder wenigstens aus dem engen Zirkel der Lohnarbeit offengestanden.

Damit berühre ich diejenige Eigenart der amerikanischen Volkswirtschaft, die für die Entwicklung der proletarischen Psyche von allergrößter Bedeutung geworden ist. In all dem Geschwätz der Carnegie und ihrer Nachbeter, die „das Volk den großen Lümmel“ damit einlullen wollen, daß sie ihnen Wundergeschichten von sich und andern erzählen, die als Zeitungsboy angefangen und als Milliardäre geendigt haben, ist immerhin ein Körnchen Wahrheit: die Chancen aus seiner Klasse herauszukommen, waren für den Arbeiter drüben zweifellos größer als für den Arbeiter im alten Europa. Die Neuheit der Gesellschaft, ihr demokratischer Grundzug, der geringere Abstand der Unternehmerklasse von der Arbeiterschaft, die koloniale Frische vieler Eingewanderter, die anglosächsische Zielstrebigkeit und manches andere wirkten zusammen, um den einfachen Arbeiter in gar nicht so seltenen Fällen die Staffeln auf der Leiter der kapitalistischen Hierarchie bis zu den oberesten oder fast den obersten Stufen emporsteigen zu lassen. Andere wiederum befähigte die (im Vergleich mit europäischen Verhältnissen) viel breitere Basis ihrer Ersparnisse, sich als klein-

bürgerliche Existenzen (Krämer Wirte usw.) zu verselbständigen.

Der großen Masse unzufriedener Lohnarbeiter aber winkte noch ein anderes Ziel, das Hunderttausende und Millionen tatsächlich im Lauf des verflossenen Jahrhunderts erstrebt und erreicht haben und das ihnen Befreiung vom Drucke des Kapitalismus und zwar Befreiung im vollsten Sinne des Wortes brachte: die freie Heimstätte im unbesiedelten Westen.

Ich glaube in der Tat in diesem Umstande, daß praktisch beliebig viele Menschen mit gesunden Gliedern ohne oder fast ohne jedes Vermögen durch die Ansiedelung auf Freiland sich zu unabhängigen Bauern machen konnten, liegt vor allem die Erklärung für die eigenartige friedsame Stimmung des amerikanischen Arbeiters.

Es ist hier nicht der Ort, die Geschichte der Siedelungsgesetzgebung und der tatsächlichen Besiedelung des weiten Landes auch nur in den Grundzügen zu skizzieren.[1]) Es genügt für unsere Zwecke, folgende Punkte festzustellen:

Durch die Heimstättengesetzgebung von 1860 ff. erhält jede über 21 Jahre alte Person, die Bürger ist oder es werden zu wollen erklärt, das Recht, 80 acres (1 acre = 0,4 ha) zwischen reservierten Eisenbahnländereien gelegenen oder 160 acres anderswo belegenen öffentlichen Landes, in Besitz zu nehmen, wenn sie eidlich erklärt, das Grundstück tatsächlich und ausschließlich zu ihrem Gebrauch bewohnen und bebauen, auch niemand anders direkt oder indirekt dadurch einen Vorteil zuwenden zu wollen. Für diese Erlaubnis ist nichts als eine unbedeutende Gebühr zu erlegen. Auf diese „Heimstätte" wird dem Ansiedler nach 5 Jahren — unter bestimmten, leicht zu erfüllenden Voraussetzungen — das Eigentumsrecht zuerkannt.

Daß es sich um Millionen handelt, die in den Vereinigten Staaten während des letzten halben Jahrhunderts sich als Farmer angesiedelt haben, ist eine allbekannte Tatsache, für die keine Belege erbracht zu werden brauchen. Nur um die

[1]) Eine knappe, aber gut orientierende Darstellung findet man bei Max Sering, Die landwirtschaftliche Konkurrenz Nordamerikas in Gegenwart und Zukunft. Leipzig 1887.

richtige Größenvorstellung zu wecken, führe ich die Zahl der Farms an, wie sie je in dem Zensusjahr ermittelt wurde. Sie betrug

1850	1 449 073
1860	2 044 077
1870	2 659 985
1880	4 008 907
1890	4 564 641
1900	5 737 372

Und zwar sind das alles neue Bauernstellen, die auf jungfräulichem Boden entstanden sind; denn in denselben Jahren stieg die Fläche des in Kultur genommenen Landes fast parallel der Zahl der Farms an.

Es waren acres

1850	113 032 614
1860	163 110 720
1870	188 921 099
1880	284 771 042
1890	357 616 755
1900	414 498 487

Das heißt: in den 2 Jahrzehnten 1870—1890 ist ein Gebiet von der doppelten Ausdehnung des Deutschen Reichs neu in Kultur genommen worden!

An dieser Neusiedelung haben nun aber die Amerikaner selbst den größten Anteil; das heißt: das freie Land im Westen ist ebensosehr, wenn nicht in größerem Umfange, Ziel der Bewohner amerikanischer Staaten, die ihre „Überschußbevölkerung" nach dort abschieben, wie der fremden Einwanderer. Die Binnenwanderungen nehmen in den Vereinigten Staaten größere Dimensionen an als in irgend einem anderen Lande. Und zwar ist ihr Charakter von den Binnenwanderungen in den europäischen Staaten grundverschieden. Bei uns ist es im wesentlichen der Zug aus den vorwiegend agrarischen Gebieten in die Städte und Industriebezirke, der die Bevölkerung in Bewegung setzt. Dieser fehlt nun in den Vereinigten Staaten, namentlich im Osten, keineswegs und wird von Jahr zu Jahr stärker. Aber neben ihm her und ihn an Stärke weit überflügelnd geht doch eine entgegengesetzte Bewegung: aus den

dichter besiedelten, mehr industriellen Gebieten, in die menschenleeren Gegenden mit freiem Lande.

Daß es sich dabei um Völkerwanderungen größten Stiles handelt, lehrt ein Blick auf die Ziffern, die der Census in überreicher Fülle uns darbietet:[1])

Im Jahre 1900 lebten von den in Amerika Geborenen 13511728 oder 20,7 Proz. außerhalb ihres Geburtsstaats, davon 6165097 außerhalb der Staatengruppe, die üblicherweise zu einer „Division" zusammengefaßt wird: Nordatlantische Staaten, Südatlantische Staaten, Nördliche Zentralstaaten, Südliche Zentralstaaten, Weststaaten. Diese 6 Millionen waren also in die Ferne gewandert. Und zwar zum größten Teile, wie sich denken läßt, aus den Oststaaten in die Zentral- und Weststaaten: diese hatten von den 6 Millionen rund 5 Millionen aufgenommen. Greifen wir einige der Staaten mit stärker entwickelter Industrie heraus und schauen wir, wieviel sie an überschüssigem Menschenmaterial bis 1900 abgestoßen hatten und zwar in andere, mehr agrarische Staatengruppen:

Massachusetts	115532
Rhode Islands	12942
Connecticut	44597
New York	806553
New Jersey	76346
Pennsylvania	707344
Ohio	362475
Illinois	303318
	2429107

Also zwei und eine halbe Million Menschen sind nur aus diesen 8 Staaten während eines Menschenalters in die Freiheit gezogen, das ist etwa ein Fünftel bis ein Viertel der gesamten amerikagebürtigen Einwohner dieser Staaten!

Daß diese Wanderungen aber großenteils mit der Entwicklung des Kapitalismus im Zusammenhange stehen, daß sie großenteils, wie ich es darstellte, eine Flucht aus dem Nexus der kapitalistischen Organisation bedeuten, lehren uns andere Ziffern: die Ziffern der in den einzelnen Jahren zur Verteilung gelangten „Heimstätten". Wir können nämlich deutlich

[1]) Vgl. namentlich Census Reports Vol. I CXXV ff., 685 ff.

verfolgen, wie deren Zahl in Zeiten wirtschaftlicher Depression rasch anschwillt, ohne daß dies seine Erklärung in einer steigenden Einwanderung fände. Das heißt also: es ist die „industrielle Reservearmee“, die sich in diesen Jahren aus den Industriebezirken aufs Land hinauswälzt und sich hier seßhaft macht. Das gilt namentlich für die früheren Perioden, in denen die Ansiedelung noch leichter war. So steigt beispielsweise die Zahl der acres, die auf Grund des „Heimstätten“-Gesetzes und seit 1875 zugleich auf Grund des „Holzkultur“-Gesetzes veräußert wurden von 2 698 770 im Jahre 1877 auf 6 288 779 und 8 026 685 in den beiden folgenden Jahren, in denen die industrielle „Krisis“ ihren Höhepunkt erreichte, während die Einwanderung im Jahre 1878 geringer war als je seit 1863. Die wirtschaftliche Depression dauerte dann die ganzen 1880er Jahre hindurch. Folgeweise sank die Einwanderung auf die Hälfte: von 669 000 und 789 000 in den Jahren 1882 und 1883 auf 395 000, 334 000 im Jahre 1885, 1886. Trotzdem stieg die Zahl der veräußerten acres von 7—8 Millionen im Anfang der 1880er Jahre auf über 12 Millionen in der zweiten Hälfte der 1880er Jahre. Mitte der 1880er Jahre kriselte es stark in der amerikanischen Arbeiterschaft, dank der anhaltenden Depression: in Chicago und in anderen Städten erhob der Anarchismus sein Haupt; die Zahl der ursprünglich stark sozialistischen Knights of Labor wuchs von 1883 bis 1886 von 52 000 auf 703 000 an, um schon im Jahre 1888 auf fast die Häfte zu sinken: die Kraft des Sturms war gebrochen. Die revoltierende Überschußbevölkerung begann in immer stärkerem Maße nach dem Westen, in die Gebiete der terra libera abzuziehen.[1])

[1]) Über die Wirkung der „Krisis“ in den 1870er Jahren auf die Bevölkerungsbewegung weiß Sering folgendes zu berichten: „Ganze Scharen von Farmern der Ost-, Mittel- und älteren Weststaaten verkauften in der Zeit von 1873—79 ihre Landgüter, Kaufleute und Industrielle rafften die Trümmer ihres Vermögens, Ingenieure, Handwerker und Arbeiter ihre Ersparnisse zusammen, um sich ein neues Heim im Westen zu suchen. Die Stadt New York war damals voll von Landagenten, welche die von Spekulanten in früheren Jahren aufgekauften Ländereien an den Mann zu bringen suchten. Ganze Kolonien gingen

